

Nr. **10** '88

Oktober
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
19. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM

AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

■ **Palästina:** Kurs auf
Zwei-Staaten-Lösung?

■ **ANC** legt **Verfassungsentwurf**
für **Südafrika** vor

■ **Angola/Namibia:** Rückzugs-
gefechte **Pretorias**



Waffen-

stillstand am Golf

PAHL-RUG-GOTTESW. 54 5000 KOELN
G 7426 E 506410 664
PAPIERTIGER BIBLIOTHEK
U. ARCHIV
CUVRSTR. 25
1000 BERLIN 36

Inhalt

Kommentar Mittelamerikapolitik Washingtons in der Zwickmühle	3
Irak-Iran Das „Aus“ für den Golfkrieg – eine vorläufige Bilanz Stellungnahme des UN-Generalsekretärs zur Feuereinstellung am Golf Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates Zahlen die Kurden für das Golfkriegsende?	3 7 9 10
Weltpolitik Interview mit UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar zum Stand der Konfliktlösung	12
Palästina Interview mit Karem Kanafani: Die Intifada muß ihre Chance nutzen! Bassam Sharif: Aussichten einer Zweistaatenlösung Symbolischer Friedensvertrag Spendenaktion für medizinische Hilfskomitees Palästinas Wahlloses Töten mit CS-Gas	14 16 17 18 20
Pakistan Das Ende der Ära Zia	22
China-UdSSR Wandel in Chinas Sowjetunionpolitik	24
Kamputschea Licht am Ende des Tunnels	25
Südafrika Vor den Oktoberwahlen – Grenzen des Apartheidregimes ANC-Richtlinien für die Verfassung eines demokratischen Südafrika	27 30
Angola-Namibia Rückzugsgefechte Pretorias Gemeinsame Erklärung Angolas, Kubas, Südafrikas und der USA vom 5. 8. 1988 Stellungnahme der SWAPO zum Angola/Namibia-Rahmenabkommen SCI-Informationskampagne: UNIMOG für die SWAPO Verhandlungen auf dem Schlachtfeld erzwingen	32 33 34 35 36
Simbabwe Schläge gegen Südafrikas Subversion	37
Abrüstungspolitik Zähe Verhandlungen über C-Waffen-Verbot Aufruf zur Eschborner Demonstration: Stopp aller Rüstungsexporte!	39 41
Diskussionsforum Regionalkonflikte Beiträge von Fidel Castro, Heinz Dieterich und Martin Böttger	42
Kultur Südafrikas Poet Mwakhe Mbuli: Stimme des Volkes	45
Andere über uns UnKonkret	47
Leserbriefe	48
Infos zur Solidarität Die bundesdeutschen Contra-Freunde, Sportboykott gegen Apartheid, Namibia-Materialien für die Schule, Termine, Weltwirtschaft: Christliche Gruppen fordern Entschuldung	49
Kurzinformationen Chile, Kolumbien, Westsahara, Zypern, Neukaledonien, Korea, Weltklima, Burma	51



Palästina

S.14

Der palästinensische Aufstand in der Westbank und Gaza, die Intifada, bewog König Hussein dazu, die jordanische Zuständigkeit aufzugeben. Die PLO faßt die baldige Proklamierung der Unabhängigkeit bzw. eines Palästinastaats ins Auge. Israel kontierte mit dem Verbot der palästinensischen Volkskomitees. Steht der Durchbruch in der Palästinafrage bevor? Wie steht es um die Intifada?



Iran-Irak

S.5

Knapp acht Jahre nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges trat ein Waffenstillstand in Kraft. Unter der Regie der UNO begannen in Genf Friedensverhandlungen. Zeitgleich aber löste eine Offensive des Irak gegen die Kurdenbewegung eine Massenflucht aus. Wie steht es um die Aussichten des Friedensprozesses? Was sind die vorläufigen Resultate des Golfkrieges?



Angola/Namibia

S.32

Nach dem Waffenstillstand zwischen Angola und Südafrika zog dieses tatsächlich seine Truppen nach Namibia ab. Über den danach vorgesehenen Abzug Pretorias aus Namibia und eine dortige Unabhängigkeitsregelung wird weiterverhandelt. Die UNO, Kuba und die USA sind mit von der Partie. Was bewog Pretoria und Washington zum Rückzugsgefecht? Was rechnen sich Angola und die SWAPO aus?

Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift, Gegr. 1970 als AIB. Erscheint monatlich.
Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Eblehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Stiltig.
Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter García, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Barbara Hess, Peter Hofmann, Jörg Zimmermann, Nina Mina, Wilfried Helms.
Redaktionschluss: 9. September 1988
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,50 DM Porto je Heft.
Kündigungen: spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.
DRITTE WELT-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.
Anzeigenentwurf: Wolfgang Pitzer, Tel. 0211/1600137
Druck: Plambeck & Co. Neuss
Konten: Post giro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtspar-Kasse Köln 10652238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Aktionszentrum 3, Welt, Peripherie, Atom, ASW, Sahara Info, Wechselwirkung, Infostelle Guatemala, SP-Verlag, Ila, Radio Venceremos.
Fotonachweis: DRITTE WELT-Archiv, UNO, ALFA Press, Time, Newsweek, International Herald Tribune, USN & WR, El País

Washington in der Zwickmühle

Nico Biver



„Wir werden das Problem Nicaragua noch vor Ende dieser Legislaturperiode lösen“, hatte US-Außenminister George Shultz zweckoptimistisch vor dem Aufbruch zu einer Mittel- und Südamerikareise in der ersten August-Hälfte d.J. verkünden lassen.

Was in mehr als sieben Jahren Reagan-Regentschaft nicht gelungen war, soll jetzt nach dem Willen des Weißen Hauses in den letzten sechs Monaten erledigt werden. Nicht von ungefähr hatte Washington seinen Obersten Diplomaten ins Rennen geschickt, um das Esquipulas-Abkommen, dessen Unterzeichnung sich am 7. August zum ersten Mal jährte, zu Fall zu bringen.

Ein erster Schritt in diese Richtung war der Reagan-Administration bereits zwei Monate zuvor gelungen. Als sich im Mai die Möglichkeit einer Verhandlungslösung zwischen der nicaraguanischen Regierung und den Contras abzeichnete, zog Washington am 9. Juni die Notbremse und ließ die Gespräche platzen.

Fortan galt es, die politische Führung der Contras, die eingesetzt worden war, um den Somozisten ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, zu disziplinieren. Am 20. Juli wurde mit dem Oberbefehlshaber der Contras, Enrique Bermudez, ein ehemaliger Oberst der Nationalgarde in die Führung gehievt. Gespräche mit der nicaraguanischen Regierung haben zwar seitdem nicht mehr stattgefunden, jedoch zog dieser Schritt erhebliche politische Kosten nach sich. Es ist schwieriger geworden, im Kongreß Mehrheiten für die Contra zu erringen. Die Verbrüderung der inneren Opposition mit ihr wurde erschwert.

Nach der Wahl des kompromißlosen Bermudez hat sich die Südfront abgespalten. Und andere gemäßigte Führer schicken sich an, es ihnen gleich zu tun. Diese Zerfallstendenzen werden zudem durch die hoffnungslose militärische und finanzielle Lage verschärft.

In einer ähnlich desolaten Situation befindet sich auch die innere Contra. Sie war von Washington auserkoren worden, unter Anleitung und finanzieller Unterstützung der US-Botschaft die von den Sandinisten gewährten Spielräume maximal auszunutzen und von

innen heraus den Sturz der Regierung voranzutreiben. Doch die Hoffnung, Managua würde sich auf einen Zweifrontenkrieg einlassen, trog. Dies zumal die US-Regierung jegliche Gegenleistungen für die Kompromißbereitschaft der Sandinisten vermissen ließ. Nach einer gewalttätigen Demonstration der Opposition ließ die Regierung am 11. Juli d.J. den US-Botschafter ausweisen und steckte 38 führende Oppositionelle ins Gefängnis. Sie hat damit deutlich gemacht, daß sie die Situation unter Kontrolle hat und nicht bereit ist, sich äußerem Druck zu beugen. So wurde der Versuch im Keim erstickt, sich die katastrophale wirtschaftliche Lage zunutze zu machen und die noch immer weitverbreitete Unterstützung für die Sandinisten zu schmälern.

Die Hoffnung Washingtons, aus den Maßnahmen der sandinistischen Regierung Kapital zu schlagen, haben sich nicht erfüllt. Ein Antrag im US-Senat, den Contras sofort Militärhilfe zu gewähren, wurde abgelehnt, obwohl Bermudez dies zur Bedingung für erneute Verhandlungen mit den Sandinisten gemacht hatte. Stattdessen wurden 27 Mio \$ humanitäre Hilfe bewilligt. Eine militärische Hilfe ist nur unter bestimmten Bedingungen vorgesehen.

Als ähnlich erfolglos erwies sich auch die diplomatische Offensive, die im Juni d.J. mit Reisen des US-Experten für Abrüstungsverhandlungen, Max Kampelmann, und von Shultz nach Mittelamerika begann. Ihr Ziel war es, am 1. August eine gemeinsame Erklä-

rung der Außenminister der USA, Honduras', El Salvadors, Costa Ricas und Guatemalas zu verabschieden, in der Nicaragua als „Bedrohung für die gesamte Region“ verurteilt werden sollte. Zu diesem Zweck war sowohl auf Guatemala als auch auf Costa Rica Druck ausgeübt worden, dem „sehr stark und schwer zu begegnen“ gewesen sei, wie es der guatemaltekeische Außenminister formulierte.

Die Unterzeichnung der von Shultz mitgebrachten „faktischen Kriegserklärung“ (so ein hoher Beamter der Reagan-Administration) lehnten die Außenminister der beiden Staaten dennoch ab. Statt der Wiederbelebung des antisandinistischen Tegucigalpa-Blocks aus Honduras, El Salvador, Costa Rica unter Einbeziehung Guatemalas mußte Shultz sich mit einer allgemeinen Erklärung über die Respektierung der „Prinzipien des Friedens, der Demokratie, der Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung“ zufrieden geben.

So entpuppt sich die letzte Offensive der Reagan-Administration gegen Nicaragua eher als Rückzugsgefecht. Sie befindet sich in einer Zwickmühle, aus der ein Ausweg nur schwer zu finden sein wird. Sich jetzt noch kurz vor den Präsidentschaftswahlen auf eine Verhandlungslösung einzulassen, würde die Bankrotterklärung der Politik Reagans bedeuten.

Der Weg, die innere Destabilisierung voranzutreiben, ist aufgrund der Schwäche der Opposition und der Gegenmaßnahmen der sandinistischen Regierung versperrt. Eine Wiederaufnahme des Contra-Krieges schließlich würde nicht nur wegen der fehlenden Kongreßmittel und der Zerstrittenheit der Contra scheitern. Man würde sich international isolieren und eine endgültige Niederlage der Contras riskieren.

Bleibt also nur, auf bessere Zeiten zu warten, durch Druck auf die Contras weitere Verhandlungen zu verhindern und über El Salvador und Honduras den Esquipulas-Prozeß auf Eis zu legen. Erst mit dem Ende der Reagan-Ära dürften deshalb entscheidende Schritte in Richtung einer Verhandlungslösung möglich sein.

Nico Biver

Vorzugsreisen für Volkszeitungs-LeserInnen – 30. Jahrestag der Revolution in Cuba –

1 Woche Playa el Salado vom
28.12.88 bis 4.1.89

DM 1650,-

Leistungen: Flug ab Berlin/Schönefeld
– Ankunft in Düsseldorf,
Unterkunft mit Frühstück,
Transfer, Transfer nach
Havanna, Reiseführer für
Cuba

Programm: Stadtrundfahrt Havanna,
**Teilnahme an den Revolu-
tionsfeierlichkeiten,**
Strand, Sonne...

2 Wochen Playa el Salado vom
24.12.88 bis 7.1.89

DM 2300,-

Leistungen: Flug ab/an Luxemburg,
Unterkunft – Halbpension,
Transfer, Transfer nach
Havanna, Reiseführer für
Cuba

Programm: Stadtrundfahrt Havanna
**Teilnahme an den Revolu-
tionsfeierlichkeiten,**
Strand, Sonne...



Ich interessiere/melde mich an für Reise 1 / 2

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Tel. (_____) _____

Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an: Volkszeitung, c/o Wolfgang Pitzer
Postfach 2726, 4000 Düsseldorf 1, Tel. (0211) 16001-37

■ Dichtung und Wahrheit.

Mit großer Wahrhaftigkeit und
Intensität schildert Ding Ling
Glanz und Elend der chinesischen
Geschichte – aus der Sicht leiden-
der und aufbegehrender Frauen.
Ihre Erzählungen sind Schlüssel
zum Verständnis des chinesischen
„Kontinents“ und wurden bisher in
17 Sprachen übersetzt.

Ding Ling
**HIRSEKORN IM BLAUEN
MEER**

Erzählungen
Aus dem Chinesischen
Leinen, DM 32,-

Das Standardwerk zur
Geschichte, Politik, Ökonomie und
Kultur Indochinas – in dritter,
aktualisierter Auflage.

Günter Giesenfeld
LAND DER REISFELDER
Vietnam, Laos, Kampuchea
Geschichte der Gegenwart
3. Auflage, KB 218, DM 19,80

Nachrichten aus dem Land des
Lächelns – ein Reisebericht aus
dem China unserer Tage.

Adrian Geiges
CHINA IM AUFBRUCH
Stationen einer Reise
Illustriert, Weltkreis-Programm
DM 14,80

Rainer Werning, der die Korea-
Informationsstelle „terre des
hommes Deutschland leitet, hat
die Politik und Gesellschaft im
„Land der Morgenstille“ be-
trachtet. Mit Beiträgen zu Politik,
Wirtschaft, Militär-Strategie,
Widerstand und Kultur wird uns
die Geschichte und Gegenwart
Südkoreas nahe gebracht.

Rainer Werning (Hrsg.)
SÜDKOREA
Politik und Geschichte
im Land der Morgenstille
KB 487, DM 14,80

Heidi Thiemann zeigt den
Zusammenhang der vom
Buddhismus geprägten Frauen-
rolle mit ökonomischen und
herrschaftsbedingten tradierten
Erwartungen an die thailändische
Frau von heute.
Prostitutionstourismus, die von den
GIs geförderte „rest and recrea-
tion“-Industrie, Frauenhandel auf
aktuellen Heiratsmärkten – das
alles bezieht Heidi Thiemann in
ihre Untersuchung mit ein.

Heidi Thiemann
**FRAUENROLLE UND
PROSTITUTION IN
THAILAND**
Hochschulschriften 237
Frauen-Studien 7, DM 18,-

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel
PAHL-RUGENSTEIN

294

Iran/Irak

Wolfram Brönner

Das „Aus“ für den Golfkrieg

Seit dem 20. August d.J., beinahe acht Jahre nach
Ausbruch des Golfkrieges, herrscht zwischen dem Irak
und Iran offiziell Waffenruhe. Am 25. August nahmen
die Außenminister beider Länder, Tarik al-Azizz und
Ali Ahbar Velayati, in Genf unter der Regie von
UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar Friedens-
verhandlungen auf. Die Bevölkerung in den Zentren
des Irak und Iran reagierte mit Freudenkundgebungen
bzw. Erleichterung, war sie doch der Schrecken und
Entbehrungen des Krieges längst müde. Mit Erleich-
terung nahm auch die Weltöffentlichkeit die Feuerein-
stellung auf, von der übelgelaunten Gilde der Waffen-
händler einmal abgesehen. Und bei den Verantwor-
tlichen der Vereinten Nationen, denen nun eine
Schlüsselrolle im eröffneten Friedensprozeß zufällt,
herrscht Zuversicht vor – trotz mancher strittiger
Verhandlungspunkte.

Hauptdarsteller und Schauplatz der Beendigung des Golfkrieges
sind dieser Tage die Vereinten Nationen.

Auf ihre Initiative nämlich, d.h. auf die Resolution 598 des
UN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987 (Wortlaut siehe
Kasten), ging das Zustandekommen des Waffenstillstands am
Persischen Golf zurück. Ihre letztendliche Anerkennung auch
durch Teheran am 18. Juli d.J. machte den Weg frei für die
Anwendung der Entschließung.

An diesem Tag ging bei UN-Generalsekretär Javier Pérez de
Cuellar ein Brief des iranischen Staatspräsidenten Ali Khamenei
ein, in dem es hieß, seine Regierung habe „beschlossen, offiziell
zu erklären, daß die Islamische Republik Iran – wegen der
Bedeutung, die sie der Bewahrung von Menschenleben und der
Herstellung von Gerechtigkeit und regionalem und inter-
nationalem Frieden und Sicherheit beimißt – die Resolution
598 des Sicherheitsrates zu akzeptieren“.¹

Während der Iran sein spätes Ja zur Waffenruhe unter Verzicht
auf frühere Vorbedingungen (Abdankung Saddam Hussein, Re-
parationen u.a.) kundtat, wartete nun plötzlich die irakische
Führung mit einer Vorbedingung auf. In einer Rede vom 6.
August d.J. verlangte Staatspräsident Saddam Hussein, ange-
blich um Finten Teherans auszuschließen, den „Weg der direkten
Verhandlungen, bevor der Waffenstillstand offiziell erklärt
wird“.²

Es war ein allzu durchsichtiger Vorwand, mit dem nun Bagdad
die in Resolution 598 vorgezeichneten und unterdessen ange-
laufenen Bemühungen Pérez de Cuellar und seines UN-Teams
um eine sofortige Feuereinstellung zu unterlaufen suchte.
Demonstrativ hatten die irakischen Streitkräfte nach dem 18.
Juli Vorstöße auf iranisches Territorium und Offensiven gegen
die Kurdenbewegung im Nordirak gestartet, wobei sie wieder
einmal C-Waffen einsetzten. Der internationale Druck zwang
Bagdad jedoch bereits zwei Tage darauf vor dem UN-Sicher-
heitsrat in New York zum Einlenken. Dort verkündete Pérez de
Cuellar, daß der Verfahrensweg in umgekehrter Reihenfolge,
d.h. zuerst Feuereinstellung (am 20. August) und hernach Auf-
nahme direkter Gespräche Irak-Iran unter seiner Regie (25.
August), in Genf abzulaufen habe (Wortlaut siehe Kasten).

Der Sicherheitsrat entsandte noch am 9. August zwei Voraus-
gruppen von je 12 Personen einer militärischen Beobachter-



Irakische Rückeroberer von Fao: Der Verlust der Halbinsel im April d. J. stand am
Anfang einer Niederlagenserie des Iran

gruppe der UNO ins Frontgebiet. Sie umfaßt 350 Personen aus
24 Ländern und steht unter dem Kommando des jugoslawi-
schen Generalmajors Slavko Jovic. Ende August wußte die
entlang der irakisch-iranischen Grenze komplett in Stellung
gegangene Gruppe zu berichten, daß keine größeren Verletzun-
gen der Waffenruhe mehr vorgekommen seien.

Schließlich ernannte Pérez de Cuellar, in Anschluß an die erge-
bnislose erste Genfer Verhandlungsrunde, am 1. September d.J.
den schwedischen UN-Botschafter Jan Eliasson, zu seinem Son-
derbeauftragten für die Vermittlung der irakisch-iranischen Frie-
densgespräche. Nach den Vorstellungen des UN-Generalsekre-
tars soll die Umsetzung der einzelnen Punkte von 598 besten-
falls innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des
Waffenstillstands abgeschlossen sein.

Wie langwierig auch immer sich die Verhandlungsprozedur hin-
ziehen mag, der wohl strittigste Gegenstand dürfte die Fest-
legung des 1.200 km langen Grenzverlaufs, insbesondere in der
von beiden Seiten beanspruchten Wasserstraße Schaat al-Arab
(203 km) sein. Im 1975 mit dem Schah-Regime vereinbarten
Vertrag von Algier hatte Bagdad dem Iran eine Grenzverschie-
bung zugestanden, so daß diesem die Nutzungsrechte etwa der
Hälfte der Fahrinne zufielen. Unmittelbar vor der Eröffnung
der irakischen Aggression vom 22. September 1980 hatte Präsi-

dent Saddam Hussein den Vertrag einseitig aufgekündigt, um den Strom samt der angrenzenden iranischen Provinz Khuzistan („Arabistan“) ganz für sich zu beanspruchen. Während des Golfkrieges wurde der Wasserweg durch 93 Schiffswracks blockiert. Seine Räumung liegt zwar im beiderseitigen Interesse, aber die Garantie der freien Schifffahrt trifft den Irak stärker am Nerv, da der Schatt al-Arab sein einziger Zugang zum Meer ist. Mit einer Einigung in der hochsensiblen Grenzfrage entfiel auch eine der drei Hauptursachen⁴ für den Ausbruch des Golfkrieges, damit auch für eine künftige Wiederholung. Der Truppenrückzug hinter die fixierte Grenze dürfte sodann nur eine Formsache sein.

Einen weiteren strittigen Verhandlungspunkt stellt der Austausch der Kriegsgefangenen dar. Hier gibt es u.a. eine hohe Dunkelziffer von „Verschundenen“. Ein von der UNO entsandtes Expertenteam korrigierte Anfang September erst einmal die von Teheran aufgelisteten 46.098 irakischen Gefangenen auf 70.000, die von Bagdad ausgewiesenen 18.139 iranischen Gefangenen auf 35.000 hoch.

Als ein weiteres Streitobjekt der Friedensgespräche dürfte sich schließlich die Klärung der Kriegsschuldfrage erweisen. Hier soll eine unabhängige UN-Expertenkommission bei der Suche nach einer beiderseits akzeptablen Formel Nachhilfe leisten. Fest steht, daß Teheran die einstmalige Forderung von Reparationszahlungen des Irak in Höhe von 350 Mrd \$ kaum wird anbringen können. Als Lösungsvariante ist ein internationales Wiederaufbauprogramm für beide Kriegsparteien, von dem Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Emirate einen Gutteil übernehmen könnten, im Gespräch.⁵

Wie schwierig sich diese Verhandlungspunkte bei den laufenden irakisch-iranischen Friedensgesprächen in Genf auch ausnehmen mögen, so drängen doch die Sachzwänge einer für beide Seiten tragischen Kriegsbilanz auf eine baldige Einigung. Die vorläufigen Schätzungen der Verlustziffern weisen den achtjährigen Krieg am Persischen Golf als den seit Vietnam zerstörerischsten aus:

Die Gesamtzahl der Toten, darunter ein sehr großer Teil Zivilisten, liegt irgendwo zwischen 0,5 und 1 Mio Menschen, zuzüglich rund 1 Mio Verwundeter bzw. Kriegsversehrter. Die durch Zerstörungen von Industrie-, Infrastrukturanlagen und Gebäuden in den Kriegszonen sowie infolge massiver Bomben- und Raketenangriffe („Städtekrieg“) hervorgerufenen materiellen Verluste werden auf insgesamt bis zu 700 Mrd \$ veranschlagt. Allein die Wiederinstandsetzung der Ruinenlandschaften wird den Iran 400 Mrd \$ kosten.

Da ferner die Militärausgaben in den Kriegsjahren rund 40% der iranischen und 60% der irakischen Staatseinnahmen (entsprechende Anteile am Bruttosozialprodukt: 5-6% bzw. 25-30%) verschlungen haben, fielen die zivilen Wirtschaftssektoren beider Staaten hinter das Niveau zu Ende der 70er Jahre zurück. Der Iran muß heute über die Hälfte seines Nahrungsmittelbedarfs aus dem Westen importieren und hat durch die Auswanderung von über 2 Mio Menschen eine Vielzahl an Fachleuten eingebüßt. Der Irak ist durch eine Außenverschuldung von 50-60 Mrd \$ zusätzlich gehandicapt.⁶

Beide Länder werden auf längere Sicht in erheblichem Maße von Importen an Nahrungsmitteln und industriellen Anlagen abhängig bleiben. Selbst im Falle ihrer raschen Wiederherstellung der für die Ressourcen maßgeblichen Ölwirtschaft und eines günstigen Ölpreisverlaufs dürfte der Irak ein Jahrzehnt, der Iran zwei Jahrzehnte für den kompletten Wiederaufbau benötigen.⁷

Eine andere Hinterlassenschaft des Krieges betrifft die gesamte Region des Persischen Golfs, die durch den „Tankerkrieg“ ausgelöst immensen Umweltschäden in den Golfgewässern. Über 500 Angriffe auf Schiffe, vorwiegend Öltanker, und Ölbohrinseln haben eine beträchtliche Verschmutzung und allenthalben Wracks hervorgerufen. Dies erfordert internationale Gegenmaßnahmen.



Gefallener iranischer Soldat auf vom Irak zurückgewonnenem Territorium nahe Basrah (oben); Teheraner Ruinenlandschaft nach einem irakischen Raketenangriff (unten)



Zu den düstersten Kapiteln dieses Konfliktes gehört der seit dem 1. Weltkrieg massivste Einsatz chemischer Kampfstoffe an den Frontabschnitten. Laut einem UN-Bericht vom August d.J. haben zwar beide Seiten C-Waffen verwandt, doch nur der Irak brachte sie in einem „intensiven und häufigen“ Maße zur Anwendung. Seit der Bombardierung des nordirakischen Dorfes Halabja im März 1988, bei der 5.000 Kurden starben, verstärkte Bagdad noch den chemischen Krieg.

DRITTE WELT 10/1988

Stellungnahme des UN-Generalsekretärs J. Pérez de Cuellar

Die Feuereinstellung tritt am 20. August 1988 in Kraft

Die folgende Stellungnahme gab UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar am 8.8.1988 vor dem Weltsicherheitsrat ab:

Die Mitglieder des Sicherheitsrates sind sich dessen bewußt, daß ich in den vergangenen zwei Wochen intensive diplomatische Aktivitäten unternommen habe, die darauf abzielten, die Anwendung der Resolution 598 (1987) des Sicherheitsrates zu erreichen. Ergebnis dieser Bemühungen und in Ausübung des mir vom Sicherheitsrat übertragenen Mandats rufe ich jetzt die Islamische Republik Iran und die Republik Irak auf, einen Waffenstillstand einzuhalten und alle militärischen Handlungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft vom 20. August 1988, 3 Uhr Greenwich Mean Time, an einzustellen. Mir ist von beiden Konfliktparteien versichert worden, daß sie im Zusammenhang mit der vollständigen Erfüllung der Resolution 598 diesen Waffenstillstand einhalten werden.

Die Regierungen der Islamischen Republik Iran und der Republik Irak haben ebenfalls der Stationierung von UN-Beobachtern zum Datum und Zeitpunkt des Waffenstillstands zugestimmt.

Ich werde gegenüber der Islamischen Republik Iran und der Republik Irak die formelle Einladung aussprechen, ihre jeweiligen Vertreter am 25. August nach Genf zu direkten Gesprächen unter meiner Schirmherrschaft zu sen-

den. In diesem Zusammenhang werde ich Briefe an beide Seite senden.

Am Tage des Waffenstillstands werde ich bekräftigen, daß ich die notwendigen Vorbereitungen treffe, um das mir von der Resolution in verschiedenen Ausführungsbestimmungen, insbesondere in den Paragraphen 4, 6, 7 und 8, übertragene Mandat auszuüben.

Ich stelle fest, daß die militärische Aktivität in den letzten Tagen abgenommen hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an alle Beteiligten mit dem allergrößten Nachdruck appellieren, im Zeitraum vor dem Inkrafttreten des Waffenstillstands äußerste Zurückhaltung zu üben und sich fortan jeder feindseligen Aktivität zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu enthalten. Ich möchte meine tiefste Wertschätzung für die Anstrengungen zum Ausdruck bringen, die in den vergangenen Wochen von den Parteien, den Mitgliedern des Sicherheitsrates und anderen unternommen wurden. Ich bin zuversichtlich, daß ich auf die fortgesetzte Kooperation der Vertreter der Islamischen Republik Iran und der Republik Irak rechnen kann, wenn wir in Genf zusammenkommen.

Die Wiederherstellung des Friedens wird den Völkern beider Länder weitaus größere Siege bringen als jene des Krieges.

(Quelle: United Nations (Hg.), La Semaine Internationale, Genf, Press Release SI/28/88, 15.8.1988, S. 4)

Eine weitere schwere Hypothek des Golfkrieges ist ferner der Fakt, daß die Region zur höchstgerüsteten in der Dritten Welt aufstieg. Seit 1980 tätigten – laut SIPRI-Jahrbuch 1988 – die internationalen Waffenhändler allein mit dem Irak und Iran Exportgeschäfte in Höhe von 27 Mrd \$, mit den gesamten Golfanrainern (Saudi-Arabien, Kuwait, Emirate!) von mehr als 50 Mrd \$. An den Lieferungen von militärischen Gütern beteiligten sich 53 Staaten, wovon 28 beide Kriegsparteien bedienten. Wichtigste Lieferländer waren die USA, Frankreich, Großbritannien, die BRD, die UdSSR und China.⁸

Zu dem extremen Militarierungsgrad der Golfmächte kommt eine dramatische Erweiterung der fremden Militärpräsenz, vor allem der USA. Sie unterhielten vor Ort in der Schlußphase nicht nur ca. 50 Kriegsschiffe, sondern auch AWACS-Überwachungsflugzeuge, erweiterte Nutzungsrechte von Militärbasen auf der Arabischen Halbinsel, Teile der dem US-Zentralkommando Südwestasien (gegr. 1983) unterstellten Schnellen Eingreiftruppe usw.

Nicht zuletzt der Abschluß eines iranischen Zivilflugzeuges (290 Tote) am 3. Juli d.J. durch den US-Raketenkreuzer „Vincennes“ nahe der Straße von Hormus hatte die Eskalationsgefahr angezeigt, die vom Festhalten Washingtons an der überholten „Politik der Stärke“ gerade in dieser strategisch hochbedeutenden, ohnehin konfliktgeladenen Region ausgeht.

Makaber mutet es daher an, wenn heute Repräsentanten der Reagan-Administration wie Vize-Außenminister John Whitehead oder Außenamtssprecherin Phyllis C. Oakley den Friedensbeginn am Golf in erster Linie als Ausfluß ihrer Interventionspolitik werten.⁹

In Wahrheit hat gerade der seit Mitte 1987 ausgeweitete US-Einstieg ins dortige Konfliktgeschehen die Lage erneut dramatisch verschärft. Außerdem hat er maßgeblich die Verschleppung der zuvor von Washington selbst mitgetragenen Vermittlungsinitiative der UNO, auf der Grundlage der Resolution 598,

bewirkt.¹⁰ Im übrigen behindert Washington nach wie vor die Friedensaktivitäten der UN-Verantwortlichen und -Beobachtergruppe, indem er seine Finanzbeiträge zurückhält und sich hartnäckig weigert, seine Kriegsflotte aus dem Krisengebiet abzuziehen.

Die USA gehören neben Israel, den arabischen Golfmonarchien und den internationalen Waffenschiebern zu den Hauptprofiteuren dieses Krieges.

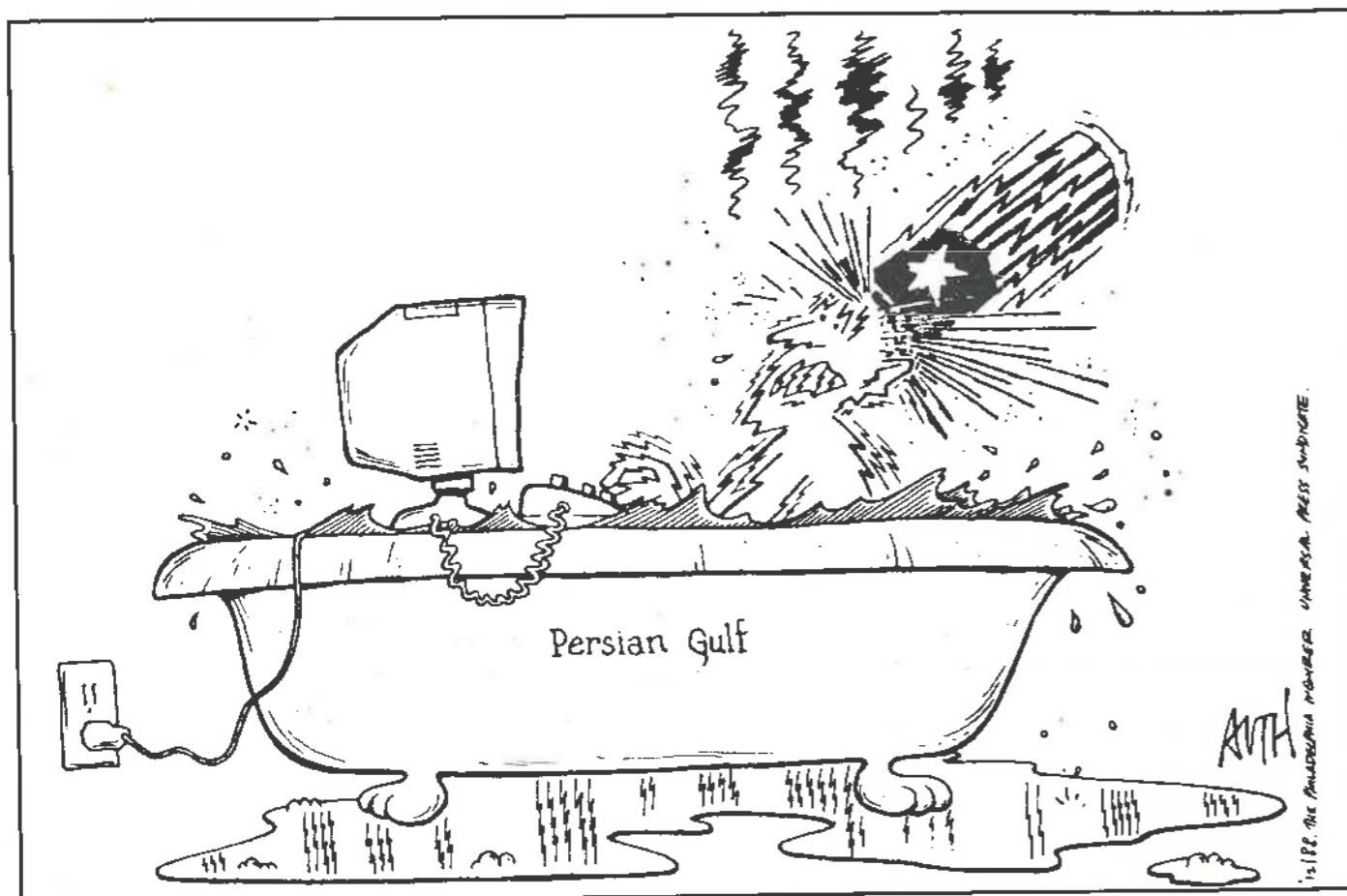
Indem er die Aufsplitterung des arabischen Lagers im Nahostkonflikt bzw. der Palästinafrage vertiefte und die Kräfte zweier potenter Gegner Israels band, verschaffte er diesem eine lange Atempause. Die Golfmonarchien konnten angesichts der Selbstzerfleischung ihrer Gegenspieler Iran und Irak nach außen ihr Gewicht erhöhen und nach innen, zur Abwehr der „kxo-

Infolge der ungemeinen Verluste an Menschen und Material wird nach einem Friedensabkommen der Irak ein Jahrzehnt, der Iran zwei Jahrzehnte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau benötigen

meinistischen Gefahr“, unbeschadet zu repressiven Mitteln gegen demokratisch-islamische Oppositionskräfte greifen (Kuwait, Saudi-Arabien).

Die USA nutzten das erhöhte Schutzbedürfnis der Golfmonarchen, um sich selbst militärisch auszubreiten. Gleichzeitig vermochten sie ihr zweites Ziel, den Erhalt der anachronistischen Herrschaft dieser Ölscheichs, zu realisieren. Versagt blieb ihnen hingegen ihr drittes strategisches Wunschziel, nämlich ihre einstige militärische Bastion Iran direkt an der Südflanke der Sowjetunion zurückzugewinnen.

7



Umgekehrt mußte für die UdSSR die Fortdauer oder gar Zuspitzung des Golfkrieges als für sie selbst bedrohlich angesehen werden. Eine Eskalation in ihrer direkten Nachbarschaft konnte, zumal im Lichte der Reaganschen Erstschlagsstrategie („horizontale Eskalation“!), jederzeit und mit unabsehbaren Folgen in eine militärische Kollision mit den USA einmünden.¹¹

Von daher und im Sinne der weltweiten Friedensinitiativen unter Gorbatschow engagierte sie sich, anders als die USA, aktiv für die Durchsetzung der UN-Friedensmission. Daher auch fordert sie am nachdrücklichsten den völligen Abzug der US/NATO-Kriegsflotte und eine zügige Demilitarisierung der Konfliktregion.

Der Irak wie der Iran gehen sieglos aus diesem achtjährigen Abnutzungskrieg hervor. Entgegen ihren ursprünglichen Kriegszielen hielt sich das jeweils gegnerische Regime an der Macht, konnte letztlich keine Seite nennenswerte Territorialgewinne behaupten. Beide befinden sich in einem wirtschaftlich ausgebluteten, auf Dauer geschwächten Zustand und müssen daher ihre politischen Vormachtambitionen erst einmal zurückschrauben.

Nachdem der Iran ab 1982 militärisch in der Vorderhand war, büßte er seit April d.J. zu Lande alle seine Faustpfänder (Fao, Madschnun-Inseln u.a.) ein. Eben dies gab den Ausschlag für die schließliche Hinnahme einer Verhandlungslösung.

Nur so erklärt es sich, daß Revolutionsführer Ajatollah Khomeini trotz aller Racheschwüre das Ja Teherans zur Resolution 598 am 20. Juli d.J. mit den Worten gutheißen mußte: „Diese Entscheidung zu treffen, war tödlicher als Gift zu nehmen... Ich hatte geschworen, bis zum letzten Blutstropfen und zum letzten Atemzug zu kämpfen. Die heutige Entscheidung gründet sich allein auf das Interesse der Islamischen Republik.“¹² Einen schweren Dämpfer erlitt damit auch die vom radikalen Flügel der iranischen Machthaber, darunter von Khomeinis Nachfolger Ajatollah Montazeri, weiter verfochtene Doktrin

von „Export der islamischen Revolution“. Denn mit der Einsetzung eines khomeinistischen Regimes in Bagdad sollte hierbei der erste Sprung nach vorn gemacht werden. Mit Oberbefehlshaber Rafsandschani scheinen nun die realistischeren Kräfte am Zug.¹³

Wem aber bringt das Kriegsende am Golf den meisten Nutzen? Zunächst einmal sind dies die Hauptleidtragenden dieses verheerendsten und kostspieligsten Konfliktes unserer Zeit, nämlich die Völker des Irak und Iran. Dies gilt, wenngleich der aktuelle Vernichtungsfeldzug Bagdads gegen die Kurdenbewegung im eigenen Landesnorden (siehe Beitrag von D. Falk) hier die Einschränkung erforderlich macht, daß zumindest vorübergehend die Kurden eher zu den Verlierern zählen.

Dennoch sollte der lokale und regionale Stellenwert des ira-

Die Regimes des Irak wie des Iran gehen sieglos und beschwächt aus dem Krieg hervor, während die eigentlichen Gewinner des Kriegsendes die Völker beider Länder und die UNO sind

kisch-iranischen Friedensprozesses nicht geringgeschätzt werden. Er ist zudem von großem weltpolitischen Gewicht, weil von ihm neue Impulse für die Beendigung der verbleibenden Regionalkonflikte ausgehen und ein Störfaktor des globalen Dialogs entfällt.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der unmittelbaren Verdienste der UNO an der Beendigung des Golfkrieges muß diese als weitere Nutznießerin angesehen werden.

Die Verabschiedung der Resolution 598 am 20. Juli 1987, die ja nicht nur eine Waffenruhe, sondern weiterreichende politische Verhandlungsschritte mit beinhaltet, durch den UN-Sicherheitsrat ist rückblickend nicht hoch genug zu bewerten. Dies,

zumal ein solches gemeinsames Vorgehen der Großmächte ein Novum für die Konfrontationsära darstellt. Es erweist sich nun – neben dem Friedensprozeß in Mittelamerika und Afghanistan – als Vorbote für eine Trendwende hin zu politischen Verhandlungslösungen für die akutesten Regionalkonflikte der Dritten Welt, den Nahostkonflikt (noch) ausgenommen.

Dabei hatte es lange Zeit den Anschein, als solle die Verabschiedung der Resolution 598 nur ein weiteres Mal die Ohnmacht der Vereinten Nationen bloßstellen. Denn anders als Bagdad versagte ihr Teheran zunächst die Anerkennung.

Seinerzeit, da die iranischen Streitkräfte noch ansehnliche gegnerische Gebiete besetzt hielten, mißfiel dem Khomeini-Regime insbesondere die Kernforderung der Entschließung des Sicherheitsrates, beide Kriegsparteien sollten nach einer Feuer-einstellung „unverzüglich alle Streitkräfte auf die international anerkannten Grenzen zurückziehen“ (Punkt 1, Wortlaut siehe Kasten).

Hinzu kam, daß die USA, nebst einigen ihrer NATO-Verbündeten, im Herbst 1987 mit ihrem Kriegsflotten-Aufmarsch im Persischen Golf und mit Angriffen auf iranische Ziele das Kriegsgeschehen anheizten. Sie verstießen damit ihrerseits gegen Geist und Buchstaben der Resolution 598, forderte diese doch „alle anderen Staaten auf, größte Zurückhaltung zu üben“. (Punkt 5)

Nun aber, da nach dem Ja des Iran vom 18. Juli 1988 die Waffenstillstandsresolution zur Anwendung kam, ist dies gleichbedeutend mit einer Aufwertung der UNO, der Rolle ihres Generalsekretärs und des Sicherheitsrates. Unter seiner Schirmherrschaft gelang damit, schon kurz nach dem Genfer Vertragspaket zu Afghanistan im April d.J., zum zweiten Mal ein Durchbruch bei der Beilegung eines Regionalkonfliktes.

Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates

Am 20. Juli d.J. verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig eine Entschließung zur Beendigung des Golfkrieges zwischen Irak und Iran. Sie hat folgenden Wortlaut.

Der Weltsicherheitsrat (...) sorgt sich zutiefst, daß es zu einer weiteren Ausweitung des Konfliktes kommen könnte, ist entschlossen, ein Ende aller militärischen Handlungen zwischen Iran und Irak herbeizuführen, (...)

Gemäß Artikel 39 und 40 der Charta der Vereinten Nationen

1. fordert (der Sicherheitsrat), daß Iran und Irak in einem ersten Schritt zu einer Verhandlungslösung das Feuer sofort einstellen, alle militärischen Operationen zu Lande, See und in der Luft beenden und unverzüglich alle Streitkräfte auf die international anerkannten Grenzen zurückziehen;

2. ersucht den Generalsekretär um die Entsendung eines Beobachterteams der Vereinten Nationen zur Nachprüfung, Bestätigung und Überwachung des Waffenstillstandes und Rückzugs und fordert den Generalsekretär ferner auf, in Konsultationen mit den Parteien die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und dem Sicherheitsrat darüber Bericht zu erstatten;

3. dringt darauf, daß Kriegsgefangene nach der Beendigung der Feindseligkeiten und in Übereinstimmung mit der Dritten Genfer Konvention vom 12. August 1949 unverzüglich freigelassen und repatriert werden;

4. ruft Iran und Irak dazu auf, mit dem Generalsekretär bei der Verwirklichung dieser Resolution und bei der Vermittlung von Bemühungen zur Erzielung einer umfassenden, gerechten und ehrenhaften, für beide Seiten annehm-

baren Regelung aller offenen Fragen in Übereinstimmung mit den in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätzen zusammenzuarbeiten;

5. fordert alle anderen Staaten auf, größte Zurückhaltung zu üben und sich jeder Handlung zu enthalten, die zu einer weiteren Verschärfung und Ausweitung des Konflikts führen könnte, und auf diese Weise die Verwirklichung der jetzigen Entschließung zu erleichtern;

6. fordert den Generalsekretär auf, in Konsultationen mit Iran und Irak die Frage zu prüfen, ob ein unparteiisches Gremium mit der Untersuchung der Verantwortung für den Konflikt zu beauftragen ist, und dem Sicherheitsrat sobald wie möglich Bericht zu erstatten;

7. ist sich der Höhe des Schadens bewußt, der während des Konflikts entstanden ist, sowie der Notwendigkeit von Aussöhnungsbemühungen mit angemessener internationaler Unterstützung nach Beendigung des Konflikts, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, ein Expertenteam mit der Prüfung der Frage eines Wiederaufbaus zu beauftragen und dem Sicherheitsrat Bericht zu erstatten;

8. fordert den Generalsekretär ferner auf, in Konsultationen mit Iran und Irak sowie anderen Staaten in jedem Gebiet Maßnahmen zu prüfen, die Sicherheit und Stabilität in dem Gebiet fördern;

9. ersucht den Generalsekretär, den Sicherheitsrat ständig über die Verwirklichung dieser Entschließung zu unterrichten, und

10. beschließt, notfalls erneut zusammenzutreten, um weitere Schritte zu erwägen, damit die Befolgung dieser Entschließung gewährleistet wird.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 22.7.1987)

Naturngemäß stärkt es das Prestige der UNO als Friedensstifter ungemein, wenn ausgerechnet in jenen Regionalkonflikten, in denen der Weltorganisation der größte Anteil als Vermittler zufällt, zählbare Ergebnisse herauskommen. Und eben dies ist gegenwärtig in Sachen Afghanistan, Irak-Iran und mit Einschränkungen Angola/Namibia der Fall.

Anmerkungen:

- 1) Arab News, Jidda, 19.7.1988
- 2) Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 9/1988, S. 1143-1144
- 3) Laut: International Herald Tribune (IHT), Paris, 9., 17. und 31.8.1988 sowie 2.9. 1988; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 29.8.1988
- 4) Detailliert zu den Kriegsursachen und -anlässen siehe: AIB 11-12/1980, S. 54-55 und 1/1981, S. 16-22. Als weitere Hauptkonfliktursachen sind die Rivalität beider Staaten um die Vormachtstellung am Golf und die Destabilisierungspolitik Washingtons gegenüber der iranischen Revolution zu nennen.
- 5) Daten nach: IHT, 27./28.8., 2. und 5.9.1988; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.8.1988, NZZ, 19.8. und 1.9.1988
- 6) Daten nach: South, London, September 1988; Wirtschaftswoche, Düsseldorf, 1.8.1988; FAZ, 28. und 30.7.1988
- 7) Laut: SIPRI-Dossier 1987, in: AIB 11/1987, S. 6-7
- 8) Vgl. IHT, 6./7. und 27./28.8.1988; FAZ, 13. und 18.8.1988 und MEDIATUS, Starnberg, Nr. 7/1987. Zur chemischen Kriegführung gegen die Kurden siehe auch Beitrag von D. Falk in: AIB 5/1988, S. 37-39
- 9) Vgl. IHT, 26.7 und 11.8.1988
- 10) Siehe ausführlich: AIB 11/1987, S. 3-16
- 11) Sie wurde noch im Januar 1988 wieder aufgefrischt im Pentagon-Langzeitkonzept „Abgestufte Abschreckung“, siehe: DRITTE WELT 7/1988, S. 10-16
- 12) Middle East, London, September 1988
- 13) Vgl. Far Eastern Economic Review, Hongkong, 8.9.1988 und Newsweek, New York, 16.7.1988. Eine Inneneinschätzung zum Iran soll folgen.



berichtet regelmäßig über – den Befreiungskampf der F. POLISARIO – die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA – das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis – die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das **SAHARA INFO** erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM! Probeheft und Abobestellung bei GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHARAISCHEN VOLKES e.V. U. Hilpert, Am Wall 46 2800 Bremen 1



Geflohene irakische Kurden und türkische Militärs (l.); kurdisches Opfer des erneuten irakischen C-Waffen-Einsatzes (r.)

Dieter Falk

Zahlen die Kurden für das Ende des Golfkrieges?

Anfang September d.J. signalisierte eine Massenflucht von Kurden aus dem Irak, daß diese wiederum zur Zielscheibe einer irakischen Armeeoﬀensive, unter Einsatz von Giftgas, geworden waren. Und dies kurz nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes Iran-Irak. Nach Angaben von Kurdenführer Massoud Barzani, der die türkische Regierung für sich und seine Anhänger um Asyl ersucht hatte, sollen bei den neuerlichen irakischen C-Waffen-Angriffen rund 500 Kurden getötet und 3.000 verletzt worden sein. Außerdem sollen 1.300 kurdische Zivilisten bei einem Massaker nahe Dahuk ermordet und in einem Massengrab verscharrt worden sein. Dem türkischen Parlamentarier Cüneyt Canver zufolge sollen zusätzlich zu den mehr als 100.000 in die Türkei entkommenen irakischen Kurden noch weitere 200.000 Flüchtlinge auf die Möglichkeit zum Grenzübertritt warten. Sind die Kurden die großen Verlierer des Golfkrieges?

Für die Kurdengebiete des Irak und Iran war der Waffenstillstand zwischen beiden Regimes vom August d.J. keineswegs gleichbedeutend mit dem Ende des Blutvergießens. Vielmehr haben die Armeen und Repressionsorgane auf beiden Seiten nunmehr die Hände frei, um sich der internen Opposition noch stärker als in den vergangenen Jahren zu widmen. Den jüngsten Nachrichten aus dem Irak und dem Iran zufolge haben sie keinen Augenblick gezögert, die Bastionen des Widerstands anzugreifen. Es sind dies die Gebiete, in denen die nationalen Widerstandsorganisationen der Kurden aktiv sind und in denen auch Teile der nichtkurdischen Oppositionskräfte über militärische Basen und andere Einrichtungen verfügen. Bereits Ende Juli d.J. räumte der Generalsekretär der wohl größten Organisation der irakischen Kurden, der Patriotischen Union Kurdistan (PUK), Jellal Talabani, gegenüber dem Londoner „Guardian“ ein, daß er sich nunmehr auf eine deutliche Verschlechterung der militärischen Situation seiner Kämpfer

einrichte und die Taktik verändert werden müsse. Die PUK, die nach dem Zusammenbruch der kurdischen Revolution im Irak 1975 entstanden war und als erste bereits ab 1976 den bewaffneten Kampf wiederaufgenommen hatte, konnte gerade in den beiden letzten Jahren mit iranischer Hilfe große Gebiete im Süden Irakisch-Kurdistan befreien.

Gleiches gilt für die Demokratische Partei Kurdistan-Irak (DPK), die vor allem im Norden aktiv ist. Ihr Präsident, Massoud Barzani, hatte bereits am 9. August d.J. einen dringenden Appell an die Weltöffentlichkeit gerichtet. Ihm zufolge hat die irakische Armee Mitte Juli in der Provinz Arbil mit 30.000 Mann eine Großoﬀensive gegen die befreiten Gebiete von Koakurq, Sidakan und Merga Sor begonnen, bei der auch Kampfﬂugzeuge, Panzer, Kanonen und chemische Waffen eingesetzt wurden. Laut einer weiteren Erklärung der DPK aus dieser Zeit hatten bereits über 400 irakische Kurden ihre Heimat verlassen und sich auf die türkische Seite der Grenze geﬂüchtet. Es sei dem Feind jedoch nicht gelungen, alle Stützpunkte der Partei in dieser Region zu erobern.

Der türkischen Zeitung „Miliyet“ vom 13.8.1988 zufolge handelte es sich bei den Geﬂüchteten um ein Bataillon von DPK-Peschmergas unter dem Kommando von Dr. Sait Ahmet Nadir, das zusammen mit zivilen Angehörigen der Kämpfer in der Deretik-Region bei Semdinli über die Grenze gekommen sei. Die Zeitung berichtete bei dieser Gelegenheit, bezugnehmend auf kurdische Quellen, weiter, daß auf irakischer Seite auch jordanische und ägyptische Einheiten an der Oﬀensive teilnahmen.

Anfang September dauerten die Kämpfe an. Dabei hatten der DPK zufolge am 27. und 28. August weitere Giftgasangriffe auf die Zivilbevölkerung stattgefunden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren neben den genannten Regionen vor allem die folgenden von der irakischen Oﬀensive und dem Einsatz chemischer Waffen betroffen gewesen: Sheqlawa, Balisan, Gele Resch, Kanya Resch und Kanya Sor, Merga Sor, Hakho, Shekhan und Ama-

diya. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die irakische Oﬀensive bereits mindestens 500 Tote und 3.000 Verletzte — überwiegend Zivilisten, Alte und Kinder — gefordert. Inzwischen wird die Zahl der im Einsatz befindlichen irakischen Soldaten bereits mit 60.000 angegeben.

Die Oﬀensive hat jedenfalls ein solches Ausmaß erreicht, daß sich Abertausende — manche Quellen sprechen von mehr als 100.000 — von Kurden gezwungen sehen, ihre Dörfer zu verlassen und ausgerechnet in der Türkei Zuﬂucht zu suchen. Bei Cukurca wurde bereits ein Auffanglager errichtet. Die britische Nachrichtenagentur „Reuter“ berichtete Anfang September sogar, daß die Türkei dortigen Regierungskreisen zufolge bereit sei, dem Generalsekretär der DPK, Massoud Barzani, vorübergehend politisches Asyl zu gewähren.

Auf jeden Fall ist diese türkische Haltung ein erneuter Hinweis darauf, daß sich Ankara etwa im Hinblick auf die Offenhaltung ihrer historischen Ansprüche auf die heute zum Irak gehörenden Gebiete von Mossul und Kirkuk auch dort die kurdische Karte keineswegs aus der Hand nehmen lassen will. Speziell in Gestalt der DPK findet sie durchaus taktische Partner vor, die, wie die Aufkündigung ihres Abkommens mit der in Türkisch-Kurdistan operierenden Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Anfang 1987 gezeigt hat, dafür auch Gegenleistungen zu erbringen bereit ist.

Schon vorher hatten zwei Oﬀensiven gegen die befreiten Gebiete stattgefunden. Die erste hatte sich gegen die Region von Rawanduz — einem gemeinsam von der PUK und der DPK kontrollierten Gebiet — gerichtet. In dieser Schlacht — nach kurdischer Darstellung der bislang größten überhaupt — ist es den Peschmergas nach eigener Darstellung gelungen, alle befreiten Gebiete zu halten.

Die zweite Oﬀensive fand im südlichen, von der PUK kontrollierten Teil Irakisch-Kurdistan gegen die Gebiete von Garmian, Sulaimaniya und Derbendikhan statt. Die weltweit traurig berühmte Stadt Halabja, in der am 18. März d.J., nachdem sie zuvor von kurdischen Peschmergas und iranischen Pasdaran erobert worden war, 5.000 Kurden bei einem irakischen Giftgasangriff ihr Leben verloren und weitere 7.000 teils schwere Verletzungen erlitten hatten (siehe Kasten), wurde unterdessen auch von der irakischen Armee zurückerobert.

„Ungeachtet der vorläufigen Nachteile, die der Waffenstillstand im Golfkrieg mit sich bringt, könnte der Einheitsprozeß der kurdischen und oppositionellen Organisationen gestärkt werden“

Eine Oﬀensive der Regierungstruppen findet auch in Iranisch-Kurdistan statt. Die Komela stellt in einem Communiqué fest, diese am 8. August fürs erste gestoppt zu haben.

Man/frau wird sicher davon ausgehen können, daß die verfeindeten Regimes auch in Zukunft den kurdischen und eventuell anderen oppositionellen Organisationen im Nachbarland verschiedene Hilfen angedeihen lassen. Im Irak sind es die großen kurdischen Parteien PUK und DPK, die sich — wie die Feststellung Talabanis deutlich gemacht hat — wesentlich umstellen müssen, da die iranische Hilfe in den letzten beiden Jahren sehr direkt war und in dieser Form vorerst sicher nicht fortgeführt werden kann.

Das gilt umso mehr, als sich die Beziehungen zwischen dem iranischen Regime und der PUK ohnehin bereits deutlich verschlechtert hatten, nachdem die PUK sich geweigert hatte, dem iranischen Wunsch nachzukommen, die Großstadt Sulaimaniya zu erobern und damit die Zivilbevölkerung notwendigerweise einem irakischen Giftgas-Angriff auszusetzen. Die irakischen Kurden werden sicher einen großen Teil der befreiten Gebiete

verlieren und wieder zur traditionellen Guerillataktik zurückkehren müssen.

Im Iran betrifft die Umstellung in erster Linie die Nationale Befreiungsarmee (NLA) der Volksmojahedin, die jüngst im Zuge der irakischen Oﬀensive einige spektakuläre, aber gleichzeitig ephemere Erfolge, so die Besetzung der Städte Karand und Islamabad auf dem Weg von der irakischen Grenze zur Großstadt Kermanshah, zu verbuchen hatte.

Die kurdischen Parteien Demokratische Partei Kurdistan-Iran (DPK), Komela und PDK-Revolutionäre Führung, die in unterschiedlichem Maße auch irakische Unterstützung genossen, haben schon lange keine befreiten Gebiete mehr zu verteidigen. Und sie sind auch nie in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der irakischen Armee vorgegangen.

Mit größeren logistischen Schwierigkeiten dürften schließlich auch die Kämpfer der PKK konfrontiert werden. Die PKK hatte die Kriegssituation und die Existenz befreiter Gebiete in Irakisch-Kurdistan 1984 genutzt, um den bewaffneten Kampf in Türkisch-Kurdistan aufzunehmen. Das gilt auch dann, wenn sich nicht nur das Gros ihrer Kämpfer, sondern auch der überwiegende Teil ihrer Basen und sonstigen Infrastruktur wirklich innerhalb Türkisch-Kurdistan befinden. Andere kurdische Organisationen der Türkei, die auf dem Gebiet des bewaffneten Kampfes der PKK eventuell Konkurrenz machen wollen, dürften zunächst einmal kaum noch Chancen haben, überhaupt die Rückkehr in die Heimat zu schaffen.

Auf der anderen Seite ist es nicht ausgeschlossen, daß die vorläufigen Nachteile, die der jetzige Waffenstillstand für die — zumal kurdischen — Oppositionsbewegungen in den genannten Ländern mit sich bringt, mittel- und langfristig dadurch aufgehoben werden, daß die Einheit der kurdischen Bewegung in den verschiedenen Teilen Kurdistan aufgrund der abnehmenden Bedeutung der äußeren Unterstützung durch den jeweiligen Feind der Organisationen im Nachbarland gefördert wird. Diese Einigung hat besonders im Irak in letzter Zeit bereits deutliche Fortschritte gemacht und zur Gründung einer Front von allen kurdischen Parteien zuzüglich der KP Iraks geführt.

Weitere Entwicklungen in dieser Hinsicht stellten auch das Abkommen zwischen der PUK und der PKK vom 1.5.1988 und schließlich die nach den Erfahrungen der letzten Jahre auffallend zurückhaltende Stellungnahme der am 22.6.1988 unter dem Namen Befreiungsbewegung Kurdistan (TEVGER) gegründeten Front von acht Organisationen aus Türkisch-Kurdistan gegenüber der PKK dar (siehe DRITTE WELT 8-9/1988, S. 63ff.), die nunmehr offenbar keine „von MIT-Agenten durchgesetzte Terroristenbande mehr ist, sondern — so der Sprecher der Avantgardistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PPKK) — „eine kurdische Organisation, die gegen den türkischen Staat kämpft“, mit der man zwar „Meinungsverschiedenheiten“ habe, die aber nicht derart seien, daß sie eine Zusammenarbeit verunmöglichen würden.

Am negativsten ist in dieser Hinsicht zweifellos noch immer die Lage der Opposition im Iran, wo ansonsten die politische Situation für sie nach dem deutlichen Gesichtsverlust des Regimes am günstigsten sein könnte. Zwar gibt es keine bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen mehr. Aber wichtige Organisationen, wie die DPK und auch die Tudeh-Partei haben sich noch vor nicht langer Zeit gespalten, und eine Zusammenarbeit zwischen der NLA und der übrigen bewaffneten Opposition besteht auch noch nicht und verspricht auch nicht einfach zu bewerkstelligen zu sein.

Die Zeit des irakisch-iranischen Krieges hat aber immerhin gezeigt, daß die kurdische Bewegung — namentlich auch die des Irak — aus dem Zusammenbruch von 1975 eine Lehre gezogen hat und sich nicht mehr auf Gedeih und Verderb den Interessen des jeweiligen Feindes ausliefert. Gegenüber den aktuellen negativen Entwicklungen für die kurdische Nationalbewegung kann dieser positive Faktor aber nur langfristig wirksam werden.

Interview mit UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar

Wir haben keinen Monopolanspruch auf die Lösung von Konflikten

Die entscheidende Rolle, die die UNO beim Erreichen eines Waffenstillstands im Golfkrieg gespielt hat, aber auch ihre Vermittlertätigkeit im Afghanistan-Konflikt, haben zu einer erheblichen Aufwertung ihrer Tätigkeit beigetragen. Dies gilt auch für die Beilegung anderer regionaler Konflikte. Zwar spielen die Vereinten Nationen, was die Verhandlungen zu Kamputschea und zum Südlischen Afrika angeht, nur eine Nebenrolle, jedoch gehen bei der Westsahara und Zypern die entscheidenden Impulse von ihnen aus. Im folgenden Interview nimmt UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar Stellung zu den Lösungsmöglichkeiten einiger regionaler Konflikte, zur Rolle, die die UNO dabei spielt, und zu den finanziellen Problemen, die die neuen Aufgaben mit sich bringen.

FRAGE: Worauf führen Sie die jetzige Neuaufwertung der Vereinten Nationen zurück?

J. PEREZ DE CUELLAR: Einer der Gründe ist das, was man die Entspannung zwischen den USA und der UdSSR nennt.

Wenn zwei Länder, die solche militärischen, politischen und ideologischen Differenzen hatten, miteinander reden, warum sollte dies anderen Ländern, die Probleme untereinander haben, nicht gelingen? (...) Wenn sie sehen, daß die Umstände günstig sind, muß man schnell handeln.

Dies habe ich in der Angelegenheit Iran-Irak getan, nachdem die Iraner die Resolution 598 angenommen hatten, obwohl die Iraker nicht sehr zufrieden waren. Ich habe sofort eine Abordnung vor Ort geschickt. Wenn ich abgewartet hätte, wären wir nicht da, wo wir heute sind.

FRAGE: Wo stehen wir heute?

J. PEREZ DE CUELLAR: Alles wird vom politischen Willen der Parteien abhängen. Wenn sie das Problem wirklich lösen wollen, kann es eine Angelegenheit von nur einigen Monaten sein. Im anderen Falle kann sich das Jahre hinziehen. (...)

In den nächsten Tagen werde ich versuchen, ein Verfahren für die Verhandlungen zwischen Iran und Irak in Gang zu bringen. Es wird nicht einfach sein, z.B. über den Algier-Vertrag von 1975 zu diskutieren, der die Grenzziehung auf dem Schatt al-Arab regeln sollte. Dies alles kann sich hinziehen, aber ich will dieses Verfahren, bei dem die Iraner und Iraker sich nicht gegenüber sitzen, in die Tat umsetzen.

Man wird auch das Problem des Trup-



UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar: derzeit überbeansprucht von Friedensverhandlungen

penrückzugs regeln müssen. Ich müßte mich anschließend mit den ehemaligen Kriegsparteien über die Zusammensetzung des Organismus beraten, der die Verantwortlichkeiten für den Konflikt ausbruchs festlegen soll. Ich sage bewußt „beraten“, aber ich werde entscheiden. Denn entsprechend der Resolution 598 brauche ich ihre Zustimmung nicht. Und ich habe bereits Ideen.

Ich muß auch eine Expertengruppe bilden, die die Kriegsschäden abschätzen soll, aber nicht die Reparationen. Das Wort „Reparationen“ wird in der Resolution 598 nicht erwähnt. Ich muß mich auch mit den Golfanrainern über die Sicherheit der Region beraten und die Angelegenheit der Kriegsgefangenen, deren Zahl ich auf 80.000 schätze, regeln.

FRAGE: Aber der Beginn einer Beilegung dieses Konflikts ist nicht nur auf



UN-Friedensstreitmacht im Libanon

das neue amerikanisch-sowjetische Klima zurückzuführen?

J. PEREZ DE CUELLAR: Das stimmt. Der Sicherheitsrat hat in der Iran-Irak-Angelegenheit in einer Art gehandelt wie nie zuvor.

Mitte Januar 1987 habe ich die Mitglieder des Rates und besonders die fünf ständigen Mitglieder aufgerufen, sich mit dem Konflikt zu befassen. Einige Tage später habe ich sie in mein Büro gebeten und ihnen meine Ideen vorgestellt. Dann haben sie sich an die Arbeit gemacht. Das hat viel Mühe bereitet, aber die Fünf hielten fünf Monate lang Kontakt, bis sie sich im Juli 1987 auf den Text der Resolution 598 verständigten. Sie waren natürlich in dauerndem Kontakt mit mir. (...)

FRAGE: Könnte die Methode auch für den israelisch-arabischen Konflikt geeignet sein?

J. PEREZ DE CUELLAR: Ich würde gerne das gleiche Verfahren wie in der iranisch-irakischen Angelegenheit anwenden. Wenn ich erreichen könnte, daß die Sicherheitsratsmitglieder beginnen, über das Problem des Nahen Ostens zu diskutieren, wäre dies schon ein enormer Fortschritt.

Aber es scheint mir, daß man noch etwas abwarten muß, bis die israelischen und amerikanischen Wahlen stattgefunden haben. Die Lage hat sich vollständig geändert durch die Entscheidung des jordanischen Königs (Aufkündigung seiner Zuständigkeit für die palästinensische Westbank und Gaza am 28.7.1988, siehe Palästina-Interview in diesem Heft; d. Red.).

Aber man sollte nicht einschlafen und gleichzeitig darauf achten, niemandem auf die Füße zu treten. Denn es ist eine Angelegenheit, bei der wir Konkurrenten haben. Und die Vereinten Nationen wollen nicht mit den Mitgliedsstaaten in Konkurrenz treten.

Die USA haben sich mit der Shultz-Reise bemüht, aber ich habe den Eindruck, daß sie gescheitert sind. Ich werde den Augenblick suchen, wo wir etwas tun können. Das beschäftigt mich sehr stark.

FRAGE: Welche Bilanz ziehen sie bezüglich der Afghanistan-Frage?

J. PEREZ DE CUELLAR: Ich will ehrlich sein: Wir wurden von den Supermächten benutzt.

Unsere Rolle war wichtig. Wir haben das Terrain bereitet, aber wir haben dank der Entschlossenheit Moskaus und Washingtons, den Krieg zu beenden, Erfolg gehabt.

Gleichzeitig haben wir bewiesen, daß wir ein ideales Instrument sein konnten für die Verwirklichung eines Abkommens der Großmächte. Haben wir nicht das Gesicht der einen und anderen Seite gewahrt?

Aus unserer Sicht entwickelt sich im Augenblick alles sehr gut: Die Sowjets haben ihre Verpflichtungen eingehalten; sie haben, wie sie es versprochen hatten, 50% ihrer Truppen bis zum 15. August abgezogen. Aber der zweite Teil des Programms wird viel schwieriger sein, denn ich glaube, daß sie den wesentlichen Teil ihres Kontingents bis zum Ende, d.h. bis zum Februar 1989, dem spätesten Zeitpunkt ihrer Anwesenheit (in Afghanistan; d. Red.), belassen werden.

Der Tod Präsident Zias könnte sie ermutigen, in diese Richtung zu gehen. Und vielleicht werden sie auf eine wesentliche Verringerung der pakistanischen Hilfe für den Widerstand setzen. Ich bin mir nicht sicher, aber ich denke, daß sie so denken.

Das afghanische politische Problem bleibt jedenfalls bestehen. Was wird geschehen? Wird die Regierung Najibullah sich halten können? Was wird mit den sowjetischen militärischen und politischen Beratern sein, die nach dem Abzug der Roten Armee im Land bleiben werden?

Vermittlungserfolg der UNO: sowjetischer Truppenabzug aus Afghanistan



den?

FRAGE: Wie schätzen Sie die Krise im Südlischen Afrika ein?

J. PEREZ DE CUELLAR: Die beiden Großmächte haben sich darauf geeinigt, Einfluß — um nicht zu sagen Druck — einerseits auf die Kubaner und die Angolaner und andererseits auf die Südafrikaner auszuüben.

Natürlich spielen andere Aspekte eine Rolle: Südafrika beginnt, den militärischen Druck, die wachsende diplomatische Isolierung zu spüren und sagt sich, daß ein Ausweg gefunden werden muß. Wir haben uns sofort den Parteien zur Verfügung gestellt, so daß ich heute einen Vertreter bei den Verhandlungen in Brazzaville habe und nach Südafrika eingeladen wurde.

Ich bin bereit, dorthin zu gehen, aber ich muß vorher erst sehen, was in Brazzaville geschehen wird. Wenn die Kriegsparteien sich auf einen vernünftigen Zeitplan für den Abzug der kubanischen Kräfte einigen, wird der Weg offen sein. Im Augenblick reichen die Positionen von sieben oder acht Monaten, was Südafrika vorschlägt, bis zu drei Jahren, wie Luanda fordert. Ein vernünftiger Kompromiß könnte bei anderthalb oder zwei Jahren liegen.

FRAGE: Welcher Faktor hat die größte Rolle gespielt? Die Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen oder die Schwierigkeiten Pretorias?

J. PEREZ DE CUELLAR: Die beiden Faktoren haben sich kombiniert.

Die Entspannung hat den Druck auf die beiden Seiten möglich gemacht. Andererseits hat die enorme Steigerung der kubanischen Präsenz in der Region wirkliche Probleme für die Südafrikaner in Südafrika verursacht. Das hat sie zum Überlegen gebracht.

Vielleicht sind sie deshalb an meinem Besuch interessiert. Meine Bedingung dafür ist, daß meine Anwesenheit nützlich sei und nicht benutzt wird.

FRAGE: Scheinen Ihnen Washington und Moskau bereit, die gleiche Art von Druck auszuüben, um ein Abkommen über Kamputschea zu erreichen?

J. PEREZ DE CUELLAR: Was Kamputschea angeht, so habe ich den beteiligten

Parteien ziemlich detaillierte Friedensvorschläge gemacht, aber ihnen einen großen Bewegungsspielraum gelassen. Dieser Entwurf scheint von Allen positiv aufgenommen worden zu sein.

Die Idee war: „Wenn ihr mich braucht, bin ich da.“ Aber wenn dieses Problem eines Tages gelöst ist, dann aufgrund eines sino-sowjetischen Abkommens.

FRAGE: Und die Roten Khmer?

J. PEREZ DE CUELLAR: Das große Problem ist, daß ohne die Roten Khmer der Widerstand verschwindet, und man mit ihnen Gefahr läuft, eine Regierung an der Macht zu haben, die von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurde.

Wie kann man ihr Verschwinden erreichen? Es gibt zwar die Idee einer Streikkraft der Vereinten Nationen, die die verschiedenen politischen Tendenzen Kamputscheas unter Kontrolle halten könnte, aber sie würde nicht die Beteiligung der Roten Khmer an der Regierung regeln.

Die Chinesen haben andererseits mehrmals zu verstehen gegeben, daß die Roten Khmer akzeptieren würden, nur eine symbolische Rolle in einer Koalitionsregierung zu spielen, und daß Pol Pot von der Szene verschwinden könnte. Aber es ist die Mentalität dieser Leute, die ein Problem darstellt, die gefährlich ist.

Die Geschicklichkeit unseres Freundes Sihanouk könnte einiges ausrichten, selbst wenn es ohne eine Zustimmung der Chinesen keine Lösung geben kann. Wir können nicht vorwärtskommen, solange China keine klare Position einnimmt.

Es wäre andererseits für die Vereinten Nationen eine enorme Verantwortung, wenn man uns bitten würde, eine Friedenstruppe zur Verfügung zu stellen. Bereits für Namibia werden unsere Vorhaben 600-700 Mio \$ kosten. Wer wird die Rechnung bezahlen?

Ich weiß es nicht und ich rede nicht davon, was unsere Operation in der Sahara kosten wird, sollte sie durchgeführt werden.

FRAGE: Genau, wie ist die finanzielle Lage der Vereinten Nationen?

J. PEREZ DE CUELLAR: Unsere Lage ist sehr schlecht. Und sie wird im Oktober noch schlimmer werden, wenn die USA ihre Rückstände nicht bezahlen, die sich auf mehr als eine halbe Mrd \$ belaufen.

Sie haben Verprechungen gemacht, aber ohne einen Zeitpunkt anzugeben; sie sind also sinnlos. Es ist jetzt notwendig, daß Präsident Reagan schriftlich bescheinigt, daß die Reformen der Organisation auf gutem Weg sind. Aber ich bin nur bereit, mich zu verpflichten, was die Verminderung der Ausgaben der Organisation angeht, und nicht, was die Begren-

zung der Programme zwischen Regierungen betrifft, die nicht von mir abhängen. Die USA verlangen auch, daß die Verträge der sowjetischen Funktionäre der Vereinten Nationen von jetzt an langfristig und nicht mehr einjährig sein sollen. Die UdSSR hat dem prinzipiell zugestimmt, aber dieser Punkt ist noch nicht in die Tat umgesetzt.

Wie ich es Präsident Reagan gesagt habe, kann ich auf jeden Fall nicht alle diese Bedingungen akzeptieren. Man hat juristisch gesehen nicht das Recht, jemandem, dem man 1.000 \$ schuldet, zu sagen: „Ich zahle nur zurück, wenn sie die Farbe der Fassade ihres Hauses ändern oder sie ihre Möbel austauschen.“

FRAGE: Wie steht es mit den sowjetischen Schulden?

J. PEREZ DE CUELLAR: Die UdSSR hat versprochen, ihre Schulden in drei Raten zu bezahlen. Und sie hat bereits die erste bezahlt.

Wenn wir heute funktionieren, verdanken wir es den westeuropäischen Ländern, Kanada und Japan, die ihren diesjährigen Beitrag sehr früh überwiesen haben.

FRAGE: Wie würden Sie die neue sowjetische Haltung zu den Vereinten Nationen beschreiben?

J. PEREZ DE CUELLAR: Die Sowjets haben plötzlich entdeckt, daß die Vereinten Nationen ein sehr wichtiges Feld diplomatischer Tätigkeit und nicht nur ein Ort der Propaganda sind.

Sie haben gesehen, daß die USA den Vereinten Nationen den Rücken kehren, und sie ziehen daraus Nutzen. Sie wollen diesen Mechanismus gebrauchen. Dies wollten die USA unglücklicherweise nicht tun.

Es gibt ein ewiges Mißverständnis: Man glaubt, daß die Vereinten Nationen einen Exklusivitätsanspruch auf die Lösung aller internationalen Probleme haben wollen. Dies ist nicht wahr. Bestimmte Probleme brauchen ein bilaterales Herangehen; andere ein regionales.

Aber es gibt auch Probleme, die eine internationale Behandlung erfordern. Der Iran-Irak-Konflikt z.B. brauchte ein internationales Herangehen, da keinerlei Hoffnung auf eine bilaterale Regelung bestand, und da das regionale Herangehen mit dem Bemühen der Islamischen Konferenz und der Nichtpaktgebundenen gescheitert war.

Aber in der Angelegenheit der Westsahara haben wir eine gelungene Kombination aus internationalem und regionalem Herangehen verwirklicht. Man soll nicht glauben, daß die Vereinten Nationen alle Probleme lösen wollen, und noch weniger, daß der Generalsekretär ein Masochist ist, der sich mit allen Angelegenheiten befassen will.

(Quelle: Le Monde, Paris, 25.8.1988)

Palästina

Interview mit Karem Kanafani

Nach Husseins Verzicht Die Intifada muß ihre Chance nutzen!

Im neunten Monat der Intifada, des palästinensischen Aufstands in der Westbank und Gaza, deutet vieles auf die absehbare Proklamierung einer Exilregierung, bzw. eines unabhängigen Palästina Staates. Ein entsprechender Vorschlag wird von der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) derzeit erarbeitet, in Anknüpfung an das hier dokumentierte Papier des Arafat-Beraters B. Abu Sharif. Die unmittelbar bevorstehende Sondertagung des Palästinensischen Nationalrats, des Parlaments der PalästinenserInnen, soll über dieses Vorhaben entscheiden. Zusätzlich herausgefordert hat ihn König Husseins Schritt vom 28. Juli d.J., Jordaniens Verbindungen und Anspruch auf die Westbank zu kappen. Die israelische Regierung antwortete darauf am 25. August mit dem Verbot der palästinensischen Volkskomitees. Für die DRITTE WELT sprach Wolfram Brönnert mit Karem Kanafani, einem Repräsentanten der Intifada aus der Westbank, über die Bewertung dieser rasanten Entwicklung. Der Name unseres Gesprächspartners mußte aus Sicherheitsgründen geändert werden.

FRAGE: Gegenwärtig wird viel darüber berichtet, daß eine Kommission der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) dabei sei, ein Dokument auszuarbeiten, das zur Erklärung der Unabhängigkeit oder zur Ausrufung einer Exilregierung gedacht wäre. Es heißt auch, ein solches Papier solle auf dem noch im Herbst d.J. anstehenden außerordentlichen Palästinensischen Nationalrat (PNC) verabschiedet werden. Entspricht dies den Tatsachen?

K. KANAFANI: Ja, es stimmt. Die Errichtung einer Exilregierung oder was manche Leute eine Übergangsregierung nennen, rückte als Gedanke in den Vordergrund nach der jordanischen Abkoppelung. Dieser Gedanke war zwar schon einige Zeit früher aufgekommen. Aber diese Frage erlangte erst nach der jordanischen Abkoppelung von der Westbank ein solches Gewicht.

Wir glauben, daß ein solcher Schritt gründlich diskutiert, sorgfältig eingeschätzt und zwischen allen palästinensischen Fraktionen eine Übereinkunft darüber erzielt werden muß. Denn wir wollen keinen Schritt tun, unabhängig von welcher Bedeutung er ist, der zu irgendwelchen Spaltungen in den palästinensischen Reihen führt.

Außerdem müßte ein solcher Schritt dazu dienen, uns einen internationalen Machtzuwachs zu verschaffen, zielt er doch darauf ab, eine größtmögliche Unterstützung für die palästinensische Sache zu erreichen. So gesehen wäre es die Sache nicht wert, eine Übergangsregierung auszurufen, wenn diese nicht

zumindest von der Mehrheit unserer Freunde und Unterstützer in der Welt

anerkannt würde.

Folglich muß dieses Thema vorsichtig diskutiert werden, auch mit unseren Freunden. Wir sind in den besetzten Gebieten darüber im Bilde, daß das PLO-Exekutivkomitee dabei ist, dieses neue Vorhaben zu diskutieren, und daß die PNC-Konferenz darüber entscheiden soll.

FRAGE: Können Sie etwas sagen über die Resonanz der Vereinten Nationalen Führung der besetzten Gebiete auf dieses Projekt?

K. KANAFANI: Dieser Schritt wurde nicht diskutiert oder kommentiert von seiten der Nationalen Führung.

FRAGE: Auch nicht implizit?

K. KANAFANI: Auch nicht implizit.

Aber im jüngsten Flugblatt Nr. 24 gab es einen Hinweis darauf insofern, als es hieß: Wir sind sicher, daß unsere PLO-Führung bzw. der PNC eine klare politische Linie einschlagen werden.

Das ist ein Hinweis darauf, daß die Bevölkerung oder die Führung der Intifada in den besetzten Gebieten von der PLO-Führung verlangen, ihre politischen Forderungen hinsichtlich der Staatsfrage zu klären. Denn bekanntlich war diese Frage in der Palästinensischen Nationalcharta (Grundsatzdokument der PLO von 1968; d. Red.) nicht klar umrissen. In den besetzten Gebieten gibt es — ausgenommen eine kleine Minderheit — einen allgemeinen Konsens, daß die Bevölkerung die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und Gaza akzeptiert und fordert. Aber dies muß überprüft, geklärt und erklärt werden von der palästinensischen Führung im Ausland.

FRAGE: Aber, hat es denn keine Diskussion in den besetzten Gebieten selbst gegeben über das Papier von Bassam Abu Sharif, welches den Anfang dieses o.g. Konzeptes einer politischen Lösung machte? Dieses Papier wurde Ende Juni d.J. in der „Jerusalem Post“ veröffentlicht und besagt: Wir brauchen zwei

Staaten: auf der einen Seite einen palästinensischen Staat und auf der anderen Seite die Anerkennung Israels durch die Palästinenser. Dies würde der Kern einer solchen Lösung sein. Ist dieses Konzept von der Mehrheit des Widerstandes in den besetzten Gebieten unterstützt worden?

K. KANAFANI: So ist es. Das Vorhaben einer Exilregierung oder Übergangsregierung wurde und wird in den Straßen der Westbank und Gazas, allorts diskutiert. Die Zustimmung überwiegt. Aber so gut wie jeder stimmt auch darin überein, daß ein solcher Schritt möglichst die Zustimmung aller palästinensischen Parteien haben sollte.

FRAGE: Was denken Sie über Sharifs Papier? Hat überhaupt eine Diskussion darüber in den besetzten Gebieten stattgefunden?

K. KANAFANI: Es gibt zwei Punkte, die meines Erachtens am Papier von Bassam Abu Sharif wichtig sind, und die auf einen Wandel in der Entwicklung des politischen Denkens der PalästinenserInnen hinweisen.

Dies ist einmal die Akzeptanz der „Zwei-Staaten-Lösung“ und zum anderen die Ausrichtung auf eine internationale Konferenz durch die Bevölkerungsmehrheit in den besetzten Gebieten. Und dies ist der Fall gerade hinsichtlich der zwei wichtigsten Punkte in dem Dokument. Der größte Differenzpunkt zwischen den Leuten über dieses Dokument, das ist die Form, wie das Dokument geschrieben ist. Ich persönlich bin der Auffassung, daß Abu Sharif dieses Papier mit Blick auf die öffentliche Meinung im Westen geschrieben hat. Das Dokument war nicht an die AraberInnen oder an die PalästinenserInnen gerichtet.

Er beginnt das Dokument z.B. damit, daß er sagt, Israel will Frieden, und so wollen auch wir, die PalästinenserInnen, Frieden. Ich meine, diese Akzentsetzung zielte darauf ab, die Europäer davon zu überzeugen, daß die PalästinenserInnen den Frieden wollen und daß sie kein Hindernis auf dem Weg dahin sind.

Gleichzeitig sollten die Unterstützer Israels zumindest die PalästinenserInnen gleichberechtigt neben den Israelis behandeln. Zusätzlich dazu, war dies ein geschickter Weg, das westliche Bewußtsein anzusprechen, welches traditionell Israel unterstützt und die israelischen Ambitionen akzeptiert. Es war ebenso ein geschickter Weg, der westlichen Öffentlichkeit zu veranschaulichen, daß die PalästinenserInnen keine Terroristen sind.

FRAGE: Heißt das, daß Sie und die Führung des Aufstands in der Westbank und Gaza mehrheitlich das Sharif-Modell bzw. die Zwei-Staaten-Lösung befürworten?



Aussichten einer palästinensisch-israelischen Lösung

Alles, was bisher über den Nahostkonflikt gesagt wurde, konzentrierte sich auf die Differenzen zwischen Palästinensern und Israelis, und ignorierte die Aspekte, in denen völlige Übereinstimmung herrscht.

Diese Aspekte sind leicht zu übersehen, da sie durch die 70jährige Anhäufung von Feindseligkeit und Mißtrauen verdeckt sind. Trotzdem gibt es diese Übereinstimmungen und mit ihnen die Hoffnung auf Frieden, den diese Region so lange entbehrt hat.

Schiebt man Furcht und Mißtrauen, mit denen substantielle Themen überlagert werden, beiseite, so stellt sich heraus, daß Palästina und Israel über Mittel und Wege generell übereinstimmen: Israels Ziele sind dauerhafter Friede und Sicherheit, und dies sind auch die Ziele des palästinensischen Volkes.

Niemand kann die leidvolle, jüdische Geschichte besser nachempfinden als die Palästinenser. Wir wissen, was es heißt, staatenlos und Ziel-scheibe von Furcht und Vorurteilen anderer Nationen zu sein. Dank verschiedener israelischer und mehrerer anderer Regierungen, die die Macht hatten, die Geschichte unseres Volkes zu bestimmen, wissen wir, was es bedeutet, wenn Menschen als minderwertiger als andere betrachtet werden und wenn ihnen die Grundrechte, die die Menschheit als garantiert ansieht, verweigert werden. Wir glauben, daß kein Volk, weder das jüdische noch das palästinensische, die Mißachtung und die Rechtlosigkeit, die Heimatlosigkeit unweigerlich nach sich zieht, verdient hat.

Juden und Palästinenser haben, unserer Meinung nach, wie alle anderen Völker das Recht, ihre Geschichte selbst zu bestimmen und können von ihren Nachbarn nicht nur Friedfertigkeit erwarten, sondern auch eine Bereitschaft zu politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, ohne die kein Staat wirklich sicher sein kann, wie mächtig seine Kriegsmaschinerie auch ist. Kein Staat kann ohne diese Voraussetzung gedeihen, egal wie wohlgesonnen ihm seine Freunde in fernen Ländern auch sein mögen. Palästinenser wie Israelis fordern diesen Zustand von Sicherheit und dauerhaftem Frieden, denn niemand kann seine Zukunft auf den Trümmern eines anderen aufbauen. Wir sind zuversichtlich, daß dieser Wunsch und seine Verwirklichung von allen geteilt wird, bis auf eine unbedeutende israelische Minderheit.

Die Israelis wollen Sicherheit und dauerhaften Frieden über den Weg direkter Gespräche erlangen, ohne daß eine Lösung von einer außenstehenden Partei durchgesetzt oder verhindert wird. Die Palästinenser befürworten diese Haltung, sie sehen keine andere Möglichkeit, den Konflikt zu lösen als durch direkte Gespräche der am Konflikt beteiligten Parteien. Wir glauben, daß jede Lösung, die von einer außenstehenden Partei aufgezwungen wird, eine Lösung ist, die von beiden kriegführenden Parteien nicht akzeptiert werden kann. Deshalb wird eine solche Lösung zum Scheitern verurteilt sein.

Der Schlüssel zu einer palästinensisch-israelischen Lösung liegt in Gesprächen zwischen Palästinensern und Israelis. Die Palästinenser würden sich selbst belügen, wenn sie glaubten, daß ihre Probleme mit den Israelis durch Verhandlungen mit Nicht-Israelis, einschließlich der Vereinigten Staaten, gelöst werden könnten. Auch die Israelis und US-Außenminister George Shultz, der jüngst zu Gesprächen über seine Friedensvorschläge durch den Nahen Osten reiste, würden sich selbst belügen, wenn sie glaubten, daß Israelis Probleme mit

den Palästinensern in Verhandlungen mit Nicht-Palästinensern, einschließlich Jordanien, gelöst werden könnten.

Die Palästinenser würden gern ihren israelischen Vermittler wählen. Wir zweifeln nicht daran, daß wir mit der „Peace Now“-Bewegung innerhalb eines Monats zu einer befriedigenden Lösung kommen könnten. Wir wissen aber, daß ein Abkommen mit „Peace Now“ kein Abkommen mit Israel wäre. Da wir aber eine Übereinkunft mit Israel anstreben, sind wir bereit, mit der Arbeiterpartei Shimon Peres, dem Likud-Block Yitzhak Shamir oder jedem anderen, den die Israelis zu ihrem Vertreter wählen, zu verhandeln.

Die Israelis und Herr Shultz würden ebenfalls lieber mit Palästinensern ihrer Wahl verhandeln. Für sie wie für uns ist es aber zwecklos, mit jemandem zu verhandeln, der kein Mandat zu Verhandlungen besitzt. Wenn die Israelis eine Lösung mit den Palästinensern suchen, und davon gehen wir aus, müssen sie mit den Vertretern dieses Volkes verhandeln. Und die Palästinenser haben mit den einzig ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Vertreter gewählt. Jeder Palästinenser, der von Diplomaten und Journalisten befragt wurde, erklärte unmißverständlich, daß die PLO seine Vertretung sei.

Wenn man dies nicht als Ausdruck des freien palästinensischen Willens anerkennen will, sollte man den Palästinensern die Gelegenheit geben, ihren freien Willen in einer Weise auszudrücken, die alle Zweifler überzeugen wird: Durchführung eines international überwachten Referendums in der Westbank und im Gazastreifen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, zwischen der PLO und jeder anderen Gruppe von Palästinensern, die Israel oder die Vereinigten Staaten oder die internationale Gemeinschaft nominieren will, zu wählen. Die PLO ist bereit, jedes Ergebnis zu akzeptieren



und ihren Platz für jede andere Führung zu räumen, sollte eine solche vom palästinensischen Volk gewählt werden.

Die PLO verfährt so, weil sie ihre 'Raison d'être' nicht in der Vernichtung Israels sieht, sondern im Schutz des palästinensischen Volkes und seiner Rechte, einschließlich seiner Rechte auf Demokratie und nationale Selbstbestimmung.

Trotz des teuflischen Bildes, daß der PLO aufgrund ihres Kampfes um diese Rechte in den USA und Israel gegeben wurde, bleibt die Tatsache bestehen, daß diese Organisation nach demokratischen Grundsätzen entstanden ist und demokratische Ziele verfolgt. Wenn Israel

und seine Verbündeten in der US-amerikanischen Regierung sich mit dieser Tatsache anfreunden können, würden die Befürchtungen verschwinden, die sie davon abhalten, die PLO als einzig realistischen Gesprächspartner für eine palästinensisch-israelische Lösung zu akzeptieren.

Diese Befürchtungen drehen sich — nach allem, was ich über die Verlautbarungen in Israel und den Vereinigten Staaten weiß — um die uneingeschränkte Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats (von 1967 und 1973; d. Red.) und um die Möglichkeit, daß ein palästinensischer Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen eine radikale und totalitäre Bedrohung für seinen Nachbarn darstellen würde.

Die PLO akzeptiert aber die Resolutionen 242 und 338. Was sie davon abhält, dies uneingeschränkt zu tun, ist nicht der Inhalt der Resolutionen, sondern das, was sie nicht enthalten: Sie sagen nichts aus über die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines demokratischen Rechts auf freie Meinungsäußerung und seines Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Einzig aus diesem Grund haben wir wiederholt betont, daß wir die Resolutionen 242 und 338 im Zusammenhang mit den anderen UN-Resolutionen akzeptieren, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen.

Gegen die Befürchtung, daß ein palästinensischer Staat eine Bedrohung für seinen Nachbarn darstelle, spricht der demokratische Charakter der PLO mit seinen legislativen, exekutiven und anderen im Volk verankerten Institutionen. Wenn dies keine ausreichende Garantie dafür ist, daß der Staat Palästina ein demokratischer sein wird, wären die Palästinenser offen für die Idee einer kurzen abgestimmten Übergangsperiode, in der ein internationales Mandat die besetzten palästinensischen Gebiete in ein demokratisches palästinensisches Staatswesen führen würde.

Darüber hinaus würden die Palästinenser internationale Garantien für die Sicherheit aller Staaten in der Region, einschließlich Palästinas und Israels, nicht nur akzeptieren, sondern sogar darauf bestehen. Es ist exakt unser Wunsch nach internationalen Garantien, der zu unserer Forderung geführt hat, daß bilaterale Friedensgespräche mit Israel im Rahmen einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geführt werden.

Die Palästinenser wissen, daß sie von Israel mit seiner mächtigen Kriegsmaschinerie und seinem Nuklearpotential wesentlich mehr zu fürchten haben als Israel von ihnen. Sie würden daher jede vernünftige Maßnahme begrüßen, die die Sicherheit ihres Staates und seiner Nachbarn fördern würde, einschließlich der Stationierung einer UN-Streitmacht in einer Pufferzone auf der palästinensischen Seite der israelisch-palästinensischen Grenze.

Die Zeit, die manchmal Wunden heilt, verursacht auch oft Wunden. Viele Israelis erkennen zweifellos diese Tatsache und teilen das auch dem Rest ihres Volkes mit. Wir sind jetzt bereit zum Frieden, und in der Lage, Frieden zu schließen. Wir hoffen, daß die Gelegenheit, die sich heute bietet, nicht vertan wird.

Wenn sie vertan wird, so haben wir keine Wahl, als unser Recht auf Widerstand gegen die Besatzung weiter auszuüben. Dies mit dem letzten Ziel, nicht nur unseren Kindern, sondern auch den Kindern der Israelis ein freies, würdiges und sicheres Leben zu garantieren. (Quelle: Jerusalem Post, 24.6.1988)

K. KANAFANI: So ist es. Und zwar, weil es den neuen Realitäten durch die Intifada Rechnung trägt.

Ich denke, daß dieses Dokument der Intifada weiterhilft. Die Intifada hat die internationale öffentliche Meinung verändert und die Palästinafrage wieder in den Mittelpunkt gerückt. Dies führte der Weltöffentlichkeit wie den israelischen Autoritäten die Realitäten vor Augen.

In der Vergangenheit waren die PalästinenserInnen die Opfer, aber sie waren stets angeklagt, die Aggressoren zu sein. Nun, die Intifada hat verdeutlicht, wer der Aggressor ist und wer das Opfer.

Ich denke, ein solches Dokument fördert die Unterstützung dieser positiven Entwicklungen in der Weltöffentlichkeit. Und ich bin sicher, daß eine klare politische Haltung dazu, wo der palästinensische Staat gegründet werden soll, seitens der PLO-Führung und des PNC eingenommen werden wird. Zumindest hoffen wir das.

FRAGE: Was denken Sie konkret über die Entscheidung König Husseins, Jordaniens Zuständigkeit für die Westbank aufzukündigen? Bedeutet dies, daß die von Washington und der israelischen Arbeiterpartei favorisierte „jordanische Option“ (siehe AIB 7/1985, S. 9-12; d. Red.) damit gestorben ist?

K. KANAFANI: Nun, König Hussein hat weidlich versucht, die prekäre Situation, in die die PLO nach der israelischen Invasion des Libanon 1982 geriet, auszuschlachten. Er war bemüht, ihre militärische Schwächung, ihre Zersplitterung sowie ihren Konflikt mit Syrien zu nutzen, um erneut seine Rolle als Repräsentant des palästinensischen Volkes zu etablieren. Sollte ihm keine alleinige legitime Repräsentation der PalästinenserInnen zufallen, dann zumindest eine Teilung dieser Repräsentation mit der PLO. Dann wurde bekanntlich das Amman-Abkommen (im Februar 1985, siehe AIB 4/1985; d. Red.) zwischen der PLO bzw. der Fatah und Jordanien unterzeichnet. Aber 1987 wurde die palästinensische Einheit wiederhergestellt, und das Amman-Abkommen war vom Tisch. Zu diesem Zeitpunkt wußte König Hussein, daß er keine Chance mehr hatte, seine alten Träume, die PalästinenserInnen zu repräsentieren, zu verwirklichen. FRAGE: Das Amman-Abkommen zielte ja im Kern auf eine Konföderation zwischen einem palästinensischen und einem jordanischen Staat. Dieses Projekt ist doch wohl jetzt endgültig vom Tisch, oder?

K. KANAFANI: Genau, aber das Amman-Abkommen beinhaltete gleichzeitig eine gemeinsame Delegation für eine Friedenskonferenz. Es bedeutete, daß die PalästinenserInnen einen Teil ihrer PLO-Repräsentation an Jordanien verloren hätten.

Komitee jüdischer und arabischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker

Symbolischer Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina

Wir, die unterzeichnenden jüdischen und arabischen Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Staat Israel und Palästinenser in den besetzten Gebieten nehmen hiermit den folgenden Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina an und machen ihn uns zu eigen. Seine Prinzipien sind die folgenden:

1. Auf dem gesamten von Israel seit dem Sechstage-Krieg im Juni 1967 in der Westbank und dem Gazastreifen besetzten Gebiet soll ein souveräner und unabhängiger palästinensischer Staat geschaffen werden.
2. Der souveräne palästinensische Staat erkennt das Recht des Staates Israel an, in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen zu existieren, die vor dem 5. Juni 1967 bestanden haben. Gleichzeitig erkennt der Staat Israel das Recht des palästinensischen Staates Palästina an, in Frieden und Sicherheit in seinen eigenen Grenzen zu existieren.
3. Beide souveräne Staaten, Israel und Palästina, werden wechselseitig einen Friedensvertrag und einen Nichtangriffspakt unterzeichnen. Angemessene internationale Sicherheitsgarantien sind notwendig, um die Souveränität

In alphabetischer Reihenfolge unterzeichnet von:

Dr. Samir Abdalla (Dozent an der El-Najah Universität); Chava Alberstein (Sängerin); Nabil Anani (Malier); Shimon Bels (Schriftsteller); Tzvi Bauman (Malier); Mohamed Bakry (Schauspieler); Ory Bernstein (Dichter); Gedalya Benzer (Schauspieler und Regisseur); Valon Esser (Dichter und Redakteur); Siham Daoud (Dichterin); Karim Dabach (Malier); As'ad El-A'ad (Dichter und Vorsitzender der palästinensischen Schriftstellervereinigung in der Westbank und dem Gazastreifen); Dr. Wafiq El-Kafre (Dozent an der Bir-Zeit-Universität); Adnan El-Kashfi (Schriftsteller); Samih El-Kassem (Dichter und Vorsitzender der arabischen Schriftstellervereinigung in Israel); Gamiel El-Salkhut (Schriftsteller); Yasar Garbar (Künstler); Emil Habibi (Schriftsteller und Redakteur); Dani Horvitz (Dramatiker); Dr. Thamer Isawi (Dozent an der Bir-Zeit-Universität); Ibrahim Joohar (Schriftsteller); Dr. Nessim Kaldoron (Dozent an der Universität Tel Aviv); Yoram Kanyuk (Schriftsteller); Dsn Kedar (Malier); Amos Keyvan (Schriftsteller); Gershon Knappell (Künstler); Yael Lotan (Schriftstellerin und Redakteurin); Suleiman Mansour (Malier und Vorsitzender des Verbandes palästinensischer Maler in der Westbank und dem Gazastreifen); Salman Natour (Schriftsteller); Mohamed Chama-R'anayem (Dichter); Jamal Saba (Dichter); Yehoshua Sobol (Dramatiker); Yossef Shiloach (Schauspieler und Regisseur); Dan Toren (Schauspieler und Regisseur); Yoshika Wallerstein (Malier); Natan Zach (Dichter)

Und dies zu erreichen, war das eigentliche, das Hauptziel Jordaniens zu dieser Zeit.

Amman versuchte damals, die Unterstützung der PalästinenserInnen in der Westbank zu erlangen. Aber dies mißlang ebenso. Die Intifada hat Jordanien dann gezeigt, daß jeder Versuch, das palästinensische Volk zu repräsentieren, zum Scheitern verurteilt ist.

Mit dem Einsetzen der Intifada gab es also nur eine Wahl für Jordanien, nämlich diesen Schritt der Abkoppelung von der Westbank. Es hatte sich gezeigt, daß die Bevölkerung dort die PLO vollständig unterstützt.

FRAGE: Welche Anzeichen hierfür gab es vor dem Dezember 1987, als die Intifada einsetzte?

K. KANAFANI: Die palästinensischen Massen haben beispielsweise den jordanischen Entwicklungsplan (vom Juli 1986, siehe AIB 3/1987, S. 20-22; d. Red.) zurückgewiesen, weil sie erkannten, daß er Ausdruck einer israelisch-jordanischen Machtteilung war.

Nun, die Intifada hat viele Anhänger der „jordanischen Option“ zum Aufgeben gezwungen.

FRAGE: Der Rückzug Jordaniens ist verbunden mit der Aufgabe von admini-

und den Frieden beider Staaten in ihren anerkannten Grenzen zu gewährleisten.

4. Ein entmilitarisiertes Jerusalem mit offenen Grenzen, in dem Bewohner beider Staaten Seite an Seite friedlich miteinander leben, ist die Hauptstadt des Staates Israel wie auch die Hauptstadt des souveränen palästinensischen Staates Palästina.

5. Im Rahmen des Friedensvertrages wird eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.

6. Alle Schritte, Vorgänge und Verfahren, die zur Gründung des palästinensischen Staates Palästina führen, werden unter internationaler Überwachung erfolgen.

Wir rufen hiermit die israelische Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten mit dem Ziel, den oben ausgeführten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen zu verwirklichen, der für die beiden beteiligten Parteien akzeptabel ist. Alle beteiligten Parteien verpflichten sich zur Einstellung aller Gewaltakte gegeneinander unmittelbar mit dem Beginn der Friedensverhandlungen. Israel, 13. Juni 1988

strativen Zuständigkeiten und Institutionen. Wie weit ist der faktische Rückzug gediehen?

K. KANAFANI: Diese Einrichtungen sind bereits aufgelöst. Es gibt bereits ein Arrangement, daß die PalästinenserInnen Ausgleichsgelder erhalten.

Der jordanische Einfluß, die jordanische Existenz dort als politische Macht ist beendet.

FRAGE: Bedeutet diese Abkoppelung Ihres Erachtens, daß Jordanien mit irgendwelchen politischen Verhandlungen über die Palästinafrage nichts mehr zu tun haben wird?

K. KANAFANI: Das glaube ich nicht. Denn Jordanien wird weiterhin Probleme mit den israelischen Behörden haben wegen der Okkupation der Westbank. Und wenn eine internationale Nahost-Konferenz zustandekommen sollte, dann müßte Jordanien präsent sein. Aber Jordanien wird die JordanierInnen repräsentieren, nicht die PalästinenserInnen.

Eine Zusammenarbeit zwischen der PLO und allen arabischen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, wird notwendig sein. Das geht aber nicht auf die Weise, daß die PLO ihr Recht verliert, die PalästinenserInnen zu vertreten.

Spendensammlung für die medizinischen Hilfskomitees Palästinas



Bei Schlagstockeinsatz der Besatzer verletzte Palästinenserin im Flüchtlingslager El Shati in Gaza: auf Nothilfe medizinischer Hilfskomitees angewiesen

Zur Verstärkung der politischen und materiellen Solidarität mit dem palästinensischen Volksaufstand in den von Israel okkupierten Gebieten hat das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) aufgerufen.

Zum einen fordert es „die Bundesregierung auf, unmißverständlich die israelische Besatzungspolitik zu verurteilen, ein sofortiges Ende der Repressalien zu verlangen, die jährlichen Entwicklungshilfe-Kredite an Israel in Höhe von 139 Mio DM einzufrieren und die PLO offiziell anzuerkennen. Das ASK ruft die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, in diesem Sinne auf die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien einzuwirken.“

Zum anderen initiiert das ASK eine Hilfsaktion, die den zahlreichen Opfern der israelischen „Politik der eisernen Faust“ in der Westbank und Gaza direkt zugute kommen soll. Dies nämlich gewährleistet eine Spendenkampagne für die Arbeit der Vereinigung palästinensischer medizinischer Hilfskomitees (UPMRC). Die UPMRC ist längst zur größten und effektivsten derartigen Selbsthilfeorganisation in den aufständischen Gebieten geworden und arbeitet in allen Landesteilen eng mit Volkskomitees und Frauenorganisationen zusammen.

Dies ist auch der Grund, weshalb die israelischen Besatzungsbehörden im Juli/August d.J. in Ost-Jerusalem bzw. Beit Sahour vier UPMRC-Mitarbeiter inhaftierten, um sie von

ihrer freiwilligen medizinischen Hilfstätigkeit abzuhalten. Es sind dies: Hannan Banoura (31), Dr. Jamil Qumsiyeh (29), Dr. Hanna Rashmawi (33) und Dr. Said Darras (28). Außerdem befinden sich folgende praktizierende Mediziner in Haft: Dr. Zakaria Agah (Gaza), Dr. Abdel Azeiz Al-Rayes (Gaza), Dr. Amin Ka-Khateeb (Jerusalem), Dr. Ahmad Al-Maslamani (Jerusalem), Dr. Nabeil Bahjat (Bethlehem). Die UPMRC bittet um Protestaktivitäten, so etwa Briefe an die israelische Botschaft oder an das Verteidigungsministerium in Israel, um die Freilassung der Gefangenen zu erzwingen.

Mit der ASK-Spendenaktion sollen vor allem zwei Aufgaben der UPMRC unterstützt werden. Einmal ist dies ihr Rehabilitationsprogramm, mit dem sie versucht, Verkrüppelungen der Jugendlichen zu verhindern, denen Arme und/oder Beine gebrochen wurden. Zum anderen betrifft dies ihre landesweite Kampagne „Blutspenden ist nationale Pflicht“, mit der sie einen großen Beitrag zur Rettung der von der Besatzungsarmee schwer verletzten PalästinenserInnen leistet. Jeder Blutgruppen-test kostet sie ca. 2,- DM, jeder ausgegebene Erste-Hilfe-Satz ca. 25,- DM.

Für diese und andere notwendige Ausgaben erbittet das ASK Spenden unter dem Kennwort „Palästina“ auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Konto-Nr. 527 055-602 beim Postgiroamt Frankfurt/M. (BLZ 500 100 60). Kontakte: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

FRAGE: Israels Verteidigungsminister Rabin hat kürzlich die Volkskomitees verboten. Hat dies aus Ihrer Sicht primär zu tun mit dem jordanischen Schritt, sich von der Westbank zurückzuziehen oder ist dies in einem breiteren Zusammenhang zu sehen?

K. KANAFANI: Nun, das Verbot der Volkskomitees zielt eindeutig darauf ab, die Intifada zu vernichten.

Es handelt sich hier um zivile Komitees und es gibt keine Logik dafür, diese zu verbieten. Denn sie sind bemüht, der Bevölkerung zu helfen. Aber was den Israelis Kopfzerbrechen bereitet hat, ist der Fakt, daß die PalästinenserInnen nun nach dem jordanischen Rückzug beginnen könnten, eine eigene Regierung in den besetzten Gebieten einzurichten.

FRAGE: Sie wollten dem also zuvor kommen?

K. KANAFANI: Ja, einesteils wollten sie das verhindern. Aber andererseits sollte beachtet werden, daß diese Errichtung einer eigenen Regierung, dieser Selbstherrschaft der PalästinenserInnen mittels der Gründung von Volkskomitees nicht erst nach der jordanischen Abkoppelung begann.

Dieser Prozeß setzte schon mit den Anfängen der Intifada ein. Und Hunderte von Mitgliedern dieser Komitees wurden bereits vor der jordanischen Abkoppelung festgenommen.

FRAGE: Wie viele sind bis jetzt deportiert worden?

K. KANAFANI: 32 Menschen sind seit Dezember 1987 deportiert worden, 25 weiteren steht dies bevor. Und zuletzt tauchten Gerüchte auf, daß 15 weitere auf der Deportationsliste stehen sollen. Was heißt das? Die Israelis versuchen die Volkskomitees zu zerstören, um auf diesem Wege die PalästinenserInnen davon abzuhalten, sich selbst zu regieren. Sie sind davon überzeugt, daß diese Komitees das Rückgrat der Intifada sind. Und mit dieser Annahme liegen sie richtig.

FRAGE: Inwieweit richten sich diese Maßnahmen auch gegen andere Massenorganisationen in den besetzten Gebieten?

K. KANAFANI: Alle Massen- und Volksorganisationen unterstehen nun den israelischen Behörden.

Wie Sie vielleicht gehört haben, wurden die Büros der Berufsverbände Ende August d.J. für ein Jahr geschlossen.

FRAGE: Sind nicht einige der Gewerkschaften ohnehin illegal oder verboten gewesen?

K. KANAFANI: Faktisch sind sie illegalisiert, aber das wurde nicht ausdrücklich gesagt, nicht offiziell erklärt.

Was geschieht, ist folgendes: Es wird erklärt, daß die Gewerkschaft in dieser oder jener Stadt für ein Jahr oder zwei

geschlossen wird. Zum Beispiel geschah dies in Tulkarm, Qalqilya oder Ramallah, wo sie für zwei Jahre geschlossen wurden.

FRAGE: Bedeutet dies auch, daß die Anführer verhaftet werden, wenn sie politisch aktiv sind?

K. KANAFANI: Die meisten der Gewerkschaftsführer sind schon verhaftet, sitzen bereits im Gefängnis.

Es ist heute sehr leicht für die israelischen Behörden, irgendjemanden für sechs Monate in „administrative Verwahrung“ zu nehmen. Zuvor war der

Das Verbot der Volkskomitees soll den Aufstand zerstören, es wird aber den Untergrundstrukturen der Intifada nicht beikommen

Prozeß ein bißchen schwieriger. Man mußte den Weg durch die israelischen Gerichte nehmen.

Jetzt ist die Sache einfacher. Du kannst kurz vor ein israelisches Gericht gebracht, ins Gefängnis gesteckt werden, und jeder kleine Beamte wird ein Papier unterschreiben, daß du für sechs Monate verhaftet bist.

FRAGE: Wie reagierte die Nationale Führung der besetzten Gebiete auf die neuen Verbotsverordnungen der Besatzer und auf die neue Welle politischer Repression?

K. KANAFANI: Sie wertete dieses Vorgehen Israels als eine faktische Kriegserklärung gegenüber der Intifada und forderte die Menschen zu noch stärkerem Widerstand auf. Sie empfahl auch, andere Mechanismen der Auseinandersetzung zu entwickeln.

Wenn etwa die Gewerkschaftsbüros geschlossen sind, müssen die Volkskomitees die Verantwortung übernehmen, und sich mit den Problemen und Bedürfnissen der Arbeitenden beschäftigen. Es müssen Alternativen gefunden werden.

FRAGE: Erwarten Sie keine großen, lähmenden Auswirkungen für die künftige Organisation von Streiks, Straßendemonstrationen und anderen Protestaktionen?

K. KANAFANI: Schon jetzt sind bekanntlich Tausende im Gefängnis. Tausende wurden verletzt, Hunderte wurden getötet. Aber all dies konnte die Volksbewegung nicht zerstören.

Und die Streiks halten nun bereits seit neun Monaten ohne Unterbrechung an. Es gibt den täglichen Streik, mit Ausnahme von drei Stunden, um den Menschen zu ermöglichen, Nahrungsmittel einzukaufen.

Das ist die Ausgangslage. Das ist für uns

normal geworden. Die Geschäfte und Büros öffnen zwischen 9 und 12 Uhr, danach ist alles geschlossen. Außerdem gibt es in jeder Woche einen totalen Streik, die Geschäfte öffnen überhaupt nicht.

All diese Festnahmen, all diese Übergriffe konnten die Volksbewegung nicht zerschlagen. Sie geht weiter. Sie wird dies selbst dann tun, wenn auch alle Institutionen und Ämter geschlossen werden. Das macht überhaupt nichts mehr aus.

FRAGE: Und das Verbot der Volkskomitees wird Ihres Erachtens auch nichts ausmachen?

K. KANAFANI: Die Volkskomitees entstanden mit der Intifada, sie sind deren Basis. Aber die anderen Institutionen haben nie eine wirklich wichtige Rolle gespielt, weil z.B. die Universitäten und andere Institutionen bereits geschlossen waren, als die Intifada begann. Seitdem gibt es viele Orte, wo diese Institutionen keinen Einfluß mehr haben und praktisch nicht existieren.

Aber die Intifada geht weiter. Es gibt Konfrontationen mit den Besatzern — dieser Widerstand wurde nicht von diesen Institutionen aus gesteuert. Das gilt ganz allgemein und grundsätzlich.

Die Volkskomitees wurden gegründet, um die Lücken zu füllen, welche die anderen Institutionen, die vor der Intifada bestanden, hinterließen oder gar nicht schließen konnten.

FRAGE: Heißt das auch, daß die Untergrundstruktur der Nationalen Führung und der Intifada gar nicht angeschlagen worden ist durch diesen Druck, trotz der zahlreichen Verhaftungen und trotz dieser massiven Repression?

K. KANAFANI: Genau, eben weil diese

Untergrundstruktur real aus den Menschen selbst besteht.

Es ist nicht richtig, im Hinblick auf die Lage in den besetzten Gebieten zu denken, daß es einen Unterschied gibt zwischen der Führung und dem Widerstand des Volkes. Die Führung, das ist das Volk selbst und jeder weiß, was er zu tun hat. Es gibt dort ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Herangehensweise. Was auch immer für Maßnahmen ergriffen werden, sie werden den Streik des palästinensischen Volkes nicht zerstören. Denn, wenn irgendjemand verhaftet wird, wird jemand anders seinen Platz übernehmen.

FRAGE: Geben Sie trotz der israelischen Unnachgiebigkeit gegenüber einer politischen Verhandlungslösung dieser eine Chance? Hegen Sie irgendwelche Erwartungen, daß es hinsichtlich einer Internationalen Nahost-Konferenz neue Impulse geben wird?

K. KANAFANI: Selbstverständlich erwarten wir neue Impulse, und dies obwohl die Israelis immer noch eine sehr starre Haltung haben, und nicht bereit scheinen, eine internationale Konferenz zu akzeptieren. Aber wir denken, die Israelis können nicht auf ewig bei dieser Starrheit bleiben.

Es gibt andere Faktoren. Da sind einmal die Intifada selbst und die internen nationalen Bewegungen in unserer Region. Nicht weniger begünstigend ist für uns sicherlich die internationale Friedensatmosphäre, die Kooperation, die sich zwischen der Sowjetunion und den USA entwickelt hat, als ein wichtiger vorwärtstreibender Faktor, um regionale Probleme zu lösen.

Ferner müssen wir die Regierungen der Welt berücksichtigen, insbesondere die

PERIPHERIE

die letzten Nummern:

- Nr. 28 Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt
Nr. 29 Konfrontationen: Entwicklungsoptionen, Golfkrieg, Kulturimperialismus

das neue Heft:

- Nr. 30/31 Frauen - Arbeit, Organisation

in Vorbereitung:

- Nr. 32 Ungleichzeitigkeit
Nr. 33 Souveränität und Entschuldung

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112.S.)

Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelperson DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,- (77,-)

europäischen, deren Position wir würdigen; aber wir wollen, daß diese weiterentwickelt werden. Sie alle müssen mehr Druck auf Israel ausüben, eine Friedenskonferenz und den Rückzug aus den besetzten Gebieten zu akzeptieren.

Aber alles nützt nichts ohne eine Veränderung in den Positionen der USA, welche der Hauptunterstützer Israels sind. Wir alle wissen, daß Israel ohne die volle amerikanische Unterstützung seine Unnachgiebigkeit nicht beibehalten könnte.

FRAGE: Haben Sie irgendwelche Hoffnungen oder Erwartungen auf einen wesentlichen Wandel in der Politik der USA oder Israels aufgrund der Wahlen im November d.J. in beiden Ländern?

K. KANAFANI: Wir verlieren nie die Hoffnung, aber es gibt keine Hinweise auf irgendeine Veränderung — zumindest in keiner Weise im israelischen Parlament.

FRAGE: Auch nicht in den Wahlprogrammen?

K. KANAFANI: Da gibt es keine Veränderung. Die „jordanische Option“ wird von Peres' Arbeiterpartei immer noch favorisiert und „Groß-Israel“ ist immer noch der Hauptslogan der Schamir-Partei. Also, was sollen wir da erwarten?

FRAGE: Und auch von einem Präsidenten Dukakis versprechen Sie sich nichts?

K. KANAFANI: Nun, die Unterstützung der PalästinenserInnen bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei war ein Lichtblick. Es war das erste Mal, daß die palästinensische Frage im Wahlkampf der Demokratischen Partei bzw. irgend-einer großen Partei der USA thematisiert wurde...

FRAGE: Heißt das, es sind die linksliberalen Anhänger von Jesse Jackson, welche eine Lösung zugunsten der Rechte der Palästinenser unterstützen, aber ohne Langzeitwirkung?

K. KANAFANI: Die Befürworter Jacksons, ja. Aber ich weiß nicht wie stark ihr Einfluß künftig geraten wird.

Nun, vielleicht führt die Unterstützung in der Partei zu einem gewissen Wandel in der Haltung der USA, falls die Demokratische Partei an die Regierung kommt. Wir hoffen, daß wir richtig liegen mit unserer Einschätzung, und daß dies geschehen wird.

Insgesamt denken wir, daß die amerikanischen Interessen die Politik Washingtons in der Region bestimmen werden. Unabhängig davon, ob Dukakis oder Bush an die Regierung kommt, was den Amerikanern klar werden muß ist, daß ihre Interessen in der arabischen Region bedroht sind.

Und es ist die Aufgabe der arabischen Massen, dies klarzustellen, d.h. die USA zu zwingen, ihre Positionen zu verändern.



Tränengasbeschuß durch israelische Polizei in der Westbank

Ivesa Lübben-Pistofidis

Wahlloses Töten mit CS-Gas

Nach Angaben von Amnesty International vom Juni d.J. sind seit Anfang des palästinensischen Aufstands in den besetzten Gebieten mindestens 40 Menschen durch CS-Gaseinsätze ums Leben gekommen, darunter 18 Kleinkinder unter sechs Monaten und 17 ältere Leute über 50. Besonders gefährdet sind diejenigen, die noch unter anderen chronischen Krankheiten leiden, Asthma und Bronchitis, Herz- und Kreislaufbeschwerden. Unbemerkt von der Weltöffentlichkeit wird in der Westbank und vor allem im Gazastreifen ein chemischer Krieg geführt — mit CS-Gas.

Am 4. März d.J. demonstrierten in der Stadt Rafah im Gazastreifen Hunderte von Frauen gegen brutale Tränengaseinsätze der israelischen Armee.

Zwei Tage zuvor hatten Soldaten mehrere Gaskanister in den Hof einer Mädchenschule geworfen, weil die Mädchen, laut Parolen gegen die israelische Besatzung rufend, auf dem Schulhof demonstrierten. 300 Mädchen mußten mit Verletzungen der Atemwege in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Auch jetzt werden wieder Tränengase auf die demonstrierenden Frauen geworfen. 20 von ihnen werden verletzt. Der acht Jahre alte Khitam Sabri Arram leidet unter Erstickungserscheinungen.

Einige Stunden später stirbt er. Was hier verharmlosend als Tränengas bezeichnet wurde, war in Wirklichkeit CS-Gas.

Am 8. März finden überall in den besetzten Gebieten Demonstrationen zum internationalen Frauentag statt. Die israelische Armee versucht, die Demonstrationen niederzuschlagen. Sie überfallen Deir Al-Balah, eines der Flüchtlingslager im Gazastreifen. Überall, wo sie hinkommen, werfen sie wahllos mit CS-Patronen um sich. Der drei Monate alte Yussif Hassuma stirbt an Gasvergiftungen.

Am 9. April wird die 90 Jahre alte Subhia Raschid Al Mankusch aus dem Beach-Camp ins Schifa-Krankenhaus in

Gaza-City eingeliefert. Morgens um 5 Uhr waren israelische Soldaten in ihr Haus eingedrungen, um ihren Neffen zu verhaften. Subhia hatte versucht, ihnen den Weg zu versperren. Die Soldaten hatten mehrere Tränengaskanister ins Haus geworfen. Subhia war zusammengebrochen.

Im Schifa-Krankenhaus können die ÄrztInnen nur noch ihren Tod feststellen: Herzversagen infolge von CS-Gaseinsätzen.

Am 13. April werden acht Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen deportiert. Überall finden Protestdemonstrationen statt. Bei der Verfolgung von Beteiligten durch die engen Gassen der Flüchtlingslager werfen Soldaten CS-Gaspatronen in die engen Wohnhäuser, die den Weg säumen. Eine dieser Bomben wird in das Haus von Watfa Abdel Latif Farajallah im Flüchtlingslager Jabalia geworfen. Watfa ist 75 Jahre alt. Sie wird mit Atembeschwerden ins Schifa-Krankenhaus eingeliefert. Ein paar Stunden später ist sie tot.

Niemand im Gazastreifen ist nicht schon mehrmals dem Reizgas ausgesetzt worden. Es wird bei Hausdurchsuchungen ins Wohn- und Badezimmer geworfen. Es wird in die Innenhöfe von Moscheen auf die zum Feiertagsgebet versammelten Gläubigen geworfen aus der Befürchtung heraus, daß sie sich nach dem Gebet zu Demonstrationen formieren könnten.

Wenn die Israelis glauben, eines der Flüchtlingslager nicht mehr unter ihrer Kontrolle zu haben, wird das ganze Wohngebiet aus Hubschraubern oder kleinen Propeller-Sportflugzeugen mit CS-Gas eingedeckt. Kaufleute, die zu den von der Nationalen Führung angeordneten Öffnungszeiten Waren feilbieten, werden ebenso mit dem Counterinsurgency-Kampfstoff überfallen wie Krankenhäuser, in denen die Besatzungs-

Mindestens 40 Tote und 300 Fehlgeburten sind das Ergebnis des wahllosen Einsatzes des CS-Gases gegen die palästinensische Bevölkerung

truppen jugendliche UnruhestifterInnen vermuten.

Seitdem die Besatzungssoldaten zur Aufstandsbekämpfung fast flächendeckend CS-Gas einsetzen, hätte es mindestens 300 Fehlgeburten allein im Gazastreifen gegeben, berichten die dortigen ÄrztInnen. Die Dunkelziffer dürfte aber noch viel höher sein.

Für viele Frauen ist eine Fehlgeburt ein gesellschaftlicher Makel. Deswegen schämen sie sich, ins Krankenhaus oder

zu einem Arzt zu gehen, und wenden sich lieber an eine traditionelle Hebamme.

Manche Frauen argwöhnen, daß eine Strategie dahinterstecke. „Sie versuchen die nächste Generation von palästinensischen Kindern schon umzubringen, bevor sie überhaupt geboren sind, „resümiert Um Hassan.“

Die Besatzungsbehörden bestreiten, daß es infolge von Gaseinsätzen zu Todesfällen und Fehlgeburten gekommen sei. Obwohl auf einigen der Patronen, die von der amerikanischen Firma Federal Laboratories in Saltsburg/Pennsylvania hergestellt wurden, ausdrücklich gewarnt wird: „Nur für den Gebrauch im Freien. Darf nicht direkt auf Personen geschossen werden, da Tod oder Verletzung die Folge sein können.“

Die israelische Militärverwaltung hat außerdem den ÄrztInnen an den öffentlichen Krankenhäusern den Befehl erteilt, Todesfälle und Fehlgeburten durch Gaseinsätze nicht mehr zu attestieren. Ein solcher Befehl spricht für sich.

Todesopfer durch CS-Gaseinsätze sind auch aus anderen Teilen der Welt bekannt. Während des Vietnamkrieges wurde insgesamt 689mal CS-Gas als Todesursache diagnostiziert. Und auch die Bundesrepublik hat ein CS-Gas-Opfer zu beklagen. Am Ostersonntag 1986 starb der 38jährige asthmakranke Alois Sonnleiner auf einer Demonstration gegen die WWA Wackersdorf an den Folgen eines CS-Gas-Einsatzes.

Auch wenn heute die Polizeikräfte vieler Länder CS-Gas in ihrem Waffenarsenal haben, so auch in der Bundesrepublik, darf es nicht vergessen machen, daß CS-Gas zu den völkerrechtlich geächteten Kampfstoffen gehört.

In einer Studie über die Gesundheitsfolgen von CS-Gas warnt das Öko-Institut Freiburg: „Die gesundheitlichen Auswirkungen von CS bei „Normaldosierung“ sind heftiges Augenbrennen, Lidkrampf, Bindehautentzündung, Hautbrennen, Beklemmung, Erstickungsgefühl — verbunden mit Panik, Atemnot, Brechreiz bis hin zum Erbrechen, Ansteigen des Blutdrucks, Durchfall. CS kann Allergien hervorrufen, Asthmaanfälle auslösen und chronische Bronchitis verschlimmern.

Bei Überdosierung kann es zu schweren Augenschäden kommen und zu Verbrennungen zweiten Grades auf der Haut. Bei der Inhalierung großer Mengen verursacht es schwere Lungenschäden. Es können Atembeschwerden und Kreislaufstörungen folgen, die im Laufe der darauffolgenden Tage zum Tod führen können. Auch Leber- und Nierenschäden sind möglich... CS ist verdächtig, Krebs auszulösen...“ (Rainer Griebelmeier, Öko-Institut Freiburg, Reizkampfstoff CS, Freiburg 1986).

Dritte Welt! Schulden! Rüstung!

Durch die IWF-Tagung in Berlin ist die Situation der „Dritten Welt“ verstärkt Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. Der neue fid „Verschuldung und Militarisierung“ liefert einige weitere Mosaiksteine für das Bild dieser komplizierten Zusammenhänge — Mosaiksteine, nicht mehr. Aber dazu gehören auch

low-intensity-warfare und die

Noriega-Affäre in Panama

beispielsweise

Neugierig geworden?

(Bitte ausschneiden und einsenden an: fid, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1)

— Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

— Ich möchte den fid probelesen und abonniere ihn für drei Ausgaben zum Preis von DM 10,--

— Ich bestelle Expl. des fid Nr. 4/88' a DM 5,--

— Ich möchte den fid abonnieren (6 Ausgaben pro Jahr zum Preis von DM 27,-- zzgl. P/V

Name:

Anschrift:

Osnabrücker 3.Welt Schriften



Heft 4:

Sozialistische Entwicklungsländer

Mit Beiträgen von: Kößler, Balsen, Schmiederer, Fritsche, Will, Brüne, Meschkat, Freudenberg u.v.a.

Vertrieb: Aktionszentrum 3.Welt, Bierstr. 29, 4500 Osnabrück circa 10,-- DM

Palästinensische DemonstrantInnen in Qabatiya werden durch den Einsatz von CS-Gas der israelischen Militärs vertrieben



Jörg Zimmermann

Ende einer Ära

Bei dem Absturz einer Militärmaschine sind am 17. August d.J. Präsident Zia ul Haq, fünf weitere hohe Generäle, der US-Botschafter in Pakistan und ein US-General ums Leben gekommen. Die Ursachen des Absturzes sind immer noch ungeklärt (Unfall oder Sabotage), auch wenn Anfang September neun Verdächtige, darunter Angehörige der pakistanischen Luftwaffe verhaftet wurden.

Damit ist nach der Auflösung des Parlaments und der Entlassung von Premierminister Junejo im Mai d.J. (siehe DRITTE WELT 8-9/1988) erneut in Pakistan eine veränderte politische Situation entstanden. Die Leitartikel der pakistanischen Presse konstatierten, über unterschiedliche politische Orientierungen hinweg, „das Ende einer Ära“ für Pakistan.¹ Zur Diskussion dieser These stellt sich zunächst die Frage, worin die zentralen Elemente der Ära Zia ul Haq bestanden?

„General Zia regierte Pakistan wie ein Soldat.“² Er stützte sich ausschließlich auf eine intakte Militärstruktur, ohne selber eine politische Bewegung zu gründen. Auch bei seinem Versuch, seit 1985 (mit Premierminister Junejo eine zivile Seite seiner Herrschaft aufzubauen, behielt er — durch entsprechende Verfassungsänderungen — die zentrale Entscheidungsgewalt immer in Händen. Die Entlassung von Junejo zeigte deutlich, daß Zia „ein Diktator geblieben ist“.³

Zias Version eines islamischen Staats be-

inhaltete drei zentrale ideologische Instrumente seiner Herrschaftssicherung: Er betonte die autoritären Elemente des Islam, insbesondere den Gehorsam und die Gefolgschaft des einfachen Volkes gegenüber den religiösen Vordenkern, die sich durch ihr Wissen und bescheidenes Auftreten als Führer legitimieren (nicht durch Wahlen).

Er benutzte den islamischen Gedanken der Gleichheit aller Moslems als sozialpartnerschaftliche Ideologie, womit für die Artikulierung ihrer sozialen Interessen kein Raum blieb. Nach dieser Vorstellung benötigt ein islamisches Land auch keine Parteien. Da (nahezu) alle Einwohner Moslems sind, gehören sie alle einer(!) Partei an.

Dementsprechend verkündete Zia am 20./21. Juli d.J., daß er am 16. November 1988 Wahlen abhalten wolle, zu denen aber keine Parteien zugelassen werden sollten. Dies war seine Strategie, eine Mehrheit der Pakistanischen Volkspartei (PPP) Benazir Bhuttos zu verhindern.

Unter dem Deckmantel der Islamisierung verfolgte er eine extrem frauenfeindliche Politik. Noch nach der Entlassung des Parlaments hatte Zia im Juni per Erlass die Sharia, d.h. den islamischen Gesetzeskodex, zur übergeordneten juristischen Grundlage Pakistans erklärt.

Damit wird insbesondere das sekuläre Familiengesetz aus den 60er Jahren in Frage gestellt. Polygamie wird rechtens, die Ehefrau in Scheidungsfällen rechtlos und die Abhängigkeit der Frau von ihrem Ehemann, aber auch ihre untergeordnete Position innerhalb ihrer eigenen Familie verfestigt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgte Zia einen Kurs, der sich einerseits an die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) anlehnte und andererseits seinen Anhängern unter den Großgrundbesitzern, Händlern und Industriellen einen größeren wirtschaftlichen Spielraum verschaffte.

Diese Eckpfeiler der Politik Zias waren allerdings nicht zum Allgemeingut aller mit ihm kooperierenden Kräfte geworden.

Von der Auflösung des Parlaments und der Entlassung Junejos fühlten sich auch eine Reihe von Mitgliedern der Pakistanischen Muslim-Liga (PML) getroffen, die 1986 von Junejo als Regierungspartei gegründet worden war. Sie hatten die Regierung Junejo als echte Übergangsregierung zur parlamentarischen Demokratie in Pakistan verstanden und waren jetzt eines Besseren belehrt worden.

Andererseits starteten die (zivilen) Anhänger einer „militärisch-gelenkten“ Demokratie nach Ziaschem Muster unter dem PML-Punjab-Chef Nawaz Sharif den Versuch, die PML unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei war ihnen nicht nur der Parteichef Junejo im Wege, sondern sie versuchten auch, reguläre Sitzungen der PML-Organen zu verhindern und eigenmächtig eine neue Parteispitze einzusetzen.

Nach diesem Putschversuch am 13./14. August d.J. forderte Junejo alle PML-Mitglieder, die noch Regierungsämter bekleideten, ultimativ auf, diese niederzulegen. Andernfalls würden sie aus der PML ausgeschlossen.

Daraufhin kam es Ende August zum offenen Bruch, und die Zia-Anhänger gründeten ihre eigene PML-Gruppe. Die Chancen dieser Zia-Fraktion durch Wahlen an der Macht zu bleiben, haben sich dadurch verschlechtert — möglicherweise auch die Aussicht auf Wahlen überhaupt.

Nach dem überraschenden Tod von Zia ul Haq und einiger seiner nächsten Generäle kam es zu einer teilweisen Neubestimmung des Verhältnisses von Militär und Staat. Durch die Ernennung des Senatsvorsitzenden Ghulam Ishaq Khan zum Interimspräsidenten wurde gemäß den Bestimmungen der Verfassung Pakistans verfahren (was in diesem Land keine Selbstverständlichkeit ist). Zugleich wurde damit das Präsidentenamt einem Zivilisten übertragen und von dem Ober-

befehl über die Streitkräfte getrennt. Diesen Posten erhielt der bisherige militärische Stellvertreter Zias, General Mirza Aslam Beg.

Ishaq Khan erklärte unverzüglich, daß er die Wahlen wie angekündigt am 16. November durchführen wolle. Die Beteiligung von Parteien an den Wahlen wollte er nicht ausschließen, eine Entscheidung aber dem Obersten Gerichtshof überlassen. So nahm er sich geschickt in dieser Frage aus dem Schußfeld der Kritik und hat zugleich Zeit gewonnen, die weitere Entwicklung abzuwarten.⁴

Auf außenpolitischem Gebiet kündigte Ishaq Khan Kontinuität an. Trotzdem waren die Führer der afghanischen Widerstandsgruppen in Peshawar sehr besorgt, weil sie mit Zia einen ihrer bedeutendsten Unterstützer verloren haben. Sie machten US-Außenminister George Shultz bei dessen Besuch in Islamabad auf die „gewachsene Verantwortung“ der USA aufmerksam und forderten erneut mehr Waffen.⁵

Für die Fortführung der bisherigen Afghanistan-Politik spricht Pakistans Ablehnung eines vom afghanischen Außenminister Wakil vorgeschlagenen Außenministertreffens, in dem Afghanistan, Pakistan, die UdSSR und die USA über die Durchführung des Genfer Abkommens sprechen sollten. Pakistans Begründung, es gehe dem „Regime in Kabul“ nur um internationale Anerkennung, klingt wie aus dem Munde Zias.⁶ Mit seiner Amtsübernahme hat Ishaq Khan zuleich für vier Monate (d.h. bis zum 16.12.1988) den Notstand im Land erklärt und einen — nach der Verfassung nicht vorgesehenen — Notstandsrat gebildet. Er setzt sich zusammen aus fünf bereits unter Zia amtierenden Interims-Staatsministern, den Interims-Ministerpräsidenten der vier Provinzen und drei Generälen der pakistanischen Armee (darunter auch Aslam Beg).⁷ In der Tradition Zias wurde ein Gremium zur Leitung des Landes geschaffen, dessen Entscheidungskompetenz nirgendwo festgelegt ist. Die Beteiligten können also je nach Bedarf selber bestimmen.

An diesen Punkten setzt die Kritik der Opposition ein. Sie fordert die Aufhebung der Notstandsbestimmung und die Auflösung des Notstandsrats, damit die Militärs aus der weiteren politischen Entwicklung des Landes auch tatsächlich ausgeschlossen sind. Zudem bestehe momentan keine unruhige Situation, so daß es keines „Notstands“ bedürfe. Derartige Maßnahmen seien dem Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie nicht dienlich.

Die in der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) zusammengefaßten Parteien gingen auf ihrer zweitägigen Konferenz am 29./30. August d.J. noch einen Schritt weiter. Sie

forderten die Entlassung der von Zia eingesetzten Interimsregierung in Islamabad und in den Provinzen.

Diese engsten Vertrauten Zias seien als Anhänger einer „autoritär-gelenkten“ Demokratie nicht geeignet, unparteiisch und korrekt die Durchführung der Wahlen im November zu gewährleisten. Dies habe erneut ihr undemokratisches Verhalten bei dem Versuch, die PML putschartig zu übernehmen, gezeigt.

Die MRD bekräftigte, daß sie die Wahlen im November — wie bereits im Jahre 1985 — boykottieren werde für den Fall, daß Zias Gefolgsleute weiterhin in Amt und Würden bleiben.⁸ Auch wenn die Drohung mit einem Wahlboykott eher als taktisch zu werten ist, hat die MRD dennoch mit diesem Beschluß einen Versuch unternommen, in die Offensive zu gehen.

Der Forderung nach Ablösung der In-

Die Islamisierungs-politik Zias diente zur Rechtfertigung seiner autoritären Herrschaft, des Verbots der Parteipolitik und zur Begründung einer sozialpartnerschaftlichen Ideologie

terimsminister hat sich auch Junejo angeschlossen, der zugleich die Notwendigkeit der Beteiligung von Parteien an den November-Wahlen betonte.

Faktisch sind sich alle Parteien außer der Zia-Fraktion einig, daß nur Wahlen unter Beteiligung der Parteien die Gewähr bieten für eine politische Liberalisierung und für die Bildung einer Regierung, die sich auf einen größeren gesellschaftlichen Konsens im Lande stützen kann. Daß dazu bereits im Vorfeld ein weiteres Zurückdrängen der Militärs aus der Politik nötig ist, wird so deutlich nur von den linken Parteien innerhalb und außerhalb des MRD-Bündnisses formuliert. Benazir Bhutto ist (nicht nur diesbezüglich) viel zurückhaltender. Sie will es sich weder innen- noch außenpolitisch mit jemandem verscherzen.⁹

Auch über die politische Strategie zur Durchsetzung ihrer Ziele gibt es verschiedene Vorstellungen. Khan Abdul Wali Khan, der Führer der Awami Nationalen Partei (ANP) und derzeitige Vorsteher der MRD, sprach sich deutlich für eine weitere Mobilisierung der Bevölkerung aus und drohte offen mit der „Macht der Straße“.

Demgegenüber setzt die PPP eher auf die Einbeziehung auch der konservativen Parteien und ehemaligen Parlamentsmitglieder, die sich von Zia entfernt haben, in die Auseinandersetzung. Zugleich hat sie — ohne einen Konsens in der MRD

abzuwarten — den juristischen Weg bezüglich der Wahlbeteiligung von Parteien eingeschlagen und am 17. August eine Petition beim Obersten Gerichtshof eingereicht.

Diesem Schritt lag u.a. eine Entscheidung dieses Gerichts zugunsten der Parteien im Juni zugrunde, als der 1986 von Zia eingeführte Zwang zur Registrierung der politischen Parteien für unrechtmäßig erklärt wurde. Manche Kritiker befürchten durch diese Eingabe eine mögliche Verschiebung des Wahltermins. Das Gericht hat den ersten Anhörungstermin Benazir Bhuttos auf dem 2. Oktober festgelegt.¹⁰

Trotz der verschiedenen internen Meinungsverschiedenheiten erwies sich die MRD — insbesondere im Vergleich zum ehemaligen Regierungslager — in den letzten Monaten als eine stabile und wiedererstarkte politische Kraft. Am 12. Juli versammelten sich über 100.000 Menschen am Mochi-Tor in Lahore, um Benazir Bhutto und nahezu allen anderen Parteiführern des MRD-Bündnisses zuzuhören. Dies war die größte politische Kundgebung in Pakistan seit Bhuttos Rückkehr aus dem Exil im April 1986.

Danach wurde im August quasi jede Woche eine MRD-Großkundgebung in allen vier Provinzen Pakistans durchgeführt, an denen Bhutto wegen ihrer Schwangerschaft nicht mehr teilnehmen konnte. Dennoch zeigte sich, daß die MRD durchaus in der Lage ist, Menschen auf die Straße zu bringen.

Das Verhältnis des Militärs zur Politik, des Islam zum Staat und der verschiedenen Völker Pakistans zueinander bilden seit der Gründung des Staates Pakistan die zentralen Elemente politischer Herrschaft und Legitimation. Um in diesem Sinne die Ära Zia ul Haq wirklich zu einem Ende zu bringen, ist es ein weiter Weg — und die Wahlen im November sind ein kleiner, aber gewiß nicht unwichtiger Schritt dabei.

Ob die Mobilisierungskraft der Opposition ausreicht, diesen Schritt in ihrem Sinn zu gestalten, wird erst die nächste Zeit zeigen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Dawn, Karachi, 19.8.1988; Frontier Post, Peshawar, 19.8.1988 und Jhang, Lahore, 20.8.1988
- 2) International Herald Tribune, Paris, 22.8.1988
- 3) Ebd.
- 4) Vgl. The Guardian (G), London, 20. und 22.8.1988 und Financial Times (FT), London, 22.8.1988
- 5) FT, 22.8.1988
- 6) Vgl. Frankfurter Rundschau, 2.9.1988 und Tagesspiegel, West-Berlin, 4.9.1988
- 7) Vgl. Nation, Lahore, 18.8.1988
- 8) Vgl. G, 31.8.1988
- 9) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 30.8.1988
- 10) Vgl. die tageszeitung, West-Berlin, 30.8.1988

Zia wird zu Grabe getragen. Rechts neben dem Sarg der neue Staatschef Ghulam Ishaq Khan (mit Brille)





Wann reichen sie sich die Hand? Generalsekretäre Michail Gorbatschow (l.) und Zhao Ziyang

Günter Schucher

Wandel in Chinas Sowjetunion-Politik

Warme Luftströmungen aus China, so meldete dpa am 25. Juli d.J. aus Moskau, ließen die kältesten Regionen der Erde in Sibirien unter einer Hitzewelle leiden. Um von einem Tauwetter im sino-sowjetischen Verhältnis zu sprechen, bedürfte es allerdings nicht erst dieser Meldung.

Zeigte sich die chinesische Führung im Januar 1988 auch noch uninteressiert an einem von Michail Gorbatschow vorgeschlagenen Gipfel oder erhob sie — wie ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang am 27.2.1988 — erneut den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kamputschea zur wichtigsten Vorbedingung, so wurden in verschiedenen Darstellungen der Weltlage zur Jahreswende 1987/88 den zwei „Supermächten“ gegenüber doch deutlich neue Akzente gesetzt. Den USA wurden von der chinesischen Regierung schärfer als zuvor „Eingemischungsversuche“ vorgeworfen — vor allem in den Punkten Menschenrechte in Tibet, Familienplanung (die USA sprechen von Zwangsabtreibungen) und Taiwan (Waffenlieferungen). Zugleich drückte sie wiederholt die Hoffnung aus, daß die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in Zukunft gesünder und konstanter verlaufe. Doch auch zahlreiche gegenseitige Besuche konnten bisher nur die verbale Übereinkunft über die Notwendigkeit einer Beilegung der „Störungen“ erzielen.¹

Die Sowjetunion wird demgegenüber demonstrativ für Veränderungen in ihrer Außenpolitik gelobt. Sogar das Genfer Abkommen über Afghanistan wurde von der chinesischen Führung als Grundlage einer politischen Lösung begrüßt. Unterstellte man in dieser Frage — schließlich eines von drei errichteten Hindernissen für eine Normalisierung — der UdSSR noch im Februar d.J. „Täuschungs-

manöver“ und unterstützte Pakistan in seiner ablehnenden Haltung, so wird der Truppenabzug jetzt Vietnam als nachahmenswertes Vorbild vorgehalten. Begrüßt wurde auch das Mittelstreckenabkommen. Zwar wiesen sowohl der alte als auch der neue chinesische Außenminister (Wu Xueqian bzw. Qian Qichen, der als Kenner der Sowjetunion gilt) wiederholt auf die Begrenztheit der Raketenduzierung hin und forderten weitere Abrüstungsschritte, vor allem eine 50prozentige Abrüstung der strategischen Atomwaffen. Sie hoben jedoch auch hervor, daß in der Abrüstung erstmals konkrete Fortschritte erzielt wurden.

In einer Analyse zur „Lage in Europa nach der Unterzeichnung des INF-Vertrages“ in der Beijing Rundschau wird darüber hinaus betont, daß sich mit dem Vertrag ein „Trend zur Abrüstung“ ergebe. „Nach der Entfernung der Mittelstreckenraketen wird nicht der alte Zustand in Europa wieder einkehren... Die Vordiskussion und die Unterzeichnung des Vertrages haben eine Reihe von unwiderruflichen Veränderungen in der europäischen Lage herbeigeführt.“² Diese Veränderungen werden in China inzwischen von vielen eindeutig mit der Politik der Sowjetunion und hier vor allem mit der Person Gorbatschows verknüpft. War die Haltung zum neuen KPdSU-Generalsekretär zunächst noch abwartend und wurde eher nach — von der wirtschaftlichen Misere und den weltweiten Fortschrittskräften erzwungen — neuen taktischen Komponenten einer ansonsten aggressiven Politik gesucht, so heißt es jetzt z.B. im genannten Aufsatz: „Die sowjetische Europapolitik des 'Aufbaus eines Europäischen Gebäudes' ist keinesfalls ein Notbehelf, sondern eine strategische Überlegung von großer Reichweite.“

„Nach der Machtübernahme Gorbatschows“, so schreibt der Wissenschaftsrat im Forschungsinstitut für Internationale Politik, Zhuang Qubing, in seinen „Erwartungen an das Moskauer Gipfeltreffen“, „hat sich die Politik der Sowjetunion in bezug auf die Rüstungsbegrenzung beträchtlich geändert. Die Reagan-Regierung hat ihre Politik ebenfalls etwas(!) reguliert.“³

Ruft man/frau sich in Erinnerung, daß vor gar nicht langer Zeit Reagan noch dafür gepriesen wurde, das strategische Gleichgewicht zur aggressiveren Sowjetunion hergestellt zu haben, so ist der Wandel noch deutlicher, der in der Aussage Zhuangs steckt, die UdSSR dränge auf Rüstungsbegrenzung und sei „seit 1985 sehr aktiv“. Die USA aber seien passiv, gingen „nach wie vor von einer Politik der Stärke aus“ und würden „nach Jahren der forcierten Aufrüstung ... auch(!) die hohen Militärausgaben als schwere Bürde“ empfinden.

Galten bisher die UdSSR und die USA gleichermaßen als Initiatoren des Weltraumkrieges, so hält der Autor nun das Ziel Moskaus, SDI zu verhindern, für berechtigt, denn „im anderen Falle würde Washington ... die militärische Überlegenheit erringen“. Nun bedeutet dies keineswegs, daß man nicht auch weiterhin beiden Supermächten vorwirft, sie strebten gleichermaßen „in ihrer Rivalität um die Weltvorherrschaft mit allen Kräften nach einem militärischen Vorsprung“, und daß es nicht auch andere Stimmen gibt, die nicht von Veränderungen in der sowjetischen Strategie ausgehen. Doch auch von diesen wird nicht bestritten, daß sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen allmählich verbessern.⁴

Tatsächlich hat es im letzten Jahr zahlreiche kleine, aber ermutigende Annäherungsschritte gegeben. So wurde z.B. die Handelsschifffahrt auf den einst umkämpften Flüssen Amur und Ussuri wieder aufgenommen. Das erste Kooperationsabkommen seit dem Rückzug der sowjetischen Experten 1960 wurde abgeschlossen (langfristige wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Fischereiwesen) und ein Plan zur Zusammenarbeit zwischen den Freundschaftsgesellschaften beider Länder abgesegnet. Der bilaterale Handel verzeichnete im ersten Halbjahr 1988 einen Anstieg von 32,23%.

Einen neuen Weg des politischen Dialogs könnten auch geplante gemeinsame Buchproduktionen darstellen. Während in der Sowjetunion 46 Reden Deng Xiaopings veröffentlicht wurden, erschien in der Volksrepublik eine Biographie und eine Sammlung von Artikeln Michail Gorbatschows — immerhin das erste Mal seit 35 Jahren, daß Schriften eines sowjetischen Parteivorsitzenden (mit Ausnahme von Lenin und Stalin) in China gedruckt wurden. Der Titel der Sammlung „Reform und neue Ideen“ verweist auf das chinesische Interesse an den Reformeffahrungen des sozialistischen Nachbarn.

Die Analyse der Perestroika, die unmittelbar nach dem April-Plenum 1985 begann, hat — spürbar vor allem in der chinesischen Presse und bei Wissenschaftlern — zu einer Neubewertung der sowjetischen Innenpolitik geführt. Der Leiter des Forschungszentrums für internationale Fragen beim Staatsrat der VR China, Huan Xiang, sprach Anfang 1987 sogar von einer gewissen Ähnlichkeit der beiden Systeme und forderte zum Studium der sowjetischen Reformen auf.

Neuralgischer Punkt im beiderseitigen Verhältnis sind immer noch die Parteibeziehungen. Könnte sich aber nicht vielleicht auch hier ein Wandel andeuten, wo doch erstmals seit 30 Jahren am 30.10.1987 wieder die Übermittlung einer Grußbotschaft der KPdSU an den XIII. KPCh-Parteitag bekanntgegeben wurde?

Anmerkungen:

- 1) Auch in den Wirtschaftsbeziehungen kam es zu „Störungen“. Zwar sind die USA gegenwärtig der drittgrößte Handelspartner Chinas, doch andererseits werden Einschränkungen bzgl. des Exports von Hochtechnologie mit dem Hinweis auf den Verkauf von Raketen des Typs „Seidenraupe“ an den Iran dekretiert, was China als „politische Erpressung“ verurteilt. China gab allerdings zu, daß über Drittländer sicherlich auch in den Iran Waffen gelangt sein können. Nach Angaben einer Studie des US-Kongresses ist die VR China der Welt viertgrößter Waffenlieferant. Der Iran beziehe danach fast ein Drittel seiner im Ausland gekauften Waffen aus China, der Irak ca. 10%. Vgl. AFP, Paris, 13.5.1988
- 2) Beijing Rundschau (BR), Beijing, Nr. 13/1988, 29.3.1988
- 3) BR, Nr. 22/31.5.1988
- 4) Vgl. BR, Nr. 24/14.6.1988

DRITTE WELT 10/1988

Kamputschea

Andreas Krajczek

Licht am Ende des Tunnels

Ein informelles Treffen der vier kamputscheanischen Konfliktparteien im indonesischen Bogor vom 25.-27. Juli d.J. und erste Verhandlungen zwischen sowjetischen und chinesischen Vertretern vom 28. August-1. September in Beijing haben die Möglichkeiten für eine Lösung im Kamputschea-Konflikt weiter verbessert. Anstoß für die Gesprächsrunden war nicht nur die Erkenntnis auf allen Seiten, daß der Konflikt militärisch nicht zu lösen ist, und die Entspannungsbemühungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie zwischen der Sowjetunion und China. Vor allem die Ankündigung Vietnams, bis Ende 1988 die Hälfte seiner Truppen abzuziehen, hatte Bewegung in die Szenerie gebracht (vgl. DRITTE WELT 7/1988, S. 21 ff.).

Die Möglichkeit eines vollständigen vietnamesischen Truppenabzugs brachte die Mitglieder der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und die USA in Zugzwang.

Sie hatten ihre politische und materielle Unterstützung für die von der Roten Khmer dominierte Koalitionsregierung des Demokratischen Kamputschea (CGDK) bisher mit der „vietnamesischen Besetzung“ des Landes begründet. Mit dem vietnamesischen Abzug wäre aber der Konflikt auf eine Auseinandersetzung zwischen der Regierung des Ministerpräsidenten Hun Sen und den Roten Khmer reduziert worden, da die prowestlichen Fraktionen Son Sanns und Norodom Sihanouks militärisch kaum eine Rolle spielen. Zusätzlich hätte die Gefahr einer Machtübernahme der durch China auferlegten Roten Khmer bestanden — eine Perspektive, die weder in der Weltöffentlichkeit noch in den ASEAN-Staaten oder den USA Begeisterung auszulösen vermag.

Aus diesem Grunde haben sich die USA für eine Verhandlungslösung ausgesprochen, und kritisieren sie die fortgesetzte Unterstützung Chinas für die Roten Khmer. Außerdem sprach sich die ASEAN auf ihrer Außenministertagung am 4./5. Juli und auf ihrem Wirtschaftsgipfel vom 7.-11. Juli d.J. in Bangkok für die Teilnahme aller kamputscheanischen Konfliktparteien an den in Indonesien geplanten informellen Gesprächen aus. Diese Gespräche waren bisher an den Einwänden mehrerer ASEAN-Staaten gescheitert.

Wohlwissend, daß das internationale Ansehen der CGDK mit seinem Vorsitz steht und fällt, kündigte Sihanouk am 10. Juli d.J. zum wiederholten Mal seinen Rücktritt als Präsident an. Er verfolgte damit das Ziel, Druck auf die kompromißlosen Roten Khmer und China auszuüben, und ließ daran auch keinen Zweifel.

Sihanouk kündigte an, nach Frankreich und nicht etwa nach Beijing oder Pjöngjang, wo er sich üblicherweise aufhält, ins

Gespräch zwischen Son Sann, Hun Sen und Norodom Sihanouk am 27. Juli am Rande des Bogor-Treffens



GUATEMALA

KAMPAGNE FÜR RADIO

**VOZ
POPULAR**



|URNG|

STIMME DER NATIONALEN
REVOLUTIONÄREN EINHEIT
GUATEMALAS -URNG-

Spendenkonto:

Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Konto-Nr.: 100 148 863
D. Müller, 53 Bonn 1
Kennwort: Voz Popular

Weitere Informationen über die
Informationsstelle Guatemala
53 Bonn 1, Heerstr. 205

Solidaritätsplakat

2-farb. Siebdruck/70 x 39 cm
für 8.- DM zu bestellen bei:

Radio Venceremos
Scharnhorst-Str. 6, 5 Köln 60

☎ 0221 / 76 58 52

Der volle Erlös geht an
Radio Venceremos



Unterstützt den Befreiungskampf
des Volkes
für Selbstbestimmung in
EL SALVADOR!



Exil zu gehen. Bei seiner Ankunft in Paris erhob er schwere Vorwürfe gegen die Roten Khmer: „Die Roten Khmer müssen daran gehindert werden, die Macht zurückzugewinnen. Sonst riskieren wir eine Rückkehr zu den Tagen des Pol Pot mit all seinem Terror.“¹ Zudem hätten die Roten Khmer damit begonnen, seine Streitkräfte zu liquidieren. Weiter erklärte Sihanouk, er könne es nicht mehr länger hinnehmen, daß „gewisse Sponsoren“ der Koalition seinen Namen benutzten, um den Roten Khmer die Rückkehr an die Macht zu ermöglichen – eine unzweideutige Kritik an Beijing. Sihanouk schlug außerdem vor, daß der immer noch von den Roten Khmer besetzte Sitz Kamputscheas bei der UNO für ein Jahr vakant bleiben solle, um die Verhandlungen zu beschleunigen.

Mit diesen Äußerungen löste er vor allem bei den ASEAN-Staaten Thailand und Singapur Verärgerung aus. Diese kritisierten, daß er damit von der Anwesenheit der vietnamesischen Truppen ablenke.²

Auf dem informellen Treffen in Bogor, auf dem der kamputscheanische Ministerpräsident Hun Sen, die drei Fraktionen der CGDK sowie die Regierungen der ASEAN-Staaten, Laos' und Vietnams vertreten waren, ließ sich Sihanouk durch seinen Sohn Norodom Ranariddh vertreten.

Hun Sen unterbreitet den Teilnehmern einen 7-Punkte-Friedensplan. Er sieht einen vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen zwischen Dezember 1989 und dem ersten Quartal 1990 vor, bei gleichzeitiger Einstellung jeglicher äußerer Hilfe für „die Pol-Pot-Anhänger und andere Khmer-Oppositionskräfte“. Der Plan fordert, daß das interne Problem Kamputscheas von den kamputscheanischen Parteien unter Ausschluß der Führung des früheren Pol-Pot-Regimes und der bewaffneten Kräfte der Roten Khmer gelöst werden müsse.³

Hun Sen vertrat erneut den Standpunkt, daß eine Koalitionsregierung zwischen den vier Parteien erst nach der Abhaltung von Wahlen gebildet werden sollte. Der Plan enthält jedoch den neuen Vorschlag, einen Rat der nationalen Versöhnung mit Vertretern der vier Parteien unter Vorsitz von Sihanouk zu bilden. Er solle die verschiedenen Vereinbarungen ausführen, die allgemeinen Wahlen organisieren und eine internationale Kontrollkommission einsetzen.

Obschon die Konferenz keine greifbaren Ergebnisse brachte, deuten sich jedoch Kompromißmöglichkeiten an. Sihanouk, der sich gleichzeitig in Indonesien aufhielt, war am 27. Juli mit den vier Parteien zusammengetroffen. In einer ersten Stellungnahme lehnte er den 7-Punkte-Plan Hun Sens „als nicht in Frage

kommend“ ab.

Zwei Tage später relativierte er jedoch seine Position. So verzichtete er auf seine Forderung, eine internationale Friedenstruppe müßte die Umsetzung eines Abkommens garantieren. Auch bezüglich der Bildung einer Koalitionsregierung noch vor den Wahlen deutete er Kompromißbereitschaft an, indem er erklärte, „unsere nationale Verwaltung sollte zu Beginn die bereits existierende als Grundlage haben“.⁴

Mit Ausnahme der Roten Khmer bestand bei allen Teilnehmern Einigkeit darüber, daß eine Restauration des Pol-Pot-Regimes ausgeschlossen werden müsse. Zum Abschluß der Gespräche am 28. Juli erklärte der indonesische Außenminister Ali Alatas, daß zur Klärung offener Fragen eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde, die bis zum Jahresende Empfehlungen für die Fortsetzung der Gespräche erarbeiten solle. Zudem sprach er sich für Garantien aus, die eine Machtübernahme der Roten Khmer verhindern.

Da die Sorge über eine erneute Machtübernahme der Roten Khmer in den Auseinandersetzungen mittlerweile eine größere Rolle spielt als die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Vietnam, sahen sich die Pol-Pot-Anhänger und China zumindest zu verbalen Zugeständnissen gezwungen, um ihre Isolierung zu durchbrechen.

Die Roten Khmer legten am 15. August d.J. einen eigenen Friedensplan vor, in dem sie versicherten, daß keine politische Gruppierung alleine die Macht übernehmen solle. Sie schlugen außerdem ein internationales Kontrollgremium vor, das darauf achten sollte, daß sie sich nicht auf Kosten der anderen Parteien durchsetzen. Und sie versprachen, ihre Truppenstärke auf die der anderen Armeen zu reduzieren.⁵

Eine ähnliche Position bezog am 26. August auch der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Zhao Ziyang. China sei ebenso wie die internationale Gemeinschaft gegen eine „Monopolisierung der Macht durch die

Die Machtansprüche der Roten Khmer stehen im Zentrum der Verhandlungen



Roten Khmer“, erklärte er.⁶ Bereits vorher hatte China angedeutet, es würde sich dafür einsetzen, daß die Führungsspitze des Pol-Pot-Regimes nicht nach Kamputschea zurückkehre.

Somit hatten sich die Erfolgsaussichten der Verhandlungen zwischen dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Igor Rogatschow und seinem chinesischen Amtskollegen Tian Zengpei über den Kamputschea-Konflikt, die am 28. August d.J. begannen, erheblich verbessert. Bereits bei seiner Ankunft in Beijing erklärte Rogatschow, er sehe „etwas Licht am Ende des Tunnels“.⁷

Die Verhandlungen sind u.a. deshalb von großer Bedeutung, weil eine Lösung des Konflikts entscheidend von Beijing abhängt, und China eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion an den vietnamesischen Truppenabzug knüpft. In fünf Sitzungen, die jeweils bis zu 16 Stunden dauerten, wurden mögliche Modalitäten einer Verhandlungslösung im Detail besprochen.

Die Gespräche endeten zwar ohne konkretes Ergebnis, stellen jedoch einen bedeutenden Fortschritt dar, da China bisher jede konstruktive Mitwirkung an einer Lösung des Konfliktes verweigert hatte.

Noch ist ein Abkommen nicht in Sicht. Aber mit der Schaffung verschiedener Verhandlungsmechanismen – informelle Treffen aller Parteien, sowjetisch-chinesische Gespräche und ein weiteres Treffen zwischen Hun Sen und Sihanouk im Dezember d.J. in Paris – und dank der Teilzugeständnisse aller Parteien ist das Fundament für eine Lösung gelegt.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung, München, 13.7.1988
- 2) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 25.8.1988
- 3) Wortlaut des Plans in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 9/September 1988
- 4) FEER, 4.8.1988
- 5) Vgl. ebd., 1.9.1988
- 6) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.8.1988
- 7) Newsweek, New York, 12.9.1988

Südafrika

Jürgen Ostrowsky

Grenzen von Repression und Imagepflege

Am 26. Oktober d.J. läßt das Apartheidregime landesweit Kommunalwahlen stattfinden. Am selben Tag sollen Schwarze wie Weiße, „Farbige“ wie InderInnen insgesamt 7.600 Abgeordnete bestimmen. Um eine hohe Wahlbeteiligung namentlich unter den Schwarzen zu erzielen, hat sich Innenminister Stoffel van der Merwe die Wahlpropaganda umgerechnet über 4 Mio DM kosten lassen.

Freilich: Gewählt werden soll nach Rassen getrennt, und „landesweit“ bedeutet gemäß der Apartheidpolitik unter Ausschluß der 10 „autonomen“ bzw. „selbständigen“ Stammesgebiete, der „Homelands“. Denn die Etablierung lokaler Verwaltungen („Local Authorities“) soll nunmehr endlich zur Fundamentierung des Neo-Apartheidstaates führen.

Dessen Modell sieht als nächsthöhere Ebene die Bildung von „Regionalen Dienstleistungsräten“ (Regional Service Councils) vor – etwa für eine Großstadtregion wie Johannesburg –, in welche die verschiedenrassigen Kommunalverwaltungen VertreterInnen entsenden. Kontrolliert werden diese RSCs vom jeweiligen Provinzverwalter, der seinerseits vom Staatspräsidenten ernannt wird. Der wiederum geht aus dem 1983/84 eingerichteten Drei-Kammern-Parlament hervor, dessen Konstruktion dafür sorgt, daß es auf unabsehbare Zeit ein Weißer sein wird.

Das Verfahren auch nur als ersten Schritt in Richtung Demokratisierung wenigstens auf der kommunalen Ebene anzusehen, ginge indessen weit an der Realität vorbei. Bereits die Besetzung der RSCs erfolgt indirekt. Und dafür, daß in den jeweiligen lokalen Gremien die richtigen Leute sitzen, sorgt eine Art Mehrklassenwahlrecht. So besitzt ein einfacher schwarzer Mieter eine Stimme, ein Hausbesitzer bereits zwei und ein Geschäftsmann für jedes einzelne seiner Unternehmen eine zusätzliche.

Auf der Ebene der RSCs – die sich z.B. um Strom- und Wasserversorgung oder Müllabfuhr zu kümmern haben – funktioniert der Mechanismus so, daß in dem Gremium in aller Regel die reichen, und



UDF-Führer Boesak auf einem Meeting für die Freilassung Mandelas

damit die von Weißen bewohnten Gemeinden oder Stadtteile satte Mehrheiten behalten: Die Anzahl der von den einzelnen Lokalparlamenten zu bestimmenden Mandate richtet sich nach dem Finanzaufwand, den diese eben für Strom, Wasser usw. aufbringen.

Was offiziell als „Rückgabe des Stimmrechts“ an Schwarze, „Farbige“ und InderInnen angepriesen wird, ist folglich ein weiteres Stück Entdemokratisierung, angetan vor allem dazu, an politischen Rechten desinteressierte Schwarze zu kooptieren. In jedem Fall steht am Ende der apodiktische Satz Präsident Bothas, daß es eine Mehrheitsherrschaft in Südafrika niemals geben werde. Das gilt auch für die Idee eines „Indaba“ genannten Beratungsgremiums auf Präsidentenebene, für dessen unverbindliche Plaudersitzungen Botha schwarze Politiker zu begeistern sucht – mit bislang freilich geringem Erfolg. Ohnehin hat sich die Macht innerhalb des Apartheidstaates seit geraumer Zeit

dramatisch verlagert. „Die Tage, da das gesamte Kabinett Entscheidungen über Außenpolitik und nationale Unruhen fällt, sind vorbei“, zitierte das Magazin „Newsweek“ am 20. Juni d.J. einen „Insider“. Mittlerweile liege die Macht beim „Sicherheits-Establishment“: Geheimdiensten, Polizei, Militärführung – und dem „das große Krokodil“ genannten Präsidenten Botha. Vom Staatssicherheitsrat, den dieser erlesene Kreis bildet, führt eine straffe Organisationsstruktur aus analog zusammengesetzten Gremien bis hinunter zur lokalen Ebene – ein parallel zum offiziellen Staatsaufbau existierendes „Nationales Sicherheitsmanagementsystem“ (NSMS), das gegebenenfalls die tatsächliche Macht ausübt – gewählte Gremien hin oder her.

Die Kommunalwahlen sind kein Zeichen der Demokratisierung, sondern der Versuch, Schwarze ins System zu integrieren und das internationale Image aufzubessern

Der Ausbau dieses Systems erfolgte nicht erst aufgrund der Welle von Protest- und Aufstandsaktionen seit 1984; diese beschleunigte ihn allerdings. Die Idee ist über ein Jahrzehnt alt, basiert auf der Erkenntnis, daß die Apartheid anpassen sei, wenn die weiße Vorherrschaft nicht insgesamt zusammenbrechen sollte („adapt or die“), und trägt den schönen Namen „totale Strategie“. (Wie angesichts dieser Entwicklungen etwa der Vorstandsvorsitzende des Konzerngiganten Anglo-American Corporation, Gavin Relly, zu der Einschätzung gelangt, „daß sich die soziopolitische Dynamik in Südafrika bereits mit Macht zugunsten der Schwarzen zu entfalten begonnen“ habe – so in seinem Jahresbericht 1987/88 –, bleibt schleierhaft.)

Bezüglich der Wahl am 26. Oktober kommt der Sprecher des „Advice Office Forum“, eines Beratungszentrums, Kevin Patel, denn auch zu einer deutlichen Einschätzung: „Diejenigen, die sich (an diesen Wahlen beteiligen), werden für weitere Armut und Elend und dafür stimmen, daß ihre Kinder keine Zukunft haben.“

Für das Regime stellt sich damit ebenfalls die Frage nach der Wahlbeteiligung, die – eingedenk des Fiascos von 1983, als sich gerade 4% der AfrikanerInnen zur Stimmabgabe herbeiließen – vor allem für die internationale „Verkäuflichkeit“ des ganzen Manövers erhebliche Bedeutung besitzt. Seinerzeit hatte das Regime gleichwohl schwarze Stadträte in ihre Ämter eingesetzt – und damit einen Grund für die Aufstandsbewegung

ab Herbst 1984 geliefert.

Von den 258 afrikanischen Lokalverwaltungen mußten bis heute 34 ihre Tätigkeit einstellen: auseinandergejagt von Township-BewohnerInnen, durch Mietzahlungsboykotte in die Pleite getrieben, personell reduziert durch Amtsniederlegungen schwarzer Politiker, die begriffen, wofür sie mißbraucht wurden.

So umfaßten die „Wahlvorbereitungen“ diesmal das faktische Verbot von 17 Widerstandsgruppierungen im Februar d.J. sowie ein Verbot, zum Wahlboykott aufzurufen, im Rahmen des am 12. Juni verlängerten Ausnahmezustands. Der Tenor des Versuchs einer Konsolidierung nach der brutalsten und blutigsten Phase der Repression in Südafrikas jüngerer Geschichte: Auf unserem Weg lassen wir uns durch nichts und niemanden beirren!

Allerdings lassen die einzelnen Ankündigungen neuer Schläge gegen jegliche Opposition, die tatsächlichen Maßnahmen und Rücknahmen bzw. Aufschübe mancher Vorhaben ein irritierendes Muster erkennen.

So stehen auf der einen Seite die Verlängerung des Ausnahmezustands; fortgesetzte Inhaftierungen von monatlich bis zu 500 Personen, die mit dem Widerstand verbunden sind; Prozesse und drakonische Urteile gegen Freiheitskämp-

heid – die Anti-Kriegsdienstorganisation „End Conscription Campaign“ (EEC) verboten sowie – kaum nachvollziehbar – nach monatelangem Tauziehen die Aufführung des Biko-Films „Cry Freedom“ untersagt.

Dieser (unvollständigen) Bilanz lassen sich jedoch einstweilige Rückzüge beiseite stellen etwa bei dem geplanten Gesetz zur „Förderung ordnungsgemäßer Innenpolitik“, dessen Kern die Unterbindung jeglicher ausländischer Finanzhilfe für als mißliebig erachtete Organisationen bildet, oder bei der Inkraftsetzung neuer Restriktionen für die Presse (namentlich eine rigide Registrierungs-pflicht nicht fest angestellter JournalistInnen und MitarbeiterInnen „alternativer“ Nachrichtenagenturen). Auch die neuen Überlegungen, Nelson Mandela eventuell freizulassen, gehören hierhin, sowie – nachgerade bizarr – die Aufnahme der „Sharpeville Sechs“ auf jene nun 417 Namen umfassende Liste von Personen, die in Südafrika nicht zitiert werden dürfen, was als Indiz gewertet wurde, daß Botha es nicht zur Hinrichtung der Sechs kommen lassen wolle.

All dies hat indes wenig mit Ausbrüchen von Humanität zu tun (was die neuen Presserestriktionen betrifft, so befürchten Kenner sogar, daß der Innenminister sehr bald mit noch schärferen Verord-



Einmalig in Südafrika: Weiße Wehrpflichtige verweigern gemeinsam den Kriegsdienst und bekunden ihre Ablehnung der Apartheid

ferInnen und die Androhung eines Arbeitsgesetzes, das den Gewerkschaften vor allem über Haftungsregelungen finanziell den Garaus machen würde.

Schließlich wurde – nachdem Anfang August d.J. in einem spektakulären Auftritt 143 weiße Wehrpflichtige den Dienst mit der Begründung verweigert hatten, die Armee bewahre die Apart-

nungen aufwarten werde), viel aber mit Taktik sowie Reaktionen auf internationalen Druck. Und es läßt erkennen, daß die regierenden Nationalisten bei aller demonstrierten Härte kein Monolith mehr sind.

So zeigen sich beispielsweise bei der Diskussion über ein Gesetz, das die unerlaubte Ansiedlung von AfrikanerInnen

in Gebieten verhindern soll, die anderen „Rassengruppen“ zugewiesen sind, scharfe Widersprüche zwischen Botha auf der einen und den zwei wichtigsten afrikaanssprachigen Blättern – der Tageszeitung „Beeld“ und der Wochenzeitung „Rapport“ – auf der anderen Seite. Zwischen 100.000 und 200.000 „Nicht-weiße“ leben in faktisch gemischtrassigen städtischen Vierteln: Botha – im Einklang mit den Rechtsextremisten – will sie vertreiben lassen; seine Widersacher halten das Vorhaben für schädlich und taktisch falsch.

In jedem Falle stehen derartige Pläne im Gegensatz zu der „komplementär“ zum Repressionskurs entwickelten Taktik, „Herzen und Köpfe“ („hearts and minds“) vor allem der Schwarzen in den Townships zu gewinnen – was wiederum die Basis für die Bildung einer Schicht „glaubwürdiger“ schwarzer Politiker abgeben soll, die in das Gesamtsystem integrierbar wären.

Das vom Regime mit Unbehagen konstatierte fortdauernde „unterschwellige revolutionäre Klima“ soll durch eine Art Sanierungsoffensive in den Townships, durch Aufbesserung der Lebensbedingungen der AfrikanerInnen ausgetrocknet werden. Nahezu 2 Mrd Rand sollen bis Ende dieses Jahres aufgewandt werden, um Wohnungen und Schulgebäude zu bauen, Straßen zu befestigen und andere Versorgungseinrichtungen anzulegen. Priorität genießen 34 als „Unruheherde“ deklarierte Townships – dieselben, in denen die schwarzen Gemeindeverwaltungen demontiert worden waren – und die Federführung liegt bei den örtlichen „Management-Ausschüssen“ (JMC); für weitere 200 Townships sind innerhalb der nächsten fünf Jahre nochmals 8 Mrd Rand vorgesehen.

Ein Aspekt dieser Politik wurde bereits anläßlich der Abschaffung der Paßgesetze und damit der allumfassenden Kontrolle eines jeden Wohnortwechsels schwarzer SüdafrikanerInnen vor zwei Jahren sichtbar. Die Paßgesetze, so damals das Nationalkomitee gegen Umsiedlungen, wurden faktisch ersetzt durch längst bestehende Kontrollmechanismen, etwa „durch die Anwendung des Prevention of Illegal Squatting Act, den Slums Act sowie durch Vorschriften über städtische Nutzungszonen und Gesundheitskontrolle“.

Bestimmte Gebiete würden künftig als zur Ansiedlung oder für den Bau von Versorgungseinrichtungen geeignet ausgewiesen. Seien diese jedoch ausgelastet, „werden keine Leute mehr siedeln oder anderswo zusammenziehen können, und das Gesetz (über die getrennten Wohngebiete: „Group Areas Act“) wird natürlich verhindern, daß sie anderswo als innerhalb der ihnen zugewiesenen Gebiete

wohnen können“ – so daß sie also in „ihr“ sogenanntes Homeland deportiert werden können. Exakt dem leistet die „Sanierungspolitik“ Vorschub.

Was – neben der Aufrechterhaltung einer am Bedarf der Wirtschaft orientierten Zuzugskontrolle über afrikanische Arbeitskräfte – damit erreicht werden soll, definiert ein General, Mitglied des Staatssicherheitsrats: Es geht um die Gewinnung nicht politisch gebundener AfrikanerInnen, einer „mittleren“ Schicht, die weder die Regierungspolitik gutheißt, noch eine gewaltsame Revolution unterstützt. „Diese Leute“, zitierte Newsweek, „haben natürlich eigene Bestrebungen, sind aber wirklich besorgt um Fragen des täglichen Lebens („bread-and-butter-issues“) – Wohnungen, Schulen, Autos, 'the good life'. Und wenn man deren Unterstützung haben will, so kann man sie kaufen.“

Freilich: Der Umbau Südafrikas zum System der Neo-Apartheid – und damit vorbei an allen grundlegenden Forderungen der Mehrheit – hat es zum einen nach wie vor mit einem keineswegs zerschlagenen Widerstand zu tun und hat zum zweiten seinen Preis.

Die Finanzierung allein der kafaesken staatlichen Institutionen verschlingt gewaltige Summen. Da die geplante Struktur kaum weniger umfänglich ausfallen dürfte, erhöht sich dieser Finanzbedarf. Hinzu kommen die enormen Ausgaben für Militär und Polizei.

Was also als unumgänglich gilt für den Apartheidstaat, sind wirtschaftliche Erholung und ein ständiges hohes Wachstum. Die Aussichten sind indessen nicht sehr verheißungsvoll, so Südafrikas Notenbankpräsident de Kock am 23. August d.J. Ein Grund, so de Kock, sei, daß bestimmte wirtschaftspolitische Optionen, „wie sie so vielen anderen Ländern offenstehen, darunter leichter Zugang zu ausländischen Anleihen und Krediten, Südafrika einfach nicht offenstehen“.

Das bedeutet nicht weniger, als daß Südafrika, um ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum zu erreichen, seine internationale Reputation und Kreditwürdigkeit (wieder)herstellen muß, sprich: durch innenpolitische Konzessionen (oder Scheinreformen) sowie durch Änderungen in der Außenpolitik, die Isolierung durchbrechen muß, in die es spürbar gedrängt worden ist. Und Änderungen in der Außenpolitik bedeuten vor allem Rückzüge aus den Aggressionsabenteuern gegen Angola und Mosambik sowie Konzessionen in der Namibia-Frage.

„Hilfreich“ in letzterer Hinsicht sind Entwicklungen, die unmißverständlich die Grenzen der eingebildeten Allmacht des Apartheidstaates aufzeigen. Der im Frühjahr vom US-Außenministerium

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

erschient vierteljährlich

beschäftigt sich
mit Wohnproblemen und
Verstädterungsprozessen
in der Dritten Welt

stellt Lösungsansätze von
Architekten, Bauingenieuren,
Ökonomen, Planern
und Sozialwissenschaftlern vor

ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen

regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt

Lieferbare Schwerpunktheft:

- 5 / 85 Ausgrenzungen. Arbeitstitel „Ghettos“
- 6 / 85 Socialist Housing?
- (Doppelheft, englisch)
- 7 / 85 Raum-Ordnungen
- 8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren
- 9 / 86 Mittelstädte
- 10 / 86 Internationales Jahr der Hütte
- für Menschen in Wohnungsnot 1987
- (Doppelheft)
- 11 / 86 Frauen
- 12 / 87 Angepaßte Technologien
- 13 / 14 / 87 Slum and Squatter Upgrading
- (Doppelheft, englisch)
- 15 / 87 Partizipation
- Einzelheft: DM 9,-
- (Studenten DM 6,- Institutionen DM 12,-)
- Doppelheft: DM 12,-

TRIALOG

Aboservice und Vertrieb:
L. N. VERTRIEB
Gneisenastraße 2
D-1000 Berlin 61
Tel. 030-6 93 40 29

publizierte Bericht über die Grausamkeiten der Banden des Mosambikanischen Nationalen Widerstands (RNM) macht es selbst den um die Weltmeinung vorgeblich so unbekümmerten Regenten in Pretoria schwer, die Unterstützung dieser Terrororganisation fortzusetzen. Die Kriegführung in und gegen Angola bzw. Namibia und die Unterstützung der konterrevolutionären Banden belasten nicht nur den Etat Pretorias mit inzwischen über 2 Mrd Rand im Jahr, sondern haben steigende Opferzahlen weißer Soldaten zur Folge. Das (erst) verstärkt Sorgen in der weißen Minderheit, hat aber seit längerem der Kampagne gegen die Wehrpflicht (ECC) Auftrieb gegeben.

Vor allem zwei Gründe aber dürften Pretorias Verhandlungsbereitschaft befördert haben. In den letzten Monaten hat die sieggewohnte südafrikanische Streitmacht in Südafrika empfindliche Niederlagen erlitten – gegen angolanische und kubanische Truppen und insbesondere Luftwaffeneinheiten (wobei Letzteres auch darauf verwies, daß die südafrikanischen Düsenjäger den modernen MIGs der Gegenseite deutlich unterlegen sind). Und zweitens, so Anthony Lewis am 12. August d.J. in der „International Herald Tribune“: „das herannahende Ende von Ronald Reagans Amtszeit (er ist der am freundlichsten gesinnte US-Präsident, den Pretoria vermutlich je erleben durfte) und seine mögliche Ablösung durch einen harten Michael Dukakis.“

Alle – an Jesse Jackson und die von ihm angeführten afro-amerikanischen WählerInnen gerichtete – Wahlkampfrhetorik beiseite gelassen: Mit einem US-Präsidenten Dukakis brächen über Südafrikas Regime vermutlich schwere Zeiten herein. Er werde, so der Kandidat der Demokraten, „den Kampf für Wirtschaftssanktionen (gegen Südafrika) in der UNO anführen... den Dialog mit südafrikanischen Anti-Apartheidgruppierungen, einschließlich des Afrikanischen Nationalkongresses, erweitern... mit Macht auf die Unabhängigkeit Namibias hindrängen“. Die Verabschiedung eines drastisch erweiterten Sanktionskatalogs durch das US-Repräsentantenhaus – die allerdings zunächst nur demonstrativen Charakter besitzt – dürfte es dem Botha-Regime geraten erscheinen lassen, noch zu Reagans Amtszeit Regelungen zu erhandeln, wie es sie vermutlich nie mehr geboten bekäme.

Sollte überdies die Sanktionsinitiative (die u.a. einen fast völligen Warenaustauschstopp beinhaltet) tatsächlich Gesetz werden, so dürfte es auch fraglich werden, ob Südafrika diesen Einbruch ebenso leicht ausgleichen könnte wie bisherige Handelsbeschränkungen. Nicht allein, weil die US-Initiative Strafan-

Afrikanischer Nationalkongreß Richtlinien für die Verfassung eines demokratischen Südafrika

Nach fast zweijähriger Arbeit hat der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) im August d.J. „Richtlinien für die Verfassung eines demokratischen Südafrika“ vorgelegt, der auf der 1955 verabschiedeten Freiheitscharta basiert. Der Entwurf wird in Südafrika verbreitet, zur Diskussion gestellt und, wenn nötig, überarbeitet. Der folgende Text erscheint gleichzeitig im Informationsbulletin des ANC, Bonn, Nr. 9/September 1988.

Präambel

Die Freiheitscharta, die 1955 vom Volkskongreß in Kliptown nahe Johannesburg angenommen wurde, stellte die erste systematische Darlegung der politischen und verfassungsrechtlichen Vorstellung von einem freien, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika in der Geschichte unsers Landes dar.

Die Freiheitscharta bleibt bis heute einmalig als das einzige Dokument seiner Art, das fest demokratischen Prinzipien verhaftet ist, wie sie überall in der Welt anerkannt sind. Nuncmehr ist der Zeitpunkt gekommen, da die Freiheitscharta aus einer Zukunftsvision in eine verfassungsmäßige Realität umgesetzt werden muß.

Wir im Afrikanischen Nationalkongreß unterbreiten dem Volk Südafrikas und all jenen in der ganzen Welt, die die Apartheid beenden wollen, unsere grundlegenden Richtlinien, auf die sich eine Regierung in einem Südafrika ohne Apartheid stützen soll. Eine umfassende und demokratische Debatte über diese Richtlinien wird die breitesten Kreise unserer Bevölkerung mobilisieren, um Einigkeit darüber zu erreichen, wie die Tyrannei und die Unterdrückung, unter der unsere Leute leben, beendet werden kann, und wie ihnen damit ermöglicht wird, ein normales und würdiges Leben als freie Bürger eines freien Landes zu führen.

Das unmittelbare Ziel besteht darin, eine gerechte und demokratische Gesellschaft zu schaffen, die das alte Erbe kolonialer Eroberung und weißer Vorherrschaft hinwegfegt und alle Gesetze, die rassistische Unterdrückung und Diskriminierung verordnen, abschaffen wird. Die Beseitigung diskriminierender Gesetze und die Ausradierung aller Überreste des illegitimen Regimes reichen jedoch nicht aus. Die Strukturen und Institutionen der Apartheid müssen abgebaut und durch demokratische ersetzt werden. Es müssen Schritte unternommen werden, die sicherstellen, daß das Erscheinen von Ideen und Praktiken der Apartheid in alten oder neuen Formen verhindert wird.

Zusätzlich müssen die Auswirkungen jahrhundertelanger rassistischer Beherrschung und Ungleichheit durch verfassungsmäßige Bestimmungen überwunden werden, die korrigierende Maßnahmen für eine schnelle und unumkehrbare Umverteilung des Reichtums und gleiche Möglichkeiten für alle vorsehen. Die Verfassung muß ebenfalls die Gewohnheiten nicht-rassistischen und nichtsexistischen Denkens, antirassistisches Verhalten und die Aneignung eines wirklich gemeinsamen, patriotischen Bewußtseins fördern.

Die Verfassung muß entschlossen die grundlegenden Menschenrechte aller Bürger schützen.

Es soll gleiche Rechte für alle Personen ungeachtet ihrer Rasse, Hautfarbe, ihres Geschlechts und Glaubens geben. In der Verfassung müssen zusätzlich gleiche kulturelle, sprachliche und religiöse Rechte für alle verankert sein.

Unter den Bedingungen des heutigen Südafrika sind 87% des Landes und 95% der Produktionsmittel in den Händen der herrschenden Klasse, die sich nur aus der weißen Gemeinschaft rekrutiert. Daraus folgt, daß ein verfassungsmäßiger Schutz für Gruppenrechte den Status quo verewigen und bedeuten würde, daß die Masse der Menschen verfassungsgemäß weiterhin in Armut gehalten und Außenstehende in ihrem Geburtsland bleiben würden. Letztlich wird die Wirksamkeit der Verfassung großteils dadurch bestimmt werden, inwieweit sie Bedingungen fördert für die aktive Mitwirkung aller Kreise der Bevölkerung auf allen Regierungsebenen und im wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Zielen erklären wir, daß die Abschaffung der Apartheid und die Gründung eines wirklich gerechten und demokratischen Südafrika eine Verfassung erfordert, die auf folgenden Grundsätzen beruht:

Der Staat

A) Südafrika soll ein unabhängiger, einheitlicher, demokratischer und nicht-rassistischer Staat sein.

B) Die Staatsmacht soll dem Volk in seiner Gesamtheit gehören und durch eine einzige zentrale Legislative, Exekutive, Judikative und Verwaltung ausgeübt werden. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß die Vollmachten der Zentralgewalt an nachgeordnete Instanzen delegiert werden, um so eine effizientere Verwaltung und demokratische Teilhabe zu erzielen.

C) Die Institution der erblichen Herrschaft und Häuptlingschaft soll so umgewandelt werden, daß sie in Übereinstimmung mit den in dieser Verfassung enthaltenen demokratischen Prinzipien den Interessen des Volkes in seiner Gesamtheit dient.

D) Alle Regierungsorgane, Justiz, Sicherheitsbehörden und bewaffnete Streitkräfte eingeschlossen, sollen das Volk in seiner Gesamtheit repräsentieren, in ihrem Aufbau und ihrem Dienstablauf demokratisch und der Verteidigung der Verfassungsgrundsätze verpflichtet sein.

Wahlrecht

E) In Ausübung seiner Souveränität soll das Volk gemäß einem allgemeinen Wahlrecht abstimmen können, das auf dem Prinzip beruht: eine Person, eine Stimme.

F) Jede(r) Wahlberechtigte soll das Recht haben, sich für alle gesetzgebenden Körperschaften zur Wahl zu stellen und gewählt zu werden.

Staatsbürgerschaft

G) Ziel staatlicher Politik soll die Förderung des Wachstums einer einzigen, alle Südafrikaner verpflichtenden nationalen Identität und Loyalität sein. Zugleich soll der Staat die sprachliche und kulturelle Verschiedenheit der Bevölkerung anerkennen und die Voraussetzungen für die freie Entfaltung von Sprache und Kultur schaffen.

Grundrechte und Verwirklichungsmaßnahmen

H) In der Verfassung soll ein Grundrechtskatalog, basierend auf der Freiheitscharta, enthalten sein. Dieser Grundrechtskatalog soll die grundlegenden Menschenrechte aller BürgerInnen garantieren, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht oder Glauben, und geeignete Vorkehrungen für ihren Schutz und ihre Durchsetzung festlegen.

I) Der Staat sowie sämtliche gesellschaftlichen Institutionen sollen einer verfassungsmäßigen Verpflichtung unterliegen, Rassen- und Diskriminierung jeglicher Art zu beseitigen.

J) Der Staat sowie sämtliche gesellschaftlichen Institutionen sollen der verfassungsmäßigen Verpflichtung unterliegen, aktiv Schritte zur schnellen Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu unternehmen, die durch die rassistische Diskriminierung verursacht wurden.

K) Das Eintreten für oder die Praktizierung von Rassismus, Faschismus und Nazismus sowie die Aufhetzung zu ethnischen oder regio-

nalistischen Überlegenheitsdenken und Haßgefühlen sollen verboten sein.

L) Vorbehaltlich der obigen Abschnitte I) und K) soll der demokratische Staat die Grundrechte und -freiheiten garantieren, wie die Versammlungs-, Gedanken-, Religions- und Pressefreiheit.

Weiterhin soll der Staat die Pflicht haben, das Recht auf Arbeit zu schützen und das Recht auf Ausbildung und soziale Sicherheit zu garantieren.

M) Alle Parteien, die mit den Abschnitten I) bis K) übereinstimmen, sollen das Recht haben, legal zu bestehen und am politischen Leben des Landes teilzunehmen.

Wirtschaft

N) Der Staat soll gewährleisten, daß die gesamte Volkswirtschaft den Interessen und dem Wohl der gesamten Bevölkerung dient.

O) Der Staat soll das Recht haben, den allgemeinen Rahmen zu bestimmen, in dem sich das Wirtschaftsleben abspielt, und die Rechte sowie Pflichten zu bestimmen und einzugrenzen, die mit dem Besitz und der Nutzung des Produktivvermögens verbunden sind.

P) Der privatwirtschaftliche Sektor soll mit dem Staat zusammenarbeiten, um die Ziele der Freiheitscharta zu verwirklichen, indem er das gesellschaftliche Wohl fördert.

Q) Das Wirtschaftssystem soll gemischt sein, mit einem staatlichen, einem privaten, einem genossenschaftlichen und einem familiären kleinbetrieblichen Sektor.

R) Genossenschaftliche Formen der Wirtschaftstätigkeit, dörfliche Industrien und familiäre kleinbetriebliche Aktivitäten sollen staatlich gefördert werden.

S) Der Staat soll die Aneignung von Fähigkeiten in Management, Technik und Wissenschaft in allen Teilen der Bevölkerung fördern, insbesondere unter den Schwarzen.

T) Eigentum zum persönlichen Gebrauch und Verbrauch soll verfassungsmäßig geschützt sein.

Das Land

U) Der Staat soll ein Landreformprogramm entwerfen und durchführen, das die folgenden Punkte enthält und berücksichtigt:

- Beseitigung aller rassistischen Beschränkungen von Besitz und Nutzung von Land;
- Durchführung einer Landreform in Übereinstimmung mit dem Prinzip der aktiven Förderung („affirmative action“) unter Berücksichtigung der Lage der Opfer von Zwangsumsiedlungen.

Die Arbeiter

V) Die Verfassung soll eine Charta der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter enthalten, insbesondere das Streikrecht sowie das Recht auf Tarifverhandlungen.

Die Frauen

W) Die Frauen sollen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens gleiche Rechte genießen, und der Staat soll aktiv Maßnahmen ergreifen, um Ungleichbehandlung und Diskriminierung zwischen den Geschlechtern zu beseitigen.

Die Familie

X) Familie, Elternschaft und Rechte der Kinder sollen geschützt werden.

Außenpolitik

Y) Südafrika soll ein nichtpaktgebundener Staat sein, der den Prinzipien der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit und der Charta der Vereinten Nationen sowie der Erlangung von nationaler Befreiung, Weltfrieden und Abrüstung verpflichtet ist.

drohungen enthält gegen Länder, „die versuchen, aus den US-Sanktionen Kapital zu schlagen“: An die Stelle bisheriger Haupthandelspartner hatte sich Japan gesetzt – eben diese Rolle aber verträgt sich nicht mit Japans Freundlichkeits-offensiven etwa in Asien und wurde auch bereits zum Gegenstand harter inländischer Kritik.

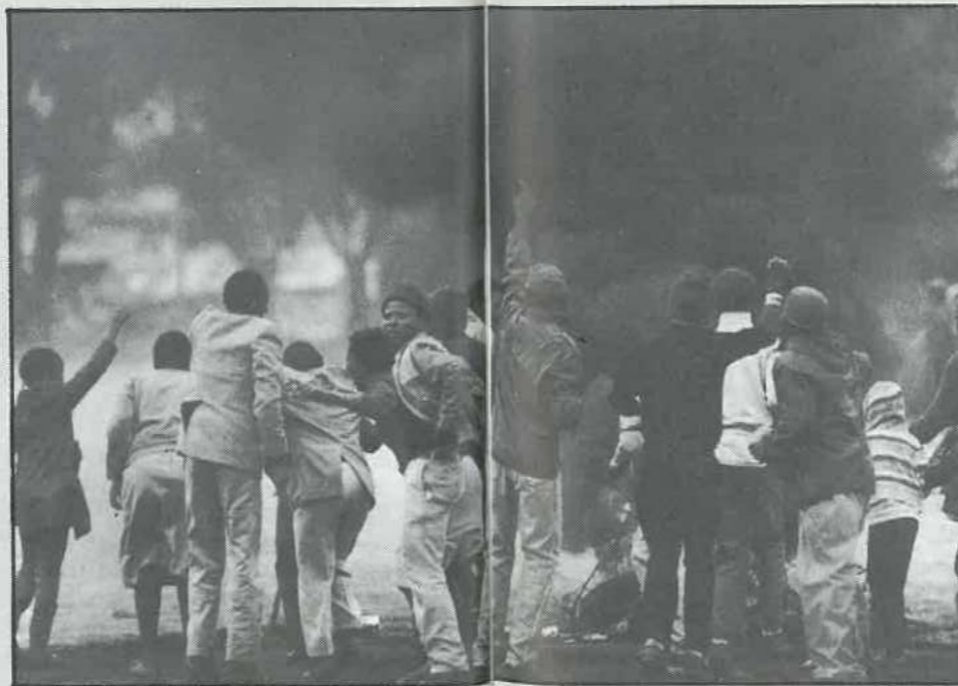
Die Zeit arbeitet also keineswegs für Pretorias Konzept, in „Ruhe“ seine langfristige Option zu verfolgen, und damit auch gegen seine internationalen Komplizen, die von jeglichem Druck abraten, weil die Dinge schon ihren hoffnungsvollen Verlauf nähmen, wenn man nur aufhöre, auf dem Apartheidstaat „herumzuhacken“. Gerade die Kombination aus innerem Widerstand und bewaffneten Aktionen sowie äußerem Druck ist es, die etwas zu bewegen vermag.

Nichts anderes gilt auch für die Wahlfarce Ende Oktober d.J., die der Zementierung des Systems und seiner internationalen Legitimation dienen soll. Aber sie droht ohnehin bereits teilweise in den Schatten gestellt zu werden durch eine neue Diskussion inner- wie außerhalb Südafrikas, mit welcher die Befreiungsbewegung ANC sozusagen eine weitere Kampffront, wenn nicht gerade eröffnet, so doch erweitert hat: die Vorlage von Vorschlägen für eine künftige Verfassung eines demokratischen Südafrika Anfang August d.J. (siehe Kasten).

Die Vorlage, wird in der Präambel festgestellt, stelle eine aktuelle Fortschreibung („updating“) der historischen Freiheitscharta von 1955 dar, dem Grundsatzprogramm eines „freien, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika“. Bei ihr handele es sich jetzt darum, „aus der Vision der Zukunft eine verfassungsmäßige Realität“ werden zu lassen.

Die „Richtlinien für die Verfassung eines demokratischen Südafrika“ aktualisieren die Positionen der Charta und führen näher aus, was in jahrelangen Diskussionen auch mit weißen Liberalen Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten gewesen ist. So wird im Anschluß an die Grundforderung nach einem universalen Stimmrecht gemäß „dem Prinzip 'one person – one vote'“ über die Schaffung einer einheitlichen Nationalität ausgeführt: „Zugleich soll der Staat die sprachliche und kulturelle Verschiedenheit der Bevölkerung anerkennen und die Voraussetzungen für freie sprachliche und kulturelle Entwicklung schaffen.“

Unterschiede gegenüber den Formulierungen der Charta, denen das besondere Augenmerk bestimmter BeobachterInnen sicher sein dürfte, betreffen die Gestaltung der Volkswirtschaft. Doch nur, wer die Charta fälschlich als Sozialismus-Programm identifiziert, wird ei-



nen grundlegenden Unterschied feststellen. Es handelt sich vielmehr um Rahmenvorstellungen, die eine gemischte Wirtschaftsform erkennen lassen — eine Option, die auch 1955 abgedeckt war. Alles in allem, faßt die Wochenzeitung „Weekly Mail“ zusammen, verpflichtete sich der ANC mit diesen Richtlinien auf ein „demokratisches, einheitliches, nicht-rassistisches, blockfreies Südafrika mit einem Mehrparteiensystem und einer gemischten Wirtschaft sowie einer unabhängigen Justiz. Alle diese Prinzipien fanden sich bereits in der Charta, aber hier sind sie unverblümt festgehalten.“

Bildeten die Grundsätze der Charta bereits das Zentrum der meisten Diskussionen über ein künftiges Südafrika — wobei der „Chartismus“ eine zunehmende politische Sogwirkung entfaltete —, so könnten die „Richtlinien“ diese Tendenz noch verstärken, bieten sie doch vor allem jenen Weißen eine Orientierung, die in wachsender Zahl eine Lösung der Krise Südafrikas suchen, die nichts mehr mit der Apartheid gemein hat.

Dieser politische Schritt steht dabei nicht im Gegensatz zur Fortführung des bewaffneten Kampfes, sondern bildet sein notwendiges Pendant: So wenig sich der Kampf mit der Waffe für ein undefiniertes Ziel führen läßt, so wenig Resonanz hätte die Vorlage der „Richtlinien“ gefunden, hätte nicht die Anwendung aller Kampfformen die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Allerdings könnte die Debatte über die „Richtlinien“, die in Südafrikas Presse immerhin ungehindert publiziert werden konnten, die Tendenz zu einer Verhandlungslösung verstärken — der ANC, die Befreiungsbewegung Südafrikas insgesamt haben diesen Weg nie ausgeschlossen.



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bekanntgeben!**

AIB-Leserservice, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Tel. 0221-36002-0

Südliches Afrika

Joachim Becker

Rückzugsgefechte Pretorias



Südafrikanische und angolische Offiziere überwachen gemeinsam den Waffenstillstand an der angolisch-namibischen Grenze

„Von diesem Moment an sind wir aus Angola heraus“, erklärte der südafrikanische Generalleutnant Ian Gleeson am 30. August d.J., als die letzten 1.000 südafrikanischen Soldaten die Grenze von Angola nach Namibia überschritten.¹ Damit kam Südafrika seiner Verpflichtung nach, sich bis zum 1. September d.J. aus Angola zurückzuziehen.

Diese Verpflichtung war es in Verhandlungen mit Angola, Kuba und den als „Vermittler“ auftretenden USA in Genf, die vom 2.-5. August d.J. stattfanden, eingegangen. Die Delegationen Angolas, Kubas und Südafrikas „kamen überein“ in Genf auch, so die gemeinsame Erklärung aller vier Verhandlungsteilnehmer vom 8. August, „dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den 1. November 1988 als den Tag vorzuschlagen, an dem die Anwendung der Resolution 435 (über die Unabhängigkeit Namibias; J.B.) beginnen soll (siehe Kasten). Angola und Kuba bekräftigten ihrerseits, „ein bilaterales Abkommen zu unterzeichnen, das einen für alle Seiten akzeptablen Zeitplan für den schrittweisen und völligen Abzug kubanischer Truppen aus Angola enthalten wird. Die Parteien haben sich verpflichtet, bis zum 1. September 1988 eine Übereinkunft über diesen Zeitplan zu erreichen.“²

In den Verhandlungen vom 24.-26. August d.J. in Brazzaville konnte in dieser entscheidenden Streitfrage keine Einigung erzielt werden, so daß der Ziel-

termin 1. September nicht gehalten werden konnte.

Ein Hauptgrund für die Apartheidstrategen, sich überhaupt bis zu diesem Punkt auf Verhandlungen eingelassen zu haben, scheint ein denkbarer Wahlsieg des demokratischen US-Präsidenten Michael Dukakis zu sein, der einen weitaus härteren Kurs gegenüber Südafrika als der noch amtierende Ronald Reagan und der republikanische Bewerber George Bush angekündigt hat.

Ein noch stärkeres Motiv ist ein stark zu Südafrikas Ungunsten verändertes militärisches Kräfteverhältnis in Angola (zu letzterem siehe den Beitrag von P. Garcia). Der Krieg in Angola hat sich für Südafrika als immer verlustreicher an Menschen und Kriegsmaterial erwiesen. Angesichts zunehmender Kriegsdienstverweigerungen in Südafrika ist namentlich der Tod weißer Wehrpflichtiger in Angola für die Apartheid-Militärführung mit erheblichen politischen Kosten verbunden. Der Tod von nach offiziellen südafrikanischen Angaben 12, nach angolischen Angaben 26 weißen südafrikanischen Militärangehörigen bei Caluque am 27. Juni d.J. ließ selbst in besonders regimetreuen Kreisen der weißen Öffentlichkeit Südafrikas verstärkt Zweifel an der südafrikanischen Militärpräsenz in Angola laut werden.³

Presseberichten zufolge saßen südafrikanische Truppenteile in Angola derart in der Klemme, daß ihr Abzug ohne einen Waffenstillstand zumindest mit schwersten Verlusten verbunden gewesen

wäre.⁴ Vor diesem Hintergrund ist Südafrikas Zustimmung zu einem Waffenstillstand und zu einem geordneten Rückzug aus Angola zu sehen.

Wie der Informationssekretär der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Hidipo Hamutenya, am 8. August d.J. bekanntgab, werde die SWAPO ihre militärischen Feindseligkeiten gegen das südafrikanische Militär in Namibia am 1. September d.J. einstellen, sofern sich Südafrika Angriffen auf die Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN), die SWAPO-Armee, enthalte.⁵ Sowohl Angola als auch Südafrika sind auf eine erneute Eskalation des Krieges eingestellt. Angola hat seine Militäreinheiten im Süden des Landes, namentlich Flugplätze für die Luftwaffe, weiter ausgebaut. Südafrika massiert seit Wochen große Militärverbände an der namibisch-angolanischen Grenze.

Kam Südafrika mit seinem Truppenrückzug aus Angola einer Vorbedingung der angolischen Regierung für den von Pretoria und Washington gewünschten Abzug der Kubaner aus Angola nach, so sieht es bei der Einstellung aller ausländischer

Unterstützung für die Contrabanden der nationalen Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) schon problematischer aus. Die Regierung Angolas macht dies unverändert zu einer Bedingung für einen Truppenabzug der Kubaner.⁶

Während sich Südafrika laut Angolas Präsident José Eduardo dos Santos zu einer Einstellung seiner UNITA-Hilfe bereit erklärt haben soll⁷ und eine Entkolonisierung Namibias — die zentrale Vorbedingung Luandas für einen Rückzug der Kubaner aus Angola — Südafrikas Unterstützungsmöglichkeiten für die UNITA entscheidend beschneiden würde, hat die Regierung Reagan verdeutlicht, daß sie gar nicht daran denkt, im Fall eines Abkommens ihre Unterstützung für die UNITA einzustellen.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums betonte, die „Prinzipien für eine Verhandlungslösung im südwestlichen Afrika“, auf die sich Angola, Kuba und Südafrika bei der Verhandlungsrunde in New York vom 11.-13. Juli d.J. verständigt hatten (vgl. DRITTE WELT 8-9/1988, S. 40ff.), verpflichteten die USA nicht zur Einstellung ihrer UNITA-Hilfe, „weil wir sie nicht unterzeichnet haben“. Er ließ durchblicken, daß, solange die Sowjetunion die MPLA-Regierung Angolas unterstütze, die USA die UNITA unterstützen wollten.⁸

Die US-Regierung beabsichtigt, die „Hilfe“ für die UNITA von 15 Mio \$ auf 30-40 Mio \$ jährlich zu erhöhen. Schon

Gemeinsame Erklärung Angolas, Kubas, Südafrikas und der USA vom 5. August 1988

Die Delegationen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba, der Republik Südafrika und der Vereinigten Staaten von Amerika trafen sich vom 2.-5. August 1988 in Genf, Schweiz, um ihre Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts im südwestlichen Afrika fortzusetzen.

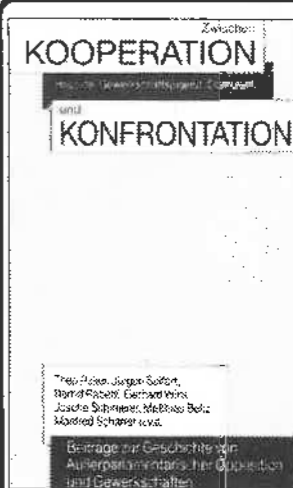
Aufbauend auf den in London, Kairo und New York erzielten Fortschritten waren die Verhandlungen in Genf detailliert, positiv und produktiv. Die Delegationen Angolas, Kubas und Südafrikas vereinbarten eine Abfolge von Schritten, die erforderlich sind, um den Weg für die Unabhängigkeit Namibias in Übereinstimmung mit der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefaßten Resolution 435 (von 1978; d. Red.) sowie für die Herstellung des Friedens im südwestlichen Afrika zu bereiten. Sie kamen überein, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen (Javier Pérez de Cuellar) den 1. November 1988 als den Tag vorzuschlagen, an dem die Anwendung von 435 beginnen soll. Die Parteien stimmten, ad referendum für ihre jeweiligen Regierungen, dem Wortlaut eines Dreierabkommens zu, das in Form eines bindenden Vertrages die Prinzipien umfaßt, die auf Governors Island, in New York, ausgehandelt und am 20. Juli 1988 von den Regie-

rungen formell bestätigt wurde.

Angola und Kuba wiederholten ihrerseits ihren Entschluß, ein bilaterales Abkommen zu unterzeichnen, das einen für alle Parteien akzeptablen Zeitplan für den schrittweisen und vollständigen Rückzug kubanischer Truppen aus Angola enthalten wird. Die Parteien haben sich verpflichtet, bis zum 1. September 1988 über diesen Zeitplan eine Übereinkunft zu erzielen. Die Parteien stimmten einer umfassenden Serie praktischer Schritte zu, die gegenseitiges Vertrauen fördern, das Risiko der militärischen Konfrontation verringern und die in der Region die für die Beendigung der Verhandlungen nötigen Bedingungen schaffen werden. Mit der Zustimmung zu diesen Maßnahmen ist nun eine de-facto-Einstellung der Feindseligkeiten in Kraft. Die vollen Auswirkungen dieser Maßnahmen werden in den nächsten Wochen offenkundig werden.

Die nächste, auf höherer Ebene vorgesehene Verhandlungsrunde wird in der Woche ab 22. August stattfinden. Ort und Zeit sind noch genau zu bestimmen. Alle Delegationen dankten der Regierung der Schweiz für die hervorragenden Einrichtungen sowie für ihre Unterstützung.

(Quelle: The Independent, London, 9.8.1988)



Haus der Gewerkschaftsjugend, Oberursel (Hg.)

ZWISCHEN KOOPERATION UND KONFRONTATION

Beiträge zur Geschichte von Außerparlamentarischer Opposition und Gewerkschaften

1988, 180 S., 23,5 x 17 cm, mit Abbildungen, DM 28,00
ISBN 3-924800-75-8

Theo Pirker: Gewerkschaften und Verfassung
Jürgen Seifert: Gewerkschaften als Gegenmacht
Bernd Rabehl: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund
Jürgen Seifert: Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze
Eine Diskussion über APO, Gewerkschaften und die Arbeiterklasse mit Matthias Beltz, Bernd Rabehl, Manfred Scharer, Joscha Schmieder und Gerhard Wink.

Martin Grottel / Günther Seitel (Hg.)

HOCHSCHULE 2000

Zukunft der Bildung zwischen konservativer Hochschulpolitik und Gegenbewegung

Martin Grottel / Günther Seitel (Hg.)

HOCHSCHULE 2000

Zukunft der Bildung zwischen konservativer Hochschulpolitik und Gegenbewegung

1988, 180 S., 12,5 x 19 cm, br., DM 19,80
ISBN 3-924800-40-5

Die Zukunft von Bildung und Wissenschaft in der Diskussion. Peter Glotz: Die Krise der Hochschulen und die Malaise der Linken. Michael Daxner: Die Zukunft der Wissenschaft. Rainer Braun: Hochschule zwischen Elite und Demokratie. Dirk Axmacher: Konservative Hochschulpolitik und Gegenbewegung.

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung

Stellungnahme der SWAPO zum Angola/Namibia- Rahmenabkommen

Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) hat die Ratifizierung der „Grundsätze“ für die Lösung des Konflikts in der südwestlichen Region Afrikas (vom 20.7.1988, Wortlaut in: DRITTE WELT 8-9/1988, S. 41; d. Red.) die zur Zeit in den andauernden Vierparteien-Gesprächen verhandelt wird, durch Angola, Kuba und Südafrika begrüßt.

Hidipo Hamutenya, SWAPO-Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit, reagierte auf die zeitgleichen Ankündigungen der Ratifizierung der Anfang des Monats in New York erarbeiteten Grundsätze in Luanda, Havanna und Pretoria mit der Aussage, daß die Aussichten für eine friedliche Lösung nun „verhältnismäßig günstiger“ seien. Nach Hamutenya bedeute die Ratifizierung, daß der Verhandlungsprozeß sich auf „dem richtigen Wege“ befinde.

Die weitreichenden Grundsätze, die in Kairo erstellt und von Experten der betroffenen Länder mit den Vereinten Staaten als Vermittler sorgfältig ausgearbeitet wurden, böten, so Hamutenya weiter, „einen guten Rahmen, um die Verhandlungen zu ihren vernünftigen Abschluß zu führen“.

Der SWAPO-Informationsssekretär sagte, da nun die Regierungen von Angola, Kuba und Südafrika formal den Grundsätzen für ein Rahmenabkommen zugestimmt hätten, sei „klar, daß Fortschritte erzielt werden und die Aussichten für eine umfassende Lösung des Konflikts in der südwestlichen Region Afrikas verhältnismäßig günstig sind“.

Die von den Regierungen Angolas, Kubas und Südafrikas angenommenen Grundsätze bildeten die Grundlage für eine umfassende Übereinkunft zur Lösung des Konflikts, die, so sei zu hoffen, bei der nächsten, für August vorgesehenen Gesprächsrunde der vier Parteien erzielt werden könne.

Die ratifizierten Grundsätze beinhalten die Durchführung der Resolution 435 der Vereinten Nationen, die zur unverzüglichen Unabhängigkeit Namibias führt, den Vorgang des Abzugs internationalistischer Truppen Kubas aus Angola, die Unverletzlichkeit internationaler Grenzen, die Einstellung der Feindseligkeiten, Aggressionen und Verletzungen der territorialen Integrität der Staaten in dieser Region, ein Verbot, benachbarten Regierungen feindlich gesonnene Kräfte zu unterstützen oder aufzunehmen, die Verifizierung, Kontrolle und Anwendung der Übereinkunft sowie deren Gewährleistung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Auf die Frage, wann die SWAPO nun Verhandlungen mit Südafrika über die Unabhängigkeit Namibias führen werde, sagte Hamutenya, daß solche Gespräche kaum vor der nächsten Runde der Vierparteien-Verhandlungen beginnen würden, „bei der, so steht zu hoffen, eine umfassende Übereinkunft zur Lösung erzielt werden wird“.

„Wenn alle Bestandteile an ihrem Platz sind, erwarten wir, daß Südafrika und die SWAPO direkte Verhandlungen führen und eine Übereinkunft für einen Waffenstillstand als ersten Schritt zur Durchführung von Resolution 435 erzielen werden“, sagte Hamutenya. (Quelle: nampa, Luanda, 20.7.1988)

jetzt bauen die USA beschleunigt die UNITA-Infrastruktur in Zaire aus. Damit wollen sie der zunehmend in Bedrängnis geratenden, von internen Konflikten zerrissenen UNITA, die sich ausdrücklich nicht an dem Waffenstillstand beteiligt, neben Namibia eine weitere starke Ausgangsbasis für die Destabilisierung Angolas schaffen. Dies ist vor allem für den Fall einer Entkolonisierung Namibias von Bedeutung.

Großzügigere US-Unterstützung von Militärbasen in Zaire wären für die UNITA keinesfalls ein auch nur annähernd gleichwertiger Ersatz für ihre bisherige umfassende Betreuung durch Südafrika. Die künftige Unterstützung Washingtons für die UNITA ist ohnehin fraglich. Denn der demokratische Präsidentschaftskandidat Michael Dukakis befürwortet eine diplomatische Anerkennung der VR Angola und ein Ende



Die kubanischen Soldaten trugen entscheidend zur südafrikanischen Niederlage bei

der Unterstützung für die angolische Contra.

„Es ist sicher, daß die Marionettenbanden (der UNITA; J.B.) mit der einfachen Verminderung oder Einstellung ihrer Auslandshilfe nicht verschwinden werden“, stellt Präsident dos Santos bezüglich des Contraproblems fest. „Ihre Neutralisierung wird ein letztes zusätzliches Opfer unsres Volkes und der Streitkräfte erfordern.“⁹ Daneben will die Regierung der UNITA mit einer Amnestiepolitik beikommen, wie sie seit Ende der 70er Jahre bereits erfolgreich gegenüber den zivilen und militärischen Mitgliedern der Nationalen Front für die Befreiung Angolas (FNLA) praktiziert hat.

„Wir wollen keine Repräsentanten der Apartheid in unserer Regierung, darum lehnen wir jedliche Verhandlungen mit der UNITA ab.“¹⁰ Mit diesen Worten wandte sich Angolas Vize-Außenminister Venancio de Moura Ende Juli d.J. nochmals eindeutig gegen eine Regierungsbeteiligung der UNITA, wie sie von reaktionären Kreisen in den USA, Westeuropa sowie in Südafrika gefordert

wird.

Südafrika sucht — im stillen Einverständnis mit westlichen Ländern — über den Punkt G der Verhandlungsprinzipien, der eine „Anerkennung der Verantwortung von Staaten, nicht zu erlauben, daß ihr Gebiet für Kriegshandlungen, Angriffe oder Gewalt gegen andere Staaten genutzt wird“,¹¹ beinhaltet, die Schließung von Basen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Angola durchzusetzen. Angolas Vize-Außenminister de Moura wies dieses Ansinnen Ende Juli d.J. ausdrücklich zurück.¹²

Zwar hat sich Südafrika in den Verhandlungsprinzipien erneut zu einer Entkolonisierung Namibias auf der Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 435 aus dem Jahr 1978 bekannt. Diese verpflichtet Südafrika in der Übergangsphase zu einer Einschränkung seiner Militärpräsenz in Namibia auf 1.500 Mann. Und sie

sieht allgemeine und freie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung unter Aufsicht der Vereinten Nationen vor. An Südafrikas tatsächlicher Bereitschaft zum Rückzug aus Namibia bestehen jedoch weiterhin erhebliche Zweifel.

Südafrika fürchtet den psychologischen Auftrieb, den ein als sicher geltender Wahlsieg der SWAPO und eine nachfolgende SWAPO-Regierung in Namibia dem Befreiungskampf in Südafrika selbst geben würde. Wie SWAPO-Präsident Sam Nujoma im August d.J. erklärte, würde eine SWAPO-Regierung den ANC „innerhalb des Rahmens der Organisation der Afrikanischen Einheit, der Vereinten Nationen und der Bewegung der Nicht-paktgebundenen“ — mit diplomatischer Anerkennung und Verwaltungseinrichtungen — unterstützen, ihm jedoch keine Basen einräumen. „Wir kämpfen, um Namibia zu befreien, nicht um Basen für andere zu schaffen.“¹³

In diese Richtung gehend hatte sich vor einigen Monaten auch schon SWAPO-Generalsekretär, Toivo ya Toivo, geäußert.¹⁴ Wie Sam Nujoma und andere

Verhandlungen auf dem Schlachtfeld erzwungen

Ende August d.J. war es soweit: Der letzte südafrikanische Soldat verließ Angolas Staatsgebiet. Damit hielt sich Pretoria an die Abmachungen, die während der Genfer Verhandlungen getroffen worden waren. Allerdings nutzte die südafrikanische Regierung die Gelegenheit, den Abzug der 2.000 Soldaten in ein billiges Medienspektakel zu verwandeln. An der Grenze zu Namibia begrüßten Transparente mit „Welkom Weners“ — Willkommen Sieger — die Truppen. Vier Monate zuvor hatten entsprechende Grüße für ihre 7.000 Waffenbrüder gefehlt, die in heillosen Flucht über dieselbe Grenze gehetzt waren.

Die militärische Niederlage Pretorias vom März/April d.J. ist von einschneidender Bedeutung sowohl für Angola und ganz Afrika als auch für die Einschätzung der derzeitigen weltpolitischen Tendenz zur Beendigung der regionalen Konflikte. Das militärische Debakel der Truppen des Rassistentaats zwang Pretoria im Mai an den Verhandlungstisch mit Angola und Kuba. Es war die unmittelbare Voraussetzung für das Waffenstillstandsabkommen und die geplante Friedensvereinbarung.

Dieser Zusammenhang wird unwiderlegbar durch die zeitliche Abfolge bewiesen. Vor der militärischen Niederlage hatte es Pretoria kategorisch — auch gegen den Wunsch der USA — abgelehnt, sich mit Angola und Kuba an einen Tisch zu setzen.

Der Sieg über Südafrika und das Vorrücken der Truppen Angolas und Kubas an die Grenze zu Namibia hat diesem Land erstmalig eine echte Perspektive für seine Unabhängigkeit eröffnet. Auch die anderen Nachbarländer der „Republik“ Südafrika werden vom Scheitern des südafrikanischen Expansionsversuchs, von der Unabhängigkeit Namibias und der nach einem Friedensschluß möglich gewordenen wirt-

Die letzten südafrikanischen Truppen verlassen Angola



schaftlichen Stärkung Angolas profitieren. Und schließlich demonstrierten afrikanisch-lateinamerikanische Truppen aus Angola, Kuba und Namibia aller Welt erneut die Verwundbarkeit der südafrikanischen Herrmenschen.

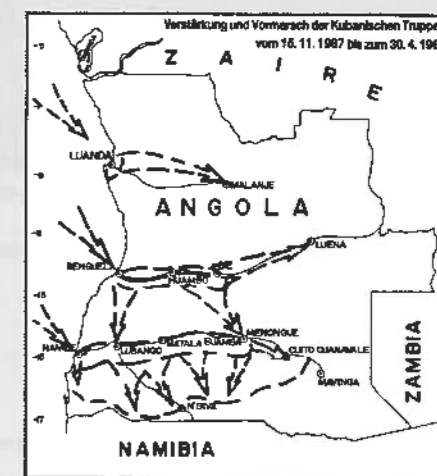
Die Niederlage des reaktionärsten Regimes der Welt auf dem südangolanischen Schlachtfeld beweist aber auch, daß der gegenwärtige Prozeß der Beilegung regionaler Konflikte nicht automatisch dem Imperialismus mehr Vorteile bringt, wie das seit der Afghanistan-Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA den Anschein hat. Die platte Verallgemeinerung, dieser Prozeß sei auf eine Kumpanei der Großmächte als Folge der Schwäche — oder gar eines Verrats — der Sowjetunion zurückzuführen, ist nach den Ereignissen in Angola nicht aufrecht zu erhalten. Sowjetische Jagd- und Transportflugzeuge, sowjetische Panzer und Waffen haben zusammen mit einer umfangreichen logistischen Unterstützung entscheidend den Ausgang der Kämpfe beeinflusst.

Folgende Chronologie der Ereignisse soll noch einmal das Ausmaß der militärischen Niederlage Pretorias vor Augen führen:

Oktober 1987: 9.000 südafrikanische Soldaten und mindestens ebenso viele Söldner der UNITA griffen die in der Stadt Cuito Cuanavale stationierten Verbände der angolischen Regierungstruppen an. Cuito Cuanavale liegt inmitten eines menschenleeren Gebietes, das so gut wie keine Infrastruktur hat und dessen Lehmwege bei Regen unpassierbar sind. Die südlichste kubanische Verteidigungslinie reichte zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Namibe an der Atlantikküste bis zur 200 km nordwestlich von Cuito Cuanavale gelegenen Stadt Menongue. Bei ihrem Angriff setzte die Armee Pretorias 150 Panzer, schwere Artillerie und Bombenflugzeuge ein.

Dezember 1987: Obwohl sich die angolischen Soldaten unter Einsatz aller Kräfte mehr als zwei Monate lang erfolgreich verteidigten, wurde die Lage immer bedrohlicher. Der Nachschub wurde zunehmend komplizierter, da sich der Belagerungsring immer enger um die Stadt schloß. Die Südafrikaner versuchten mit ihrer gesamten vorhandenen Feuerkraft, Cuito Cuanavale sturmreif zu schießen. Von Anfang Dezember bis Mitte März gingen allein 20.000 155-mm-Geschosse auf die Stellungen der Verteidiger nieder. In dieser Situation bat die Regierung Angolas Kuba um Hilfe. Sofort wurden eine Gruppe von etwa 300 Militärberatern und erfahrenen Piloten sowie Geschütz- und Panzerverbänden nach Angola geflogen. Diese Spezialisten sollten außerdem die Entsendung größerer Truppeneinheiten direkt aus Kuba vorbereiten.

Januar 1988: Zwischen Havanna und Luanda wurde eine Luftbrücke eingerichtet, über die ca. 10.000 Mann Infanterie, Geschütz- und Panzerverbände nach Angola geflogen wurden. Auch die Präsenz der kubanischen Luftwaffe wurde deutlich verstärkt. Das Eingreifen der Kubaner brachte dann die entscheidende Wende. Die kubanische Luftwaffe gewann mit ihren hochmodernen sowjetischen MIG-23 sehr



bald die Überlegenheit im Luftraum.

März 1988: Als die südafrikanischen Mirage den eigenen Bodentruppen nicht mehr zu Hilfe kommen konnten, wurde der Belagerungsring um Cuito Cuanavale von den angolisch-kubanischen Verbänden sehr bald gesprengt. Die südafrikanischen Truppen zogen sich überstürzt zurück. Etwa 300 Soldaten Pretorias verloren bei diesen Kämpfen ihr Leben. Die Angolaner meldeten ebenfalls Verluste von mehreren Hundert Mann; bei den Kubanern gab es 39 Tote und Verletzte.

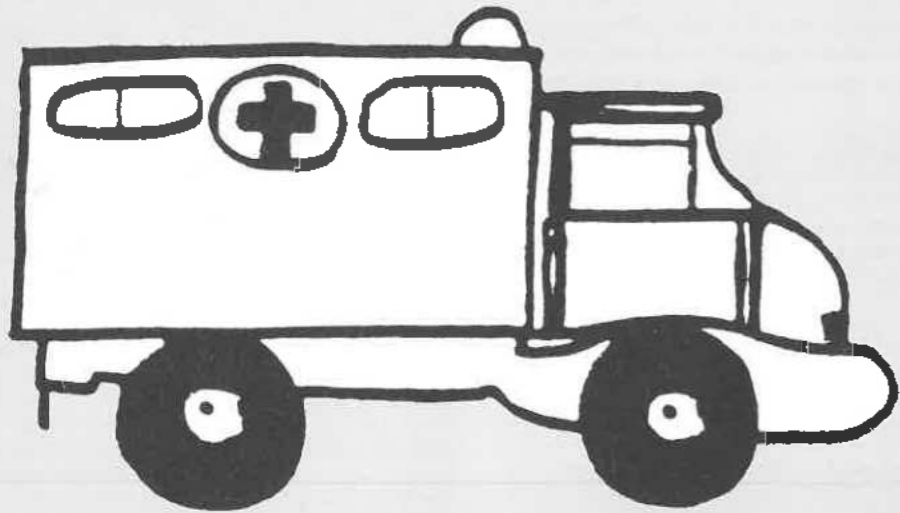
April 1988: Die angolisch-kubanischen Verbände, unterstützt von SWAPO-Einheiten, nutzten die heillosen Flucht der Südafrikaner, um weitere große Teile Südafrikas zu befreien. Die alliierten Verbände rückten auf der ganzen Breite der bisherigen kubanischen Verteidigungslinie 200-250 km nach Süden vor und erreichten die Grenze mit Namibia. Dieses weite Gebiet hatten die Truppen Südafrikas jahrelang kontrolliert.

Juni 1988: Besonders schmerzlich war für Pretoria der Verlust der Gebiete nördlich des strategisch wichtigen Cunene-Staudamms. Am 26. und 27. Juni versuchte die Armee des Rassenregimes, hier wieder einen Brückenkopf zu errichten. Von Calueque aus beschossen die Südafrikaner die angolisch-kubanischen Stellungen in Tchiva mit schwerer Artillerie und entsandten dann einen Spätrupp von sechs Panzerfahrzeugen. 17 km südlich von Tchiva wurde diese Patrouille abgefangen und zerstört; nur einem Fahrzeug gelang die Flucht. Als Antwort auf den Überfall bombardierten kubanische Piloten kurze Zeit später die südafrikanischen Truppen in Calueque. Auf der Seite Angolas und Kubas waren 10 Tote zu beklagen. Die Rassen verloren mindestens 26 Mann. Im Anschluß daran wuchs ihre Kompromißbereitschaft bei den Verhandlungen mit Angola und Kuba.

Juli 1988: Unmittelbar nach der Verlegung der angolisch-kubanischen Truppen nach Süden im April d.J. begannen kubanische Pioniere mit dem Aufbau eines neuen Luftwaffenstützpunktes bei Cahame, das nördlich von Tchiva liegt. Ende Juli waren bereits zwei 3,5 km lange Landebahnen fertiggestellt. Dieser neue Stützpunkt weit im Süden der ursprünglichen Verteidigungslinie erweiterte den Aktionsradius der alliierten Luftwaffe erheblich und schwächte die militärische Position Südafrikas — und die am Verhandlungstisch — noch zusätzlich. Pretoria verzichtete auf die Teilnahme der UNITA bei den Gesprächen. **August 1988:** Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Angola, Kuba und Südafrika sowie Abzug der restlichen Truppen Pretorias.

Peter Garcia

Vom Militär-UNIMOG zum Krankenwagen für die SWAPO



Die „Aktion Umrüstung“ macht in der Bundesrepublik Station. Für insgesamt sieben Wochen kommt in diesem Jahr ein Daimler-Benz-UNIMOG im Rahmen einer Europatour durch mehrere deutsche Städte. Gruppen des Service Civil International (SCI), der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und andere Solidaritätsgruppen haben diese UNIMOG-Tour organisiert. Sie unterstützen die Umrüstung des ehemaligen Militärfahrzeugs in einen Krankenwagen für die SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) – die namibische Befreiungsorganisation.

Bei der „Aktion Umrüstung“ werden praktische Solidaritätsarbeit und entwicklungspolitische Bildungsarbeit miteinander verbunden. Zum einen wird mit dem UNIMOG als nutzbarem Fahrzeug die humanitäre Arbeit der SWAPO unterstützt. Am Ende der Europatournee wird der Militärwagen ein ziviles Krankenfahrzeug sein, das mit medizinischen Geräten ausgerüstet in das namibische Flüchtlingslager Cuanza Sul in Angola verschifft wird. In diesem Flüchtlingslager leben 70.000 Menschen, die aus dem von Südafrika illegal besetzten Namibia geflohen sind.

Während der Tournee soll zum anderen über die Unterstützung des Apartheidregimes in Südafrika, welches Namibia seit 1948 illegal besetzt hält, durch westliche Regierungen informiert werden. Beispielsweise hat die Bundesregierung die Lieferung von etwa 6.000 UNIMOGs der Firma Daimler-Benz an Südafrika seit Anfang der 70er Jahre toleriert.

Das rassistische System in Pretoria setzt diese Fahrzeuge im alltäglichen Krieg gegen die eigene Bevölkerung in den Townships, gegen die Menschen im illegal besetzten Namibia und im Krieg gegen Angola ein. Nach internationalem Völkerrecht und nach bundesdeutschen Gesetzen ist die Lieferung von militärischen Gütern an Südafrika verboten.

Alle an der Informationstour beteiligten Gruppen setzen sich gegen Rüstungsexporte nach Südafrika ein. Sie fordern die Verwirklichung der UNO-Resolution 435 von 1978, welche freie und unabhängige Wahlen in Namibia vorsieht, und die Anerkennung der SWAPO als legitime Vertreterin des namibischen Volkes. Die Europatour führt den UNIMOG durch Spanien, Frankreich, England, Nordirland,

Belgien, die Schweiz und die Bundesrepublik; sie beginnt im April und endet voraussichtlich im Oktober. In der Bundesrepublik befindet sich der UNIMOG vom 8.-26. August und vom 28. September bis 25. Oktober 1988.

Durch phantasievolle Aktionen, wie z.B. die Aufführung von Theaterstücken und Sketchen, während der Tour soll auf die politische Situation in Namibia und auf die Lage der Flüchtlinge in Angola aufmerksam gemacht werden. Parallel zur Informationstour finden Sammlungen von medizinischen Ausrüstungsgegenständen, Werkzeugen, Kleidern und Schulmaterial statt. Solche Sammlungen werden auch von Gruppen in europäischen Ländern durchgeführt, die vom UNIMOG nicht besucht werden.

In den Workcamps werden gebrauchte Fahrräder, Kinderspielzeug, Brillen und Werkzeuge repariert und gesammelt; sie sollen in einem Container nach Cuanza Sul verschickt werden. Der SCI führt jährlich 3.000 internationale Arbeitseinsätze für Freiwillige in aller Welt durch. Das aktuelle Sommerprogramm der Workcamps sowie weitere Informationen zur Unimog-Kampagne können bestellt werden bei: Service Civil International, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-212086/87

UNIMOG-TOUR durch die BRD

21.5.-23.5.88	Bonn, Pädagogenfriedenskongress	
10.6.-12.6.88	Namibia-Seminar, Bad Honningen	
08.8.-13.8.88	Münster, Solicamp	
17.8.-18.8.88	Norden, AAB-Aktion	
20.8.-25.8.88	Hamburg, Workcamp zur Flüchtlingsproblematik	
26.8.88	Bremen, Namibia-Tag	
über die Schweiz	aus Italien zurück	
28. 9.88	Köln, AAB-Aktion	
29. 9.- 2.10.88	Mönchengladbach, Soli-Workcamp	
3.10.- 4.10.88	Krefeld, AAB-Aktion	
7.10.- 9.10.88	Bonn, SCI-Fest	
10.10.-16.10.88	Mainz, Südafrika-Woche	
17.10.-18.10.88	Darmstadt, 3. Welt-Aktion	
19.10.-20.10.88	Reutlingen, SCI-Aktion	
21.10.-23.10.88	München, AAB-Aktion	
24.10.-25.10.88	Freiburg, Südafrika-Kreis (anschl. in die Schweiz)	

hohe SWAPO-Funktionäre am Rand des Kongresses der sambischen Regierungspartei verdeutlichten, würde eine SWAPO-Regierung den geringen Spielräumen für sozialökonomische Veränderungen Rechnung tragen.¹⁵

Die zeitliche Abstimmung der Entkolonisierung Namibias und des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola, der zentrale Verhandlungspunkt, ist nach wie vor umstritten. Wunschziel der Südafrikaner ist es, daß die Kubaner Angola bis zu den Wahlen in Namibia, also innerhalb von sieben Monaten nach Einleitung der Entkolonisierung, verlassen haben. Gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ deutete der südafrikanische Verhandlungsführer, Neil van Heerden, in dieser Frage eine begrenzte Konzessionsbereitschaft an.¹⁶ Angola und Kuba schlagen hingegen vor, den Abzug der Kubaner über drei Jahre zu strecken.

Selbst wenn über diesen Punkt eine Einigung erzielt werden sollte, gibt es noch weitere Verhandlungshindernisse. Diese Betreffen auch die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435.

So hat Südafrika nach Verabschiedung dieser Resolution eine Sondereinheit der Polizei, die „Counter Insurgency Unit“ (COIN, bis 1985 Koevoet), der 80% der Morde in Nordnamibia zugeschrieben werden, und die Südwestafrikanischen Territorialstreitkräfte (SWATF), die dem südafrikanischen Oberkommando unterstehen, zu zentralen Komponenten seiner Aufstandsbekämpfung aufgebaut. Im Rahmen der Vereinbarungen von 1978 sollen die Polizeieinheiten unter UN-Aufsicht mit Sicherheitsaufgaben betraut werden, die SWATF sind nicht erwähnt.¹⁷ Hier besteht neuer Verhandlungsbedarf.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris, 31.8.1988
- 2) Süddeutsche Zeitung, München, 10.8.1988
- 3) Vgl. Financial Mail, Johannesburg, 22.7.1988
- 4) Vgl. Southscan, London, 10.8.1988
- 5) Vgl. ebd.
- 6) Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.8.1988
- 7) Vgl. Le Monde, Paris, 27.8.1988. Dies wird von Südafrika bestritten; vgl. Frankfurter Allgemeine, 7.9.1988
- 8) IHT, 22.7.1988
- 9) Le Monde, 27.8.1988
- 10) ANGOP News Bulletin, London, 3.8.1988
- 11) DRITTE WELT 8-9/1988, S. 41
- 12) Vgl. Sunday Tribune, Johannesburg, 24.7.1988
- 13) Weekly Mail, Johannesburg, 19.8.1988
- 14) Vgl. ebd., 20.5.1988
- 15) Vgl. ebd., 19.8.1988
- 16) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.9.1988
- 17) Vgl. Documentation on U.N. Pre-Implementation Meeting on Namibia, Geneva, January 7-14, 1981, Genf 1981, S. 184ff.

Simbabwe

Joachim Becker

Schläge gegen Südafrikas Subversion

Die simbabwischen Sicherheitskräfte haben einen Teil des südafrikanischen Sabotagenetzwerks im Lande ausgehoben, nachdem in Bulawayo am 11. Januar d.J. eine Autobombe explodiert war. Dies war nur einer von mehreren Anschlägen, die sich insbesondere gegen in Simbabwe lebende Mitglieder und AnhängerInnen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) richteten. Nach vierjähriger Unterbrechung hatte Südafrika 1986 eine Terror- und Sabotagekampagne gegen Simbabwe wieder aufgenommen.

Zu den Festgenommenen zählten ein früherer Offizier des simbabwischen Geheimdienstes „Central Intelligence Organisation“ (CIO), Kevin Woods, und ein früherer Angehöriger einer rhodesischen Eliteeinheit, Michael Smith. Auch in der Vergangenheit waren frühere oder aktuelle Angehörige der rhodesischen/simbabwischen Armee bzw. des CIO in südafrikanische Anschläge in Simbabwe verwickelt.

Die Anfang d.J. Festgenommenen sollen die Beteiligung an mindestens sieben Mord- und Sabotageanschlägen seit 1981 gestanden haben. Sie hätten Verbindungen nach Südafrika, erklärte Innenminister Moven Mahachi im Januar d.J. vor dem Parlament.¹

Südafrikas Destabilisierungsexperten wollten die Festnahme ihrer simbabwischen Handlanger nicht tatenlos hinnehmen – und erlitten bei einem Befreiungsversuch gleich ein weiteres Debakel. Am 28. Juni d.J. kamen Grenzbeamten in Kazangula an der Grenze nach Botswana und Sambia zwei Reisende verdächtig vor. Durch die Fragen der Grenzbeamten aufgeschreckt, sprangen sie über den Grenzzaun und schwammen durch den Zambezi nach Botswana. Während einer der beiden entkommen konnte, wurde Charles Dennis Beahan, ein britischer Staatsbürger, von der botswanischen Polizei aufgegriffen. Beahan, der sich 1976-80 in der rhodesischen Armee verdingte, soll im Dienst von Südafrikas „Directorate of Military Intelligence“ gehandelt haben.

Beahan und sein Begleiter hatten zu weiteren Mitgliedern eines Befreiungskommandos stoßen sollen. Laut Sicherheits-

minister Sydney Sekeramayi hatte das Befreiungskommando am 30. Juni den stark bewachten Gefangenentransport, der die mutmaßliche Sabotagegruppe um Woods vom Gefängnis zum Gericht bringen sollte, abfangen, die Wachen überwältigen und die Gefangenen zu einem wartenden, von Gary Kane, einem weißen Hubschrauberpiloten der simbabwischen Luftwaffe, beschafften Helikopter transportieren wollen. Damit sollten sie zu einem abgelegenen Flugstreifen gebracht und ausgeflogen werden.

Das südafrikanische Kommando bekam Wind von den Ermittlungserfolgen der Simbawer und gab das Unternehmen auf. Einzeln verließen sie das Land. Kane flog zusammen mit einer Weißen zum festgelegten Flugplatz, zerstörte den Militärhubschrauber und flog mit dem Flugzeug aus.

Die simbabwischen Sicherheitskräfte entdeckten mehrere Fahrzeuge mit Waffen, Munition, Kommunikationsausrüstung, die bei der Gefangenentherapie eingesetzt werden sollen. Sie nahmen ein weißes simbabwisches Ehepaar unter dem Vorwurf der Verwicklung in das Unternehmen fest.²

Die anstehenden Prozesse lassen für das südafrikanische Regime peinliche Enthüllungen erwarten.

Der Apartheidstaat hat auch den Konflikt zwischen Afrikanischer Nationalunion Simbawes/Patriotische Front (ZANU/PF) und Afrikanischer Volks-

union Simbawes (ZAPU) und die Entstehung bewaffneter Gruppen, „Dissidenten“ genannt, für eigene militärische Destabilisierungsaktivitäten zu nutzen gesucht. Nachdem 1982 im Gefolge von Waffenfunden auf Farmen der ZAPU ihr Präsident Joshua Nkomo aus dem Kabinett entlassen, mehrere ihrer Funktionäre, darunter frühere Spitzenkader der Revolutionären Volksarmee Simbawes (ZIPRA), der ZAPU-Armee während des Befreiungskampfes, inhaftiert und ZAPU-Eigentum beschlagnahmt worden war, nahmen die Aktivitäten der „Dissidenten“ in der ZAPU-Hochburg Matabeleland dramatische Ausmaße an.

Bei diesen bewaffneten Gruppen ließen sich drei Kategorien unterscheiden. Einerseits gab es Ex-ZIPRA-Kader, die aus Opposition zur Regierung in den Busch zurückkehrten. Außerdem gab es bewaffnete Banditen ohne politische Motivation. Und dann gab es noch die sog. „Super-ZAPU“, eine Schöpfung Südafrikas.

Diese nur sehr kleine Gruppe, die aus hochtrainierten Kämpfern, möglichst Ex-ZIPRA-Kadern, bestehen sollte, wollten die Apartheidstrategen der „Dissidenten“-Bewegung überstülpen. Anscheinend mochte ein ganzer Teil der Ex-ZIPRA-Kombattanten, die nun gegen die Regierung der ZANU/PF zu den Waffen griffen, nichts von südafrikanischer Unterstützung wissen und konnte somit nicht in die „Super-ZAPU“, die von Südafrika ausgebildet, ausgerüstet

Die Vereinigung der Parteien Mugabes (2. v. l.) und Nkomos (r.) erschwert Südafrikas Destabilisierungsversuche



und eingesetzt wurde, integriert werden.³

Die Regierung entsandte zur „Dissidenten“-Bekämpfung bedeutsame Armee-kontingente ins Matabeleland und verhängte zeitweise Ausgangssperren. Die harschen Methoden der „Dissidenten“-Bekämpfung und die Repressalien gegen die ZAPU, welche die Bevölkerung im Matabeleland als „ihre“ Partei ansah, entfremdeten einen ganzen Teil der lokalen Bevölkerung von der Regierung. Ein wesentliches Ziel bei der Vereinigung von ZANU/PF und ZAPU war es für verantwortliche Regierungspolitiker, den „Dissidenten“, die, wie selbst Spitzenpolitiker der ZANU/PF zugaben, bei Teilen der Bevölkerung Matabelelands eine gewisse Sympathie besaßen, politisch den Boden zu entziehen.

Nachdem ZANU/PF und ZAPU am 22. Dezember 1987 ihre Vereinigung besiegelt hatten und führende Vertreter der ZAPU ins Kabinett aufgenommen worden waren (DRITTE WELT 3/1988, S. 31f.), ließen die Aktivitäten der „Dissidenten“ im Matabeleland merklich nach. Am 19. April d.J. machte Präsident Robert Mugabe den „Dissidenten“ und politischen Flüchtlingen ein bis zum 31. Mai befristetes Amnestieangebot.⁴

Bis zum Ablauf der Frist nahmen 113 der autonom operierenden „Dissidenten“ das Amnestieangebot an. Ein weiterer „Dissident“ folgte später ihrem Beispiel, so daß nur eine Handvoll „Dissidenten“ im Busch blieb.

Editor Nkomo, ein Kommandant der anscheinend teils gut organisierten „Dissidenten“, erklärte dem „Herald“ zu den Gründen seiner „Dissidenten“-Tätigkeit, er sei wegen Konflikten zwischen früheren Kämpfern der ZANLA, der ZANU-Armee im Befreiungskampf und der ZIPRA aus der simbabwischen Armee desertiert und wegen des brutalen Einsatzes der 5. Brigade der simbabwischen Armee 1983 in den Busch gegangen. Phineas Ncube, ein anderer Ex-„Dissident“, sagte, er habe sich 1982 wegen des Tribalismus und „des kapitalistischen Systems, für dessen Ersetzung wir kämpften, aber das nach der Unabhängigkeit nicht ersetzt worden war“, den „Dissidenten“ angeschlossen. Seine Gruppe sei auf das Amnestieangebot eingegangen, weil, „als wir für die Befreiung kämpften, wir dafür kämpften, daß die Simbabwe vereint würden. Nun hat Mugabe gesagt, die Leute sind vereint und wir entschieden, dem Aufruf zu folgen“.⁵

Die Ex-„Dissidenten“ präsentierten Regierungsvertretern politische Forderungen, als sie sich ergaben. Diese reichten von Pensionszahlungen für alle Kriegsverwundeten, Umsiedlung der Kriegsvertriebenen im Matabeleland und

Aufklärung des Loses der Verschwundenen bis hin zum Abzug der simbabwischen Truppen aus Mosambik und einer totalen Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika. Sie forderten auch die Rückgabe des konfiszierten ZAPU-Eigentums, so daß sie selbst dort lebensfähige Genossenschaften aufbauen könnten.⁶

Die Reintegration der Ex-„Dissidenten“ in die Gesellschaft dürfte sich als schwieriges Problem erweisen. Denn zahlreiche andere frühere Freiheitskämpfer sind arbeitslos und in einer schlechten sozialen Lage, so daß eine Vorzugsbehandlung der Ex-„Dissidenten“ erheblichen politischen Sprengstoff in sich bergen würde. Die Amnestiepolitik war für die simbabwische Regierung ein voller Erfolg. Die Wunden der Vergangenheit werden im Matabeleland jedoch noch Zeit brauchen, um zu verheilen. Die besonders schwierige wirtschaftliche und soziale Lage von großen Teilen der Bevölkerung im Matabeleland und die dort extrem fühlbare ungleiche Verteilung von Land

bergen noch großen sozialen Konfliktstoff in sich.

Durch die Befriedung des Gebietes ist die Lösung dieser Probleme jetzt aber einfacher. Für Südafrikas Destabilisierungsstrategen, die in Ostsimbabwe einen zweiten Unruheherd zu schaffen versuchen, bedeutet Simbawes Versöhnungs- und Amnestiepolitik einen Rückschlag.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Herald (H), Harare, 22.1.1988 und Times, London, 6.2.1988
- 2) Vgl. H. 5. und 22.7.1988; Southscan, London, 6.7.1988
- 3) Vgl. J. Hanlon, Beggar Your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa, London/Bloomington 1986, S. 180ff.; D. Martin/P. Johnson, Zimbabwe: Apartheid's Dilemma, in: P. Johnson/D. Martin (Hg.), Destructive Engagement. Southern Africa at War, Harare 1986, S. 42-72, hier S. 50ff. und H. 6.5.1988
- 4) Vgl. H. 20.4.1988
- 5) H. 31.5.1988; siehe auch: H. 6.5.; 1. und 10.6.1988; Parade, Harare, Juli 1988
- 6) Vgl. Chronicle, Bulawayo, 16.6.1988 und Parade, Juli 1988

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 14-15/1988

Analysen: Die Gewinne der Multis in Argentinien • die große Depression 1988 • Entwicklungshilfe für den Bundeshaushalt • Giftmüllexport: das Kontrollsystem krank • Infos: Konflikte bei ips-Bonn • Institut für Gerechtigkeit und Entwicklung in Seoul • Schulboykott in Namibia • Unrecht an Indianern Brasiliens • Dokumentation: Die neuen „Entwickler“ sind bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten • Einzelpreis 3,30 DM (Doppelheft 5,50 DM); Abo 66 DM • Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

ila, Nr. 118/September 1988

Schwerpunkt: „DDR und Lateinamerika“ • Gratwanderung zwischen Diplomatie und Solidarität • Die offizielle Entwicklungspolitik • Schwierigkeiten der unabhängigen „Soliszen“ • Berichterstattung in den DDR-Medien • Kulturpolitische Themen • Interview mit der DDR-Autorin Christiane Barckhausen • Ansonsten: Beilage zu Guatemala • Scheitern des christdemokratischen Modells von Duarte in El Salvador • Mexiko nach den Wahlen • Symposium zur psychosozialen Situation von Lateinamerikanern • IWF-Kampagne • Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM • Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 139-140/Juli-August 1988

Schwerpunkt: Gegen die Macht des Geldes – Nachbereitung des BUKO • Redebeiträge von Ernest Mandel und Herbert Schui, von einer sudanesischen Gewerkschafterin, von P. Castillo aus Kolumbien und Hugo Blanco aus Peru • Berichte und Reden vom Aktionstag • Protokolle von Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen • Vorstellung der neuen KA-Gruppen • Resolutionen • Außerdem: IWF/Weltbank-Kampagne aktuell • Korea Olympia Kampagne – Auf in den Endspurt • Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM • Bezug: FORUM, Lingenstr. 9, 4400 Münster

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4/Juni-Juli 1988

Schwerpunkt: Verschuldung • Die anhaltende Wirtschaftskrise hat viele Staaten im Südlichen Afrika gezwungen, mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Bund einzugehen. Die Auflagen, die der IWF an seine Geldvergabe knüpft, sind jedoch so massiv, daß dadurch viele Staaten an politischer Eigenständigkeit verlieren. Die Krise läßt den meisten Ländern vielfach allerdings keine andere Option, als diesem Druck Folge zu leisten. • Außerdem: Pretorias neue Arbeitsgesetzgebung • Freiheit für Nelson Mandela • ANC-Richtlinien für ein Südafrika nach Apartheid • Schülerstreik in Namibia • SADC-Brief, Nr. 4/1988, Verschuldung, Finanzierung, Abhängigkeit • Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM • Bezug: issa, Bücherei, 14, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 3/4. August 1988

Thema: Mit brennendem Durst – Südkorea • Grundlegende Informationen finden sich in folgenden Themen: Die wirtschaftlichen Erfolge des Schwellenlandes kritisch betrachtet • Die miserable Situation der Textilarbeitenden und ihre Gewerkschaftsarbeit • Das militärische Dreieck USA, Japan, Korea • Der neue Präsident Roh und die Demokratie • Speziell für deutsche Leser wichtige Themen bilden den zweiten Schwerpunkt: Korea als geteiltes Land und die ganz andere Wiedervereinigungsdiskussion • Das Verhalten der Bundesregierung zu politischen Gefangenen in Südkorea • Koreanische Studenten in der BRD • Außerdem: Der Einfluß des deutschen Rechts auf koreanisches • Zur Mjungu Theologie • Die Moon-Bewegung • Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM • Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Blätter des iz3w, Nr. 151/August 1988

Philippinen: Entwicklungshilfe zur Guerillabekämpfung • Kolumbien: Die Voraussetzungen für einen Generalstreik sind vorhanden • Verschuldung Mittelamerikas und Kolumbiens • Medien zum Schuldenskandal • IWF/Weltbank-Kampagne: Stellungnahmen und Kritik • Bericht vom 12. BUKO • Kommentar zur Europa-ratskampagne • Militarisierung Indiens • Neues und Altes von Schering und Bayer • Giftmüllexport in die Türkei • Südafrikanisches Theater • Rezensionen und Tagungsberichte über das ISSA-Forum und das Hearing der GRÜNEN zum „Low Intensity Conflict“ • Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM • Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Abrüstungspolitik

Mark Waller

Zähe Verhandlungen über ein C-Waffen-Verbot

Der Tod Tausender durch den Giftgaseinsatz des Irak hat nicht nur die verheerenden Wirkungen von chemischen Waffen deutlich gemacht, sondern auch die Notwendigkeit ihrer weltweiten Abschaffung unterstrichen. Seit acht Jahren besteht im Rahmen der UN-Abrüstungskonferenz eine Arbeitsgruppe, die über eine Konvention zum C-Waffen-Verbot verhandelt. Trotz bilateraler Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion kommt die Arbeit an der Konvention, an der die 40 Staaten der UN-Abrüstungskonferenz arbeiten, nur sehr langsam voran. Ein Grund hierfür ist u.a. die Tatsache, daß immer mehr Staaten C-Waffen produzieren, dies aber teilweise leugnen oder ein Verbot ablehnen. Umstritten bleibt auch ein Verbot von bestimmten Tränengasen, die etwa beim Einsatz in den von Israel besetzten Gebieten zahlreiche Menschenleben forderten (siehe Beitrag in diesem Heft).

Über die Probleme, ein weltweites Verbot von C-Waffen durchzusetzen, sprach Mark Waller, Redakteur des „Peace Courier“ (Organ des Weltfriedensrats), mit Gordon Burck, C-Waffen-Spezialist der in Washington ansässigen Föderation Amerikanischer Wissenschaftler.

Gordon Burck lenkt die Aufmerksamkeit auf die Masse der Details, die einen raschen Fortschritt hin zu einer Übereinkunft über eine C-Waffen-Konvention behindern.

„Eines davon ist die Vervollständigung der Liste der verbotenen und kontrollierten Chemikalien. Dann geht es um die Erstellung von Prozeduren für die Ergänzung solcher Listen. Denn, weil die Umstände und die Technologien sich mit der Zeit verändern, werden sich auch verschiedene Teile des Kontrollmechanismus des Vertrages ändern.“

Der Plan für die internationale Behörde, die das Abkommen zu überwachen hat, muß ebenso ausgearbeitet werden wie die Mechanismen, nach denen sie funktioniert, nach denen Entscheidungen getroffen werden und Mitglieder der Behörde ausgewählt werden.

Es wird ein langer Zeitraum benötigt, um sicherzustellen, daß eine große Anzahl von Staaten Teilnehmer der Konvention werden, einschließlich solcher, die sich in Konfliktsituationen befinden, wie Ägypten, Syrien, Iran, Irak und Libyen – der Mittlere Osten ist besonders betroffen. Aber es gibt auch andere, wenn man die vielen Gerüchte über Staaten mit der Fähigkeit zur Herstellung von chemischen Waffen in Betracht zieht.“

Merkwürdigerweise betreffen die Schwierigkeiten in der Arbeitsgruppe über C-Waffen nicht so sehr die zwei größten Besitzer chemischer Waffen – die USA und die Sowjetunion.

„Es ist wahr, daß die Verhandlungen sich

denen anderer Staaten. Sie betreffen die Frage, welche Dinge Gegenstand von Inspektionen sein sollen.“

Ein bilaterales amerikanisch-sowjetisches Abkommen könnte Gegenstand eines Gipfeltreffens sein. Wenn man weiter geht und z.B. die NATO einschließt, dann hat man wieder eine Sperre, weil Frankreich die C-Waffen-Fähigkeit behalten will.

Die USA und die Sowjets haben bilaterale Diskussionen über ein Verbot von chemischen Waffen geführt. Die Sowjets haben den Kern einer Übereinkunft vorgelegt, einschließlich detaillierter Deklarationen, die der Vertrag benötigt. Und falls die USA und die Sowjetunion auf bilateraler Basis eine Übereinkunft schließen würden, ohne erst die Konvention zu unterzeichnen, würde das den allgemeinen vertrauensbildenden Prozeß für die Konvention sehr fördern.

Die beiden Seiten könnten ebenso Fortschritte bei der Verifikation machen, wenn man gegenseitig drei deklarierte Standorte von Lagern und Produktionsstätten von chemischen Waffen nehmen würde und begänne, sie zu kontrollieren.“

Die USA begannen kürzlich mit den Vorbereitungen für die Produktion zweier neuer Arten von chemischen Waffen: 10.000 binäre Artilleriegranaten, so genannt, weil sie zwei nicht tödliche Stoffe kombinieren, und 500 Bigeye-Flugzeugbomben. Dies kann schwerlich einen positiven Effekt auf die Verhand-

Kurdische Opfer des irakischen Giftgas-Einsatzes vom März 1988 in Halabja: zwei von 5000 Toten, darunter viele Kinder



FORUM

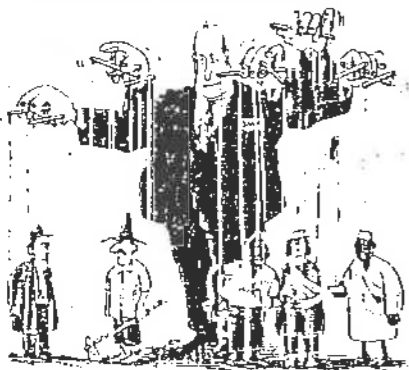
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen

Wissen was läuft - Aktionsorientierte Information!

Diese Zeitschrift wird vom BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) herausgegeben und erscheint monatlich mit wechselnden Schwerpunktthemen. Sie ist das Diskussionsforum aller BUKO-Mitgliedsgruppen und berichtet über Aktionen im entwicklungspolitischen Bereich.

WIR BIETEN:

- wechselnde Schwerpunktthemen
- Analysen/Hintergrundinformationen
- Informationen über den BUKO
- Infos aus der Soli-Bewegung
- Serviceteil (Termine/Medien)



Unsere letzten Themen:

- Nr. 120: Grün-Nahe Stiftung
- Nr. 121: Korea-Olympia-Kampagne
- Nr. 122: Projekte und Projektionen
- Nr. 123: 10 Jahre FORUM
- 124/125: Multinationale Konzerne
- Nr. 126: Medien, Kultur und "Dritte Welt"
- 127/128: BUKO-12-Vorbereitung

Die nächsten Themen:

- 129/130: BUKO-12-Nachbereitung
- Korea-Olympia-Kampagne
- Nr. 131: IWF-Weltbank-Kongress
- Nr. 132: Auswertung der IWF-Weltbank-Kampagne

UNSER ANGEBOT:

- Jahresabonnement des FORUM (DM 36,- incl. Porto)
- Probeabo (die nächsten 4 Hefte) (DM 10,- incl. Porto)
- Einzelheftbestellungen (DM 3,50 incl. Porto)

Bezugsadresse: Redaktion FORUM
Lingener Straße 9
4400 Münster

lungen haben.

„Jeder, der sichtbar mehr chemische Waffen herstellt, impliziert offensichtlich, daß sie für etwas sinnvoll sind und heizt die Weiterverbreitung an.“ Unter anderen Gesichtspunkten schränkt Gordon Burck die Bedeutung des amerikanischen Programms für chemische Waffen ein.

„Es ist seit Jahren bekannt, daß keine neuen chemischen Stoffe eingesetzt werden und die benutzte Munition keine größeren Fähigkeiten als die existierende besitzt. Die USA ersetzen lediglich alte Dinge durch neue, die jedoch in ihrer Art fast identisch sind. Die binäre Qualität berührt die Lagerung und nicht den Einsatz. Niemand in Europa hat zugestimmt, die neuen Waffen zu nehmen, und so werden sie den mitteleuropäischen Beständen nicht hinzugefügt. Die Bigeye-Bombe repräsentiert jedoch einen großen Fortschritt in der C-Waffen-Fähigkeit der USA. Der Präsident hat ihrer Produktion zugestimmt, aber es sind noch einige Jahre hin.“

Gordon Burck argumentiert, daß die Entscheidung im Widerspruch steht zur Beteiligung der USA an Verhandlungen, um die chemischen Waffen abzuschaffen. Aber er sagt, daß die Sowjetunion ebenfalls ihre Fähigkeit ausgebaut habe, während sie an den gleichen Verhandlungen beteiligt war. Und das über einen langen Zeitraum, während dem die USA keine neuen chemischen Waffen produzierten.

„(...) Aber ich wäre froh wenn Reagan die Produktion von Bigeye verschieben würde. Ich denke nicht, daß wir sie brauchen.“

Aber wofür sind chemische Waffen da, und wie fügen sie sich in die militärischen Strategien der USA und der Sowjetunion ein angesichts der Tatsache, daß sie schon nukleare und konventionelle Arsenalen haben? Für Gordon Burck ist die erklärte Politik der USA die eines Nicht-Ersteinsatzes.

„Bei nuklearen Waffen haben die USA eine Politik des Ersteinsatzes, aber bei chemischen Waffen ist die Idee, daß, wenn irgendjemand sie einsetzt, wir ihnen das Leben so schwer wie möglich machen.“

Was die Sowjets angeht, wissen wir viel weniger. Sie nennen sie Massenvernichtungswaffen, und wenn sie über die Möglichkeiten der Konflikteskalierung bis zum Niveau der Massenvernichtung reden, fassen sie möglicherweise den Einsatz von chemischen Waffen ebenso ins Auge wie den von Kernwaffen. Aber es scheint, daß die Sowjets viele ihrer chemischen Stoffe in großen Mengen lagern und längst nicht so viel abgefüllte Munition haben wie die USA.“

Die vage Rolle der C-Waffen-Strategie spiegelt vielleicht das Unbehagen der

Militärs mit etwas wider, das sie nicht vollständig verstehen.

„Die Militärs haben chemische Waffen nie sehr gemocht — sie ziehen es vor, die Leute zu durchlöchern anstatt sie zu besprühen! Chemische Waffen machen den Krieg viel unberechenbarer.“

Nervengas wurde niemals im Krieg eingesetzt und niemand weiß wirklich, was geschehen würde. Sie extrapolieren aus den Erfahrungen des 1. Weltkrieges, aber damals wurden viel weniger Chemikalien eingesetzt. Irak hat chemische Waffen benutzt; aber das brachte sie nicht viel weiter — iranische 15jährige können nicht mit fortgeschrittenen Divisionen in Europa verglichen werden. So können sie auch diese Erfahrungen nicht extrapolieren.“

Gordon Burck weist Beschuldigungen zurück, daß chemische Waffen in Afghanistan oder Kamputschea eingesetzt wurden. Er weist aber darauf hin, daß der Gebrauch von Tränengas zur „Unruhekontrolle“ durch die 40-Nationen-Konvention berührt werden könnte, da sie eine Art von chemischen Waffen sind. Man muß nur auf die von Israel okkupierten palästinensischen Gebiete blicken, wo Israel eine neue, wirkungsvollere Substanz als Tränengas einsetzt. „Für die Konvention steht die Frage, wie mit der militärischen Verwendung von Substanzen zur Kontrolle von Unruhen umgegangen werden soll. Und das wird vielleicht in einem Protokoll zur Konvention angegangen, wenn nicht im Abkommen selbst. Die USA wollen dies nicht erwähnen, aber einige andere Länder schon.“

Verglichen mit dem Tempo der Entwicklung chemischer Waffen in den vergangenen Jahren, war das Tempo der Verhandlungen für die Konvention schrecklich langsam. Amerikanisch-sowjetische bilaterale Übereinkünfte könnten, falls intensiviert, dem Prozeß durch Vertrauensbildung einen wertvollen Anstoß geben.

Gordon Burck glaubt, daß Fortschritte auf anderen Gebieten der Abrüstung, bei INF (Mittelstreckenraketen; d. Red.) und strategischen Nuklearwaffen, helfen, die Anstrengungen für ein Verbot chemischer Waffen zum Abschluß zu bringen, vor allem durch die Maßstäbe zur Verifikation, die durch die USA und die Sowjetunion gesetzt werden. Trotzdem, die Botschaft für die Friedensbewegung ist: Erwartet jetzt nichts.

„Für den Vertrag als Ganzes haben sich die Dinge in den letzten Jahren schneller bewegt. Aber wegen der schieren Menge an Arbeit, die getan werden muß, wäre es unrealistisch zu erwarten, daß ein Vertrag früher als in zwei Jahren fertig sein könnte.“

(Quelle: Peace Courier, Helsinki, Nr. 2/1988)

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 12. November 1988 in Eschborn

Stopp aller Rüstungsexporte

● **Irak/Iran:** Weit über 1 Million Tote nach 8 Jahren Golfkrieg; 5.000 grausam sterbende Zivilisten in einer kurdischen Stadt nach einem Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe; unzählige tote iranische Kindersoldaten in den Sümpfen von Basra; 290 tote Passagiere nach dem Abschluß eines iranischen Linienflugzeuges durch ein US-amerikanisches Kriegsschiff...

Auch wenn es einen dauerhaften Waffenstillstand zwischen Irak und Iran geben sollte, wird der Völkermord gegen die Kurden im Irak, die brutale Unterdrückung der nationalen Minderheiten und der jeweiligen Opposition durch beide Regime verstärkt weitergehen.

● **Türkei:** Tausende von Toten, Folter, Vertreibung und Unterdrückung in Kurdistan; das sind die Folgen einer Politik mit der das türkische Regime versucht, die Identität der kurdischen Bevölkerung zu zerstören und ihren Autonomieansprüchen zu begegnen.

● **Südafrika:** Militärische Überfälle auf die Nachbarstaaten mit ungezählten Toten; illegale Besetzung Namibias; brutale Unterdrückung und völlige politische Rechtlosigkeit der schwarzen Bevölkerung... Mit diesen Mitteln versucht das Apartheid-Regime seine Herrschaft in Südafrika zu verlängern.

● **Chile:** Brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten; ständige nächtliche Razzien in den Armenvierteln Santiagos; Mord, Folter und Verschleppung von Oppositionellen... Dies sind die Methoden, mit denen General Pinochets Militärregime dem chilenischen Volk die Hoffnung auf Demokratie austreiben will.

● **Indonesien:** Völkermord im besetzten Osttimor; Massenmorde, Folter und willkürliche Verhaftungen zur Unterdrückung jeglicher Opposition... Mit Hilfe einer systematischen Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche hält sich eine autoritäre Militärdiktatur schon über 2 Jahrzehnte an der Macht.

Was hat dies alles mit der Bundesrepublik zu tun, wenn überall auf der Welt Kriege geführt, systematisch Völkermord betrieben, Oppositionelle ermordet, verhaftet und gefoltert werden...?

Die BRD ist als einer der 5 größten Exporteure von Rüstungsgütern in ca 2/3 aller Staaten der Erde an fast allen dieser Verbrechen beteiligt.

● **Iran/Irak:** Panzertransporter, Militär-Lkws und -Unimogs, Militär-Hubschrauber und Raketen, Teile, Werkzeugmaschinen und ganze Rüstungsfabriken zur Produktion von Giftgas, Munition, Sprengstoffen und G-3 Gewehren... wurden aus der BRD an beide Kriegsgegner geliefert. Die Bundesregierung hat nicht wie sie behauptet, alles getan, um den Golfkrieg zu beenden. Sie hat dazu beigetragen, daß der Massenmord am Golf 8 Jahre lang geführt werden konnte und, daß sich die beiden Terrorregime bis heute an der Macht halten können.

● **Türkei:** Mit regelmäßiger Militärhilfe, Panzern, Raketen, Kriegsschiffen, Militärfahrzeugen, Maschinengewehren und ganzen Rüstungsfabriken beliefert die BRD das Regime des NATO-Mitglieds Türkei. Der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wird zusätzlich noch unterstützt, in dem die GSG 9 militärische Sonderkommandos für den Einsatz in Kurdistan ausbildet.

● **Südafrika:** Dem Apartheid-Regime wurden nicht nur trotz des UN-Rüstungsembargos Konstruktionsunterlagen und ein Modell zur U-Boot-Produktion sowie atomare Technologie geliefert. Speziell für den Einsatz gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit werden die

Militär-Lkws, -Unimogs und -Hubschrauber 'made in Germany' benutzt.

● **Chile:** Die Militärdiktatur des General Pinochet erhielt nicht nur U-Boote, Torpedo-Schnellboote, Teile für Panzer... Chiles Polizei und die paramilitärischen Carabineros führen den Kampf gegen das chilenische Volk mit Militär-Lkws, -Unimogs, -Hubschraubern sowie Maschinengewehren aus bundesdeutscher Produktion.

● **Indonesien:** Die BRD ist mit den USA und Frankreich der größte Rüstungslieferant der indonesischen Militärdiktatur. Neben Kriegsgütern aller Art, besonders Kriegsschiffen und Militär-Hubschraubern, sind bundesdeutsche Unternehmen die entscheidenden 'Partner' beim Aufbau der indonesischen Rüstungsindustrie.

Diese Liste von Rüstungsexporten ist beinahe beliebig verlängerbar. Fast überall, wo Krieg, Bürgerkrieg und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung herrschen, sind bundesdeutsche Kriegswaffen und Rüstungsgüter mit dabei. Die Bundesregierung ist für diese Geschäfte mit dem Tod verantwortlich. Fast alle Rüstungslieferungen werden mit Wissen und Genehmigung der Bundesregierung exportiert.

Dabei wird deutlich, daß der Bundesregierung die Profite der Rüstungsindustrie und die Auslastung der Rüstungsproduktionskapazitäten bedeutend wichtiger sind als die Beendigung von Kriegen und Völkermord, die Förderung demokratischer Entwicklungen und die Einhaltung von Menschenrechten.

Mit Rüstungsexporten werden darüber hinaus brutale Militärdiktaturen und kleine Herrschaftseliten an der Macht gehalten und Kriege verlängert, wenn es den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen dient. Speziell die Aufrechterhaltung eines extrem ungerechten Weltwirtschaftssystems und die Erhaltung oder Schaffung von 'guten Investitionsbedingungen' liegen der Bundesregierung 'am Herzen'. Daß dies für die große Mehrheit der Bevölkerung in der '3. Welt' Hunger, Krieg und Unterdrückung bedeutet, muß dabei wohl in Kauf genommen werden.

Die Beteiligung der Bundesrepublik an dieser mörderischen Politik muß beendet werden. Deshalb werden wir am 12.11.88 demonstrieren. Mit einer möglichst großen und eindrucksvollen Demonstration wollen wir die Öffentlichkeit aufrütteln und den Widerstand gegen diese zynische Politik der Bundesregierung verstärken.

Wir haben das Bundesamt für Wirtschaft (BAW) in Eschborn als Demonstrationsort gewählt, weil diese Behörde bei allen Rüstungsexporten eine zentrale Rolle spielt. Das BAW kontrolliert im Auftrag der Bundesregierung u.a. bei allen Exporten die Einhaltung des Kriegswaffenkontroll- und des Außenwirtschaftsgesetzes. Das Muster, nach dem das BAW Rüstungsexporte als zivile Lieferungen deklariert und genehmigt, ist immer ähnlich. Sobald Rüstungsgüter oder Produktionsanla-

gen zur Rüstungsfertigung nicht nur militärisch, sondern prinzipiell auch zivil nutzbar sind, werden sie als Zivilgüter bezeichnet und ihr Export genehmigt. Nach dem Motto, ein Panzertransporter kann im Irak auch zum Transport schwerer Baumaschinen genutzt werden oder Maschinen zur Produktion von Geschößhülsen können im Iran auch zur Herstellung von Lippenstiftbullen verwendet werden, rüstet die bundesdeutsche Industrie Militärdiktaturen und Terrorregime in aller Welt ganz 'legal' mit Rüstungsgütern aus.

Nur 1 km vom BAW entfernt liegt unser zweiter Demonstrationsort, die Hessische Gemeinschaftsunterkunft Schwalbach, Sammellager für alle Asylsuchenden, die in Hessen ankommen. Dort treffen täglich Menschen aus aller Welt ein, die vor Kriegen, Bürgerkriegen und politischer Verfolgung fliehen konnten. Die Bundesregierung versucht, durch alle möglichen Abschreckungsmaßnahmen sich diese Opfer von Kriegen und Unterdrückung, zu denen sie selbst beiträgt, vom 'Hals zu halten'. Ein besonders zynisches Beispiel für diese Politik ist die Behandlung von Kriegsdienstverweigerern aus dem Irak und dem Iran. Obwohl in beiden Staaten auf Kriegsdienstverweigerung die Todesstrafe steht, besteht die Bundesregierung auf einem Visumszwang für Iraker und Iraner, als könnte z.B. ein Kriegsdienstverweigerer legal Ausreisepapiere beantragen. Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sofort alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in alle Staaten außerhalb der NATO und in die Türkei zu beenden;
- das Bundesamt für Wirtschaft anzuweisen, jeglichen militärisch nutzbaren Exporten und Dienstleistungen in Staaten, die in Kriege und innerstaatliche militärische Auseinandersetzungen verwickelt sind oder die Menschenrechte verletzen, die Genehmigung zu versagen;
- alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Herstellung ziviler, sozial-nützlicher Güter zu initiieren;
- allen Flüchtlingen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten uneingeschränktes Asyl zu gewähren.

Wir rufen auf:

- zur Teilnahme an der zentralen Demonstration am 12.11.88 in Eschborn und Schwalbach (Nähe Frankfurt) gegen die bundesdeutschen Rüstungsexporte und für die Aufnahme aller Flüchtlinge aus Kriegsgebieten;
- zur Beteiligung am bundesweiten Gebetstag für die Opfer des Golfkrieges am 6.11.88;
- in der diesjährigen Friedensdekade vom 6.-16.11.88 in allen Städten, Orten und Kirchengemeinden mit der Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen zu beginnen, die über Kriege und Bürgerkriege in der 'Dritten Welt', die bundesdeutschen Rüstungsexporte, den Zusammenhang von Rüstung, Verschuldung und Massenelend, die Aushöhlung des Asylrechts, ... informieren.

Die Demonstration in Eschborn und Schwalbach ist Teil der Schwerpunktaktionen der bundesdeutschen Friedensbewegung im Herbst '88, mit denen die Friedensbewegung auf einer breiten inhaltlichen Basis eine neue Friedenskampagne startet:

- 23.-25.9.88 Aktionen gegen IWF- und Weltbanktagung in West-Berlin;
- 1.10.88 Aktion in Böblingen gegen die verstärkte militärische Zusammenarbeit BRD/Frankreich;
- 15.10.88 Demonstration in Linz gegen die Modernisierung der NATO-Kriegsführungsstrategien und der entsprechenden Waffensysteme;
- 12.11.88 Demonstration in Eschborn und Schwalbach gegen Rüstungsexporte und für die Aufnahme aller Flüchtlinge aus Kriegsgebieten;
- 17. oder 18.11.88 Aktionen in Hamburg aus Anlaß der NATO-Parlamentariertagung.

Mit drei Beiträgen setzen wir die Diskussion über die Lösung von Regionalkonflikten fort. In einem Interview der Journalistin der US-Fernsehgeseilschaft NBC, Maria Schriver, erläutert Ministerpräsident Fidel Castro den kubanischen Standpunkt. Heinz Dieterich, Professor an der Autonomen Universität in Mexiko-Stadt, untersucht die Möglichkeiten einer Beendigung der Aggression gegen Nicaragua unter Berücksichtigung der Interessen der unterschiedlichen Fraktionen der internationalen Bourgeoisie. Und Martin Böttger, Mitglied im Bundeshauptauschuß der Jungdemokraten und Mitarbeiter des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, gibt Diskusserfahrungen zum Thema wider.

Wir werden die Diskussion im nächsten Heft fortführen und bitten um weitere Stellungnahmen. Außerdem werden wir einen Artikel aus der UdSSR veröffentlichen, der die sowjetische Position in Sachen Regionalkonflikte grundsätzlich erläutert.

Interview mit Fidel Castro

Die Lösung der Regionalkonflikte hängt maßgeblich von den USA ab

FRAGE: Unterstützen Sie den Arias-Friedensplan (benannt nach dem Präsidenten Costa Rica; d. Red.)?

F. CASTRO: Wir unterstützen den Friedensplan und die Idee einer politischen Lösung bereits bevor es den Arias-Plan gab. Denn vor dem Arias-Plan gab es den Contadora-Plan. (...)

Wir haben immer diese politische Lösung unterstützt. Da der Arias-Plan in diese Richtung geht und wir die Arbeit, die er auf diesem Weg geleistet hat, in Ordnung finden, unterstützen wir diesen Plan. (...)

FRAGE: Welches ist der wichtigste Einfluß, den er hatte?

F. CASTRO: Er brachte die mittelamerikanischen Regierungen an den Verhandlungstisch. Und ich glaube, daß er das Unabhängigkeitsstreben der mittelamerikanischen Regierungen mehr oder weniger gefördert hat. (...)

Ich glaube, daß das Nobelkomitee die Bedeutung dieser Aufgabe verstanden hat und diese Bewegung unterstützen wollte, indem es Arias den Friedensnobelpreis verlieh. Auch wenn der Frieden nicht erreicht wurde, waren die Bemühungen positiv.

Ich glaube, daß das Land, das einen sehr großen Beitrag zu den Friedensbemühungen geleistet hat, Nicaragua ist. Davon bin ich Zeuge. (...)

FRAGE: Was können die USA tun, um zu garantieren, daß der Arias-Friedensplan funktioniert?

F. CASTRO: Nun ja, man müßte die US-Regierung davon überzeugen, daß der Weg des schmutzigen Krieges zu keinerlei Lösung führt. Ich kenne die Sandinisten... Mittels des schmutzigen Krieges wird keiner mit ihnen fertig werden. Einen solchen Krieg weiterzuführen, kann nur eine Vielzahl weiterer Menschenleben kosten. Und wenn es zu einer Intervention der USA käme, dann wären es Hunderttausende von Menschenleben.

Von daher ist es also nötig, der US-Regierung klarzumachen, daß sie sich wirklich mit einer Friedenspolitik abfinden muß. Denn die aktuelle Politik der Reagan-Administration ist es, Nicaragua zerstören zu wollen.

FRAGE: Wenn der Arias-Plan fordern würde, daß jede militärische Auslandshilfe – auch seitens der USA – an alle Parteien eingestellt werden sollte, wären Sie bereit, Ihre Hilfe zu beenden?

F. CASTRO: Wenn jede Militärhilfe eingestellt würde, jede direkte oder indirekte Beteiligung in Mittelamerika, dann wären wir damit voll-

kommen einverstanden...

Aber solange die USA mit sagenhaften Mengen das Völkermord-Regime eines Duarte unterstützen, können sie nicht von anderen verlangen, mit der Unterstützung der salvadorianischen Revolutionäre aufzuhören. Wenn sich die USA das Recht herausnehmen, die Konten-revolutionäre in Angola, in Nicaragua und in anderen Ländern zu unterstützen, welches moralische Recht haben sie dann, von den revolutionären Ländern zu fordern, die Unterstützung für die salvadorianischen Revolutionäre einzustellen?

Wenn die USA ein Beispiel geben würden, wenn sie keinen schmutzigen Krieg mehr führen würden, keine Konterrevolutionäre in allen möglichen Ländern, die über etablierte Regierungen verfügen, mehr unterstützen würden, erst dann könnten sie von anderen fordern, die revolutionäre Bewegung nicht zu unterstützen...

FRAGE: Dann leisten sie an all diesen Orten Unterstützung, einfach weil die USA das Gegenteil tun?

F. CASTRO: Nein, wir unterstützen die salvadorianischen Revolutionäre, weil es eine gerechte Sache ist, aus prinzipiellen Gründen.

Aber da Sie mich gefragt haben, ob wir bereit sind, uns der Regel zu unterwerfen, daß niemand niemanden unterstützt, habe ich gesagt, daß wir bereit sind, uns an diese Regel zu halten: daß die Revolutionäre die Revolutionäre nicht unterstützen und die USA die Konterrevolutionäre nirgendwo unterstützen. (...)

FRAGE: Generalsekretär Gorbatschow sprach vor kurzem über die Notwendigkeit, daß die Länder des kommunistischen Blocks zu einer neuen Einstellung zu den Konflikten in der Welt gelangen: Afghanistan, Angola. Teilen Sie diese Meinung oder stimmen sie damit nicht überein?

F. CASTRO: ... Ja, ich teile diese Meinung. Ich glaube nicht, daß es zwei Probleme gibt, die gleich sind.

Das Problem Afghanistans liegt anders als das in Nicaragua oder in Kamputschua und ist auch mit Angola nicht zu vergleichen. (...)

FRAGE: Welches wäre Ihre neue Herangehensweise?

F. CASTRO: Nun, ich stimme mit der Friedenspolitik der Sowjetunion überein, und deren Einsatz für den Frieden scheint mir eines der konstruktivsten Dinge zu sein, die es in der letzten Zeit gegeben hat.

Es sind einige Mythen, einige Barrieren zerstört worden, so daß in gewisser Weise der Weg

frei gemacht wurde für eine sehr wichtige Öffnung auf einem Gebiet, wo bis dahin nur erste Schritte gemacht worden waren.

FRAGE: Teilen sie seinen Wunsch, ... daß wir uns von den Konflikten in dieser Welt befreien sollten?

F. CASTRO: Zweifellos. Wir stimmen darin überein, eine weltweite Entspannung zu suchen und auf die Lösung der regionalen Konflikte hinzuwirken. (...)

Jetzt hängt alles davon ab, wie dies interpretiert wird. Wenn die USA die Entspannung als Frieden zwischen den USA und der UdSSR, als Frieden zwischen den USA und China und als Krieg gegen die kleinen Länder auffassen, dann wird es keine Lösung für auch nur eines der regionalen Probleme geben. Nur wenn die USA ebenfalls den Wunsch haben, Lösungen für die regionalen Probleme zu finden, wird es Lösungen für diese Probleme geben. (...)

Wenn die USA beabsichtigen, die revolutionären Regierungen, wie z.B. die Regierung Nicaraguas, zu vernichten, werden sich die Nicaraguaner niemals ergeben! Wenn die USA das revolutionäre Regime Angolas vernichten wollen, werden sich die Angolaner nicht ergeben! Sehen Sie? Es kommt nicht nur auf das Herangehen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten an, sondern die Einstellung der USA ist sehr wichtig.

Was ist, wenn diese nun sehr opportunistisch wäre? Wenn die USA Frieden mit den sozialistischen Großmächten wollten, aber Krieg gegen die kleinen sozialistischen Länder beabsichtigten? Wenn sie den Krieg gegen Kuba, gegen Nicaragua, gegen Angola weiterführen wollten? (...)

Es gibt nicht den leisesten Zweifel daran, daß wir, solange wie es nötig ist, kämpfen werden.

FRAGE: Stehen Sie nicht im Abscheit, wenn die USA ihre Beziehungen zur Sowjetunion verbessern?

F. CASTRO: Überhaupt nicht. Wir freuen uns unendlich. Denn alles, was dem Weltfrieden nutzt, kommt auch uns indirekt zugute.

Alles, was die Entwicklung der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers fördert, nutzt uns indirekt. Es ist sehr nützlich für uns, abgesehen von unserem Verantwortungsgefühl, das uns dazu führt, uns der Schwere und der Gefahren eines Atomkrieges bewußt zu sein, die bestanden haben und noch immer in der Welt bestehen.

Von all dem abgesehen, glaube ich, daß die sowjetische Friedenspolitik in jeglicher Hinsicht von Nutzen für die Menschheit ist.

FRAGE: Wenn Sie aber sehen, wie...

F. CASTRO: Wenn das, was die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder in die Rüstung stecken müssen, eingespart werden kann, kann es in die eigene Entwicklung und in die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt investiert werden.

Das heißt, die Länder der Dritten Welt gewinnen auf jeden Fall. Wenn hierdurch die tech-

nologische Entwicklung der Sowjetunion schneller vorangeht, dann kommt das auch unseren Ländern zugute, die gute Beziehungen mit der UdSSR haben und mit ihr zusammenarbeiten. So daß jeder auf seine Weise irgendeinen Nutzen aus der Sache ziehen würde.

Aber ich mißtraue den Konzeptionen zumindest der aktuellen US-Administration. Ich habe da meine Zweifel! Ich habe meine Zweifel wegen des Opportunismus, der der US-Administration vielleicht eigen sein könnte, deren Einstellung möglicherweise ist: Frieden

mit den sozialistischen Großmächten und Krieg gegen die kleinen sozialistischen und progressiven Regierungen der Dritten Welt. Das könnte sein. Denn darauf läuft der Bericht einer Beratergruppe des Pentagons hinaus (Iklé/Wohltetter-Bericht; siehe DRITTE WELT 7/1988, S. 10ff.; d. Red.), die von der Entwicklung konventioneller Waffen reden, von Krieg niedriger Intensität mit dem Ziel, die schmutzigen Kriege gegen die progressiven Regierungen zu fördern.

(Quelle: Granma, Havanna, 29.2.1988)

Heinz Dieterich

Esquipulas und die Zukunft der nicaraguanischen Revolution

Der im August vergangenen Jahres initiierte Esquipulas-Prozess hat eine Dynamik in Gang gesetzt, deren konkrete Folgen und Ergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt¹ nicht absehbar sind. Natürlich zieht sich eine klare Entwicklungstendenz durch den Prozeß – sein Überleben durch die völlig einseitige Vertragserfüllung Nicaraguas, d.h. ständige taktische Konzessionen der nicaraguanischen Regierung gegenüber dem Imperialismus –, doch ist die Lage sowohl in Nicaragua als auch in Mittelamerika (Panama, El Salvador und Honduras) und den USA (aus verschiedenen Gründen und unter verschiedenen Gesichtspunkten) zu instabil, um den Endpunkt der Entwicklung vorauszusehen.

Gleichwohl hat Esquipulas einen Aspekt der Nicaragua-Problematik deutlicher gemacht, der verdient, stärker als bisher in die Solidaritätsdiskussion der Metropolen aufgenommen zu werden: das Agieren der sandinistischen Avantgarde unter den Zwängen der strukturellen, weltpolitischen Machtblöcke, von denen Überleben und Überlebensformen der Revolution weitgehend abhängen.

Der Klassencharakter des Esquipulas-Prozesses
Um die (Klassen-)Logik des in Esquipulas konkretisierten Verhandlungsprozesses zu verstehen, sind verschiedene methodische Vorgehensweisen denkbar.

Eine wäre, die Relation Ursache (Initiative Arias)-Wirkung („Friedensplan“) zu analysieren, wodurch dann unmittelbar klar würde, daß ein kleiner Staat wie Costa Rica, der demographisch, ökonomisch, politisch und militärisch die Bedeutung eines Vororts von New York nicht überschreitet, schwerlich Effekte in der Region hervorrufen kann, die so mächtige Staaten wie Mexiko oder die Contadora-Gruppe in Jahren nicht produzieren konnten.

Ein anderer methodischer Zugang liegt im Friedensnobelpreis, den Arias empfangen hat. Unter den Preisträgern befinden sich, historisch, solche Figuren wie Theodore Roosevelt, einer der übelsten Rassisten und Imperialisten, den die US-Politik hervorgebracht hat, sowie Henry Kissinger, der an führender Stelle an der Schlächtereie gegen die Völker Indochinas (z.B. die „Weihnachtsbombardements“ gegen Hanoi und Haiphong) beteiligt war.

Der Friedensnobelpreis ist ein ideologischer Apparat der Welt-Bourgeoisie, der von dieser zur Förderung ihrer Interessen eingesetzt wird. Dies bestimmt den systematischen politischen Standort der Arias-Initiative.²

„Die Weltbourgeoisie“

„Die Weltbourgeoisie“ ist jedoch eine Abstraktion des Denkens. In concreto existiert sie nur

in unterschiedlichen Fraktionen und Gruppierungen.

Unter dem Gesichtspunkt des Entwicklungsgrades ihrer Produktivkräfte differenziert man, beispielsweise, zwischen metropolitane und peripherer Bourgeoisie; gemäß ihrer Funktion im Produktionsprozeß spaltet sie sich auf in produktives und finanzielles Kapital und hinsichtlich ihrer politischen Position sprechen wir, *verbi gracia*, von konservativ-reaktionären („Falken“) und sozialreformistisch-liberalen („Tauben“) Bourgeoisien. Zu ersteren würden wir Figuren wie Reagan, Thatcher, Strauß, Geißler usw. zählen, zu letzteren solche wie Felipe González, Willy Brandt und James Carter.

In der Interpretation der konkreten politischen Aktivität der konservativ-reaktionären oder sozialreformistischen Regierungen wird häufig der Fehler gemacht, daß an Stelle einer marxistischen Analyse eine strukturalistische vorgenommen wird, d.h. daß a priori die Aktionsmöglichkeiten z.B. der Reagan-Regierung auf die einer dogmatischen militaristischen Interventionspolitik beschränkt gesehen werden. Das Problem, das semantisch bereits mit der US-Terminologie „Falken“ und „Tauben“ beginnt, liegt darin, daß das Verhalten beider Arten politischer Charaktermassen der Bourgeoisie im wesentlichen pragmatisch – d.h. im Interesse der Machtdurchsetzung und Machterhaltung – bestimmt ist und nicht ideologisch.

Ein frappierendes Beispiel dafür ist die Politik der Reagan-Regierung gegenüber Mosambik und Angola. Mosambik hat 1987 85 Mio \$ US-Hilfe erhalten, Präsident Joaquim Chissano wurde im Oktober 1987 von Reagan im Weißen Haus empfangen und letzterer hat alle Lobby-Versuche der Rechten abgewehrt, die Terroristenorganisation RENAMO anzuerkennen oder zu unterstützen, denn die „Reagan-Administration ... schätzt ein, daß Mosambiks marxistische Regierung bemüht ist, die Beziehungen zum Westen zu verbessern und möglicherweise gewillt ist, ihren sozialistischen Kurs aufzugeben“.³

Im Gegensatz dazu hat die Reagan-Regierung Millionen von Dollar an die angolische Terroristen-Organisation UNITA gezahlt und hochentwickelte Militärgüter geliefert, um das gegenwärtige Regime zu vernichten. Ähnlich ist die US-Politik gegenüber der kamputschuanischen Reaktion, die von den USA (und China) massiv unterstützt wird, obgleich ihr dominierendes Element die (sich als kommunistisch definierenden) Roten Khmer sind.

Historisch lassen sich weitere Beispiele finden in der Politik Eisenhowers der 50er Jahre gegenüber Guatemala (militärische Aggression) und Bolivien (subversive Unterwanderung

durch Militär- und Wirtschaftshilfe) oder Kissinger/Nixon vis-à-vis China und dem Mittleren Osten (Palästina).

Die Zukunft der Revolution

Esquipulas hat noch deutlicher als bisher die Tatsache ins Licht gerückt, daß die nicaraguanische Revolution den Weg zum Sozialismus im Spannungsfeld dreier Machtblöcke der Weltbourgeoisie zurückzulegen hat.

Der erste wird gebildet von den konservativ-reaktionären Fraktionen des Kapitals in der Ersten und Dritten Welt und hegemonisiert von der Reagan-Regierung/Fraktion. Ihr dominierendes Ziel seit 1980 lag in der Zerstörung des Sandinismus durch den Einsatz militärisch-ökonomischer Aggressionsmittel.

Der zweite Machtblock besteht aus den sozialreformistischen und liberalen Eliten der Ersten und Dritten Welt, deren Hegemonie durch die Sozialistische Internationale und die liberale US-Elite realisiert wird. Sein zentrales Ziel ist die Involutions des Sandinismus als sozialistischem Projekt. Trotz des ständigen Lamentierens über die militärischen Aktionen der US-Söldnerbanden wissen die Mitglieder dieses Blocks natürlich, daß ohne den US-inspirierten und organisierten Terrorismus ihre diplomatischen und ökonomischen Erpressungsversuche gegenüber der Revolution keinerlei Aussicht auf Erfolg hätten. De facto handelt es sich daher um eine Arbeitsteilung beider Blöcke zur Vernichtung der sozialistischen Revolution, in der einer „der Bluthund sein muß“.⁴ Der dritte Machtblock ist repräsentiert in der Contadora-Gruppe und ihren Nachfolgeorganisationen. Im Gegensatz zu den erstgenannten ist die Verhinderung des Sozialismus in Nicaragua nicht das dominierende Interesse ihrer Politik; vielmehr liegt für diesen Block die Frage des *vie ou mort* in der Verhinderung einer militärischen Direktintervention der USA in Nicaragua, da diese ihre Überlebensinteressen unmittelbar und vital in Frage stellen würde. Da es sich um die schwächste Machtgruppe handelt, sind ihre Druckmöglichkeiten auf die Sandinisten am geringsten.

Diese drei weltpolitischen Machtkonfigurationen der Bourgeoisie sind natürlich nicht statisch zu sehen, sondern als politische Akteure, die Allianzen eingehen, partielle Widersprüche haben usw. Je nach konkreter Machtsituation und Interessenlage können beispielsweise die Liberalen mit den Konservativ-Reaktionären zusammengehen (Abstimmung über letztes Contra-Hilfe-Paket im US-Kongreß), mit Contadora usw.

Komm schon ... ich habe Zeit für eine weitere Runde



Auf der Basis dieser Überlegungen läßt sich ein Kalkül für die Weiterentwicklung des Esquipulas-Prozesses und der nicaraguanischen Revolution durchführen. Die entscheidende Variable in diesem Zusammenhang ist die Einschätzung der ersten beiden Machtblöcke darüber, ob die nicaraguanische Revolution die Wasserscheide sozialistischer oder bürgerlicher Entwicklung bereits überschritten hat. Anders ausgedrückt: ob die Weichen sozialistischer Entwicklung bereits definitiv gestellt sind oder nicht. (Auf den dritten Block gehen wir hier nicht mehr ein, da für ihn, wie bereits ausgeführt, dieses Problem sekundär ist.)

Wie Esquipulas und die Politik der Sozialistischen Internationale zeigt, sind wesentliche Teile der liberalen Machtelite der USA sowie die hegemonialen Fraktionen der SI davon überzeugt, daß die objektiven Bedingungen für eine erfolgreiche, mittelfristig geplante Involutions in Nicaragua nunmehr gegeben sind. Sie können sich dabei auf substantielle Erfolge der Reagan-Politik stützen, u.a.:

1) die Institutionalisierung eines bürgerlichen Überbaus (Parlament, Wahlen, Gewaltenteilung usw.); 2) die relative Bedeutungslosigkeit beider (ursprünglich explizit) marxistischer Tendenzen der Partei; die Hegemonie in Partei und Staat liegt heute unzweideutig in den Händen der „terceristas“, d.h. Daniel und Humberto Ortega;⁵ 3) die strukturelle Zerstörung der Ökonomie und die wichtige Rolle, die der privatkapitalistische Sektor nach wie vor spielt; 4) die Existenz einer politisch-institutionellen und propagandistischen Opposition, einschließlich amnestierter Kriegsverbrecher und Contra-Kollaborateure; 5) die internationale und nun auch nationale Aufwertung einer Bande imperialistischer Söldner zu einer Organisation des „Nicaraguanischen Widerstandes“.

Der konservativ-reaktionäre Block ist dagegen der Überzeugung, daß die konterrevolutionären Erfolge in Nicaragua noch nicht ausreichen, um die Einschlagung des bürgerlichen Entwicklungsweges zu garantieren, vor allem deshalb nicht, weil 1) die Hegemonie der FSLN – und damit die Loyalität der Massen – nicht gebrochen ist und 2) die Effizienz der bewaffneten Apparate des Staates (Militär, Miliz und Polizei) noch wie vor intakt ist.

Welche der beiden Machtblöcke sich in diesem taktischen Widerspruch über die Gestaltung der Nicaragua-Politik in den nächsten Monaten durchsetzen wird ist schwer vorherzusagen, da das Kräftepotential etwa ausgeglichen sein dürfte und daher konjunkturelle Ereignisse das Pendel zu einer oder anderer Seite ausschlagen lassen können. Mittelfristig deutet sich in den USA eine Wiederbelebung des liberalen Diskurses (siehe die Wahlerfolge Jesse Jacksons, die Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR usw.) an, dessen zunehmende Einflußnahme angesichts der ökonomisch-sozialen Konsequenzen von acht Jahren militärischen Keynesianismus der Reagan-Regierung ziemlich wahrscheinlich ist.

Doch ob die Übernahme der Hegemonie durch den liberal/sozialreformistischen Block – selbst wenn sie kurzfristig erfolgte – den Aufbau des Sozialismus in Nicaragua ermöglichen würde, ist damit freilich noch nicht entschieden.

Anmerkungen:

- 1) 15.4.1988
- 2) In gewisser Hinsicht ist hier die Analogie der Kuckucksuhr durchaus angebracht. Das dem Auge verborgene Räderwerk (die Ursache) bringt das Vögelchen ins Rampenlicht und zum Singen (der Effekt).
- 3) New York Times, New York, 25.1.1988
- 4) „Es hat eine ständige Diskrepanz (mit den USA; H.D.) über die Methode“ der Pazifizierung Mittelamerikas gegeben, sagte Felipe González in einem kürzlichen Interview und fügte hinzu, daß er jedoch diese Diskrepanz nicht überbetonen wird, denn: „Ich werde niemals zu denen gehören, die einen aggressiven Diskurs gegen die USA führen.“ („Yo no estaré nunca en la línea del discurso agresivo hacia EE UU“.) El País, Madrid, 28.3.1988. Ein gutes Beispiel für diese Art Arbeitseinteilung ist auch der Druck auf Panama. Während die USA auf Noriega militärischen und ökonomischen Druck ausüben, um ihn zum Rücktritt zu zwingen, teilen der venezolanische Ex-Präsident Carlos Andrés Pérez, der costari-

kanische Ex-Präsident Daniel Oduber, der kolumbianische Ex-Präsident López Michelsen, Oscar Arias und Felipe González, die sich am 27.3.1988 in Costa Rica trafen (mit Ausnahme des erkrankten Michelsen), Noriega ihren „Demokratisierungsplan für Panama“ mit, dessen entscheidendes Element die unverzügliche Ausreise Noriegas ins Exil nach ... Spanien war. Vgl. El País, Madrid, 28. und 30.3.1988

- 5) Mit der Konstatierung dieses Faktums soll nicht gesagt werden, daß die „terceristas“ nicht den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anstreben.

Martin Böttger

Eine vom militärischen Denken beherrschte Globalstrategie ist perspektivlos

Liebe Freundinnen und Freunde, von einem zweiwöchigen UdSSR-Aufenthalt in einem BRD-UdSSR-Jugendlager (und ansl. Urlaub) zurückgekehrt, fand ich Eure Anfrage zur Diskussionsbeteiligung vor. In erwähntem Jugendlager hatten wir mit den sowjetischen FreundInnen Diskussionen, die exakt Eure Fragestellung betrafen, und die ich Euch und Euren LeserInnen gerne beschreiben möchte.

Die Jungdemokraten-Delegation in dem Jugendlager hatte zu einem Arbeitskreis über Südafrika eingeladen. Zunächst wollte keine richtige Diskussion entstehen, weil sich alle über das Verbrechen des Rassismus und seine Unterstützung durch die Westmächte und die BRD (inkl. Lieferung der militärischen Atomtechnologie) einig waren.

Doch dann begannen einige BRD-TeilnehmerInnen, die sowjetische Seite zu agitierten: In Anbetracht dieser Probleme sei es doch umso wichtiger, Befreiungsbewegungen und Frontstaaten stärker militärisch zu unterstützen, und sich nicht, wie u.a. von Prof. Daschitschew in der „Literaturnaja gazeta“ propagiert, aus solchen Konflikten immer mehr zurückzuziehen.

Die Antwort, ausdrücklich als „persönlich“ und „nicht-offizielle“ Meinung gekennzeichnet, machte die Diskussion dann spannend. Sinngemäß lautete sie etwa so:

Natürlich werden z.B. ANC und SWAPO unterstützt. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber auf Dauer ist diese militärische Unterstützung keine Lösung. Das Problem, vor dem wir heute stehen, ist, daß wir erstmal einen Sozialismus aufbauen müssen, den die Menschen besser finden, als den Kapitalismus.

Bisher gibt es den nämlich nicht. Wenn wir das hinkommen, hätte das eine Ausstrahlung, die viel wirkungsvollere Hilfe als in der Vergangenheit ermöglichen würde.

Die bundesdeutschen FragestellerInnen witterten nun offenbar die Desertion der UdSSR vor dem „bewaffneten Kampf“, wiesen nochmals auf die Atombewaffnung der südafrikanischen Rassisten hin, die damit ihre Nachbarn beliebig bedrohen und erpressen könnten, wenn sie dagegen nicht unterstützt würden.

An dieser Stelle äußerte ich in dieser Diskussion, und damit auch fürs AIB meine Meinung: Auf dieser „bewaffneten Kampf“-Ebene weitergedacht, müßten wir dann ja logischerweise im alten „Gleichgewichts“-Denken dafür eintreten, z.B. Angola und Mosambik auch die Atombombe zur Verfügung zu stellen. So wird

doch offensichtlich keine politische Lösung. Stattdessen müssen wir hier bei uns durchsetzen, daß die militärische und ökonomische Unterstützung der Rassisten beendet wird. Sicher, wir sind davon noch weit entfernt. Aber wenn wir nicht klug und stark genug dazu sind, das bei uns durchzusetzen, können wir nicht zur UdSSR laufen und sagen: „Genossen, wir schaffen das bei uns nicht, gleicht ihr das mal mit militärischer Unterstützung aus!“ Das ist nichts anderes als die Kompensation und Flucht vor eigenen Fehlern und Unfähigkeiten, bzw. selbst zu erledigender politischer Arbeit.

Mir wurde dann auch sofort unterstellt, ich wolle den „bewaffneten Kampf“ in Frage stellen. Davon kann jedoch keine Rede sein. Darüber zu befinden, ist Sache der Befreiungsbewegungen. Sie tun das auch und sind dabei zu unterstützen.

Falsch ist dagegen das Spazientragen von Anspruchshaltungen durch uns gegenüber Dritten, also z.B. der UdSSR. Denn sie mußte, wie wir es auch sollten, aus den letzten Jahren einige Lehren ziehen:

1. Eine von militärischem Denken beherrschte Globalstrategie geht in die Hose, spätestens dann, wenn es nach einem vorläufig erfolgreichen Befreiungskampf darum geht, gesellschaftspolitisch und ökonomisch angemessene Entwicklungsmodelle umzusetzen.

2. Die besten Entwicklungschancen gibt es immer noch in einem weltpolitischen Rahmen von Entspannung und Abrüstung, und nicht in internationalem Rüstungswettlauf und Konfrontation. Diese Erkenntnis dämpft auch immer mehr Leuten innerhalb der imperialistischen Führungseliten. Die können auch nur mit Leuten und Ländern Geschäfte machen, die was zum Geschäftemachen haben. Die Spielräume für Demokratie und eigene Entwicklungswege sind dann entschieden größer.

3. Ob die politischen Entscheidungen dann mehr oder weniger für sozialistische Wege fallen, hängt freilich dann erheblich mehr von der Attraktivität des Sozialismus ab (und die Stellen hatten wir ja oben schon).

Zwar gilt heute erheblich mehr als in früheren Jahrzehnten „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“. Das heißt aber unbequemerweise heute auch viel mehr, daß wir in einem imperialistischen Staat wie der BRD unseren Job selbst zu machen haben, und keinerlei Revolution in irgendeinem anderen Land (inkl. der Perestroika!) uns diese Arbeit abnehmen wird.

Kultur

Michael Parks

Mzwakhe Mbuli

Die Stimme des Volkes

Im August d.J. kam der monatelang inhaftierte Mzwakhe Mbuli, derzeit populärster Poet der Schwarzen Südafrikas, wieder frei. Nicht zuletzt internationale Proteste, darunter von DGB und DGB-Jugend, erzwangen Mbulis Freilassung. In der „Los Angeles Times“ fand sich dieses Portrait der „Stimme des Volkes“.

Er spricht, wie man sich einen Propheten vorstellt, selbstbewußt, mit dunkler, warmer Stimme. Die Worte erklingen wie Trommeln, die Zeilen wie Melodiebögen. Auch in Südafrika sind Dichter nicht unbedingt das, was man sich auf einer politischen Veranstaltung als begeisternde Redner wünscht. Doch Mzwakhe ist eine Ausnahme, die Ausnahme.

Er ist 29 Jahre alt, verheiratet, gewohnt sich vor der Polizei zu verbergen. Wenn der Anti-Apartheid-Dichter auf Versammlungen, bei politischen Beerdigungen oder in Kirchen spricht, erscheint er immer unangekündigt und verschwindet hastig. „Sie folterten meine Frau, meine Freunde bekamen Elektroschocks, damit sie meinen Aufenthaltsort verraten“, berichtete er der britischen Zeitschrift New Musical Express. Im Sommer 1987 verhaftete ihn die Polizei zufällig bei einer Razzia, ließ ihn jedoch nach wenigen Wochen wieder frei: Südafrikas Regierung bemühte sich international um ein besseres Image.

Als er die LP „Change is pain“ in Südafrika veröffentlichte, wurde diese sofort verboten. Nur wenige Wochen, nachdem die schwarzen Bürgerrechtsorganisationen in Südafrika verboten worden waren, schlug die Polizei bei Mzwakhe erneut zu: Unter Berufung auf Artikel 29 des Gesetzes über „innere Sicherheit“ wurde Mzwakhe Mbuli verhaftet; wegen des Terrorismusvorwurfes bedeutet dies die absolute Nachrichtensperre und Isolation des Häftlings.

Es ist zu vermuten, daß diese Verhaftung im Zusammenhang mit zwei Tatsachen steht: die LP „Change is Pain“ ist inzwischen in den USA, Schweden, Großbritannien und der BRD veröffentlicht, und Mzwakhe Mbuli war zu der diesjährigen „Beat Apartheid!“-Tournee eingeladen worden.

Nichts muß das Apartheidregime mehr fürchten als eine weltweite Öffentlichkeit. Nachdem der DGB über Außenminister Genscher in Südafrika inter-

venieren ließ, haben bundesdeutsche Festivalveranstalter demonstrativ Mzwakhe Mbuli als „Top-Act“ der jeweiligen Programme eingeladen. (...)

Mit der Kraft einer afrikanischen Trommel ertönt in Mzwakhe Mbulis tiefer Stimme eines seiner bekanntesten Gedichte, ein Ruf nach Aktion, eine Aufforderung an die schwarzen Südafrikaner, ihren Kampf gegen die Apartheid, gegen diesen „Geist Hitlers, diesen Faschismus der Apartheid“ zu verstärken. (...)

„Gott hat dem Menschen das Leben gegeben; und der Mensch hat das Leben eines Menschen genommen. (...) Gott vergibt – ich tue es nicht, denn das Herz Afrikas blutet.“

Die Gefühle sind roh, die Wörter rau, die Verse frei von literarischer Glätte. Die Kraft der Gedichte Mbulis, vorgetragen mit einem Rhythmus und einer Stärke, die die Kraft der afrikanischen Poesie wiedererklingen lassen, bringt

„Er spricht, wie man sich einen Propheten vorstellt“



Schuld ist nicht allein die PKK

Betr. Leserbrief „Die PKK-Gewaltspolitik schwächt die Solidarität“, in: DRITTE WELT 8-9/1988.

Angesichts der Tatsache, daß die staatliche Repression gegen die PKK in der BRD unterdes ungebrochen weitergeführt wird und die unmittelbar Betroffenen es für notwendig befunden haben, darauf im Gefängnis teilweise mit unbefristeten Hungerstreiks zu antworten, möchte ich gerne den gegen meinen Artikel in AIB 5/1987 gerichteten Leserbrief des — offensichtlich für die KOMKAR sprechenden — A. Rojan beantworten. Ich tue das in der Überzeugung, daß ich damit seine Meinung nicht ändern werde, da eine solche Meinungsänderung eine tiefgreifende, weite Bereiche der eigenen politischen Aktivitäten und Strategie betreffende Selbstkritik zur Voraussetzung hätte.

Ohne die PKK von ihrem Anteil an der Schuld für die Entwicklung antagonistischer Beziehungen zu anderen kurdisch-nationalistischen Organisationen freisprechen zu wollen, muß doch der Versuch A. Rojans, diese Schuld alleine der PKK aufzubürden, zurückgewiesen werden. Der wirkliche Grund für diese antagonistischen Beziehungen liegt nicht in erster Linie in Gewalttätigkeiten seitens der PKK, sondern in politischen Strategien der PKK einerseits und dem Gros der anderen Organisationen — namentlich der TKSP — andererseits, die von beiden in der Praxis als sich wechselseitig ausschließend betrachtet wurden und werden, nämlich die Betonung der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes durch die PKK gegenüber der Orientierung auf eine Demokratisierung der Türkei als Voraussetzung für einen legalen „demokratischen“ Kampf bei Organisationen wie der TKSP.

Der zweite wichtige Punkt ist der der Konkurrenz zwischen der erst Ende 1978 gegründeten PKK und den schon vorher bestehenden wichtigsten der übrigen Organisationen. Auf dieser Basis wurde die „Diskussion“ zwischen den Konfliktparteien von Anfang an auf beiden Seiten nie im Sinne kritischer Solidarität geführt.

Das zeigt auch der Leserbrief von A. Rojan. Rojan hält es für angebracht, die alten Behauptungen bezüglich der Verantwortung der PKK für die Morde an Timuroglu und Adigüzel zu wiederholen und zwar abermals ohne gerichtliche verwertbare Beweise und zudem nachdem es seit mehr als einem Jahr keinerlei Zusammenstöße mehr zwischen der PKK und anderen Organisationen gegeben hat. Zu diesen nicht bewiesenen Behauptungen gehört auch die, daß es die PKK gewesen sei, die im März 1987 in München auf dem KOMKAR-Newroz einen ihrer Anhänger erschossen habe. Ich möchte hinzufügen, daß der Auftritt des KOMKAR-Vorsitzenden Abubekir Saydam in „Studio 1“ — offenbar der Nachfolgerserie von Löwenthals berühmtem „ZDF-Magazin“ — am 6.7.1988 auch alles andere war als ein Beitrag zur Versöhnung der Diskussion innerhalb der kurdischen Bewegung. Ich habe mich überdies gefragt, wie es Herr Saydam mit seinem Gewissen als „Sozialist“ vereint, die schmutzige Wäsche der kurdischen Nationalbewegung ausgerechnet in einer solchen Sendung zu waschen.

Zumindest für die Redaktion der DRITTE WELT ist das wichtigste Argument des Leserbriefs von A. Rojan offenbar die Behauptung gewesen, daß die PKK-Gewaltpolitik die Solidarität mit dem kurdischen Volk schwäche.

Ich halte diese Behauptung für zumindest unbewiesen.

Es stimmt, daß die Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes in der BRD und auch anderswo völlig unzureichend ist. Die Anhänger der PKK, die sich heute in der BRD im Gefängnis befinden — und zwar mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aufgrund einer Verschwörung zwischen dem türkischen und dem bundesdeutschen Staat — sind mit die ersten Opfer dieser Tatsache. Diese Solidarität war jedoch faktisch auch vor den Ereignissen im Zusammenhang mit der PKK niemals stärker als heute, im Gegenteil.

Wenn es heute überhaupt ein gesteigertes Interesse am Kurdenproblem gibt, dann in erster Linie als Ergebnis des wie auch immer fehlerhaften Kampfes der PKK. Daß sich dieses Interesse noch nicht in eine nennenswerte Solidarität transformiert hat, ist jedoch nicht nur den Fehlern der PKK geschuldet, sondern auch den nicht zuletzt aus bornierten Organisationsegoismus erwachsenen Kampagnen kurdischer Konkurrenzorganisationen und ihres bundesdeutschen grün-liberalen Anhangs.

Dieter Falk, Bonn

Korrekturen zu Pakistan

Einige Anmerkungen/Korrekturen zu Eurem Pakistan-Artikel in Heft 8-9/1988, S. 66-69:

1. Die Finanzspritzen der USA für Pakistan von 3,2 Mrd Dollar (1981-85) und 4,02 Mrd Dollar (1987-92) waren gemischte Militär- und Wirtschaftskredite. Im ersten Fall wird das Verhältnis auf 60:40 geschätzt, im zweiten mit 50:50 angegeben.

2. Ist die „Tehrik-i-Istiqal“ nach meinen Informationen nicht Mitglied der MRD.

3. Ist die Bevölkerung Pakistans auf inzwischen 103,82 Mio. Menschen (1988) angewachsen. Dies geht von einer Wachstumsrate der Bevölkerung von 3,1% aus.

Jörg Zimmermann, West-Berlin

Gleiches Menschenrecht für Deutsche und Ausländer!

Betr.: Menschenrechte in der Türkei in DRITTE WELT 8-9/1988. Ihrem Beitrag über die massiven Menschenrechtsverstöße in der Türkei möchte ich folgendes hinzufügen.

Meine Ehefrau, Türkin, lebt seit 1973 in der BRD und hat immer gearbeitet, d.h. zum wirtschaftlichen Aufschwung der BRD mit ihrer Hände Arbeit beigetragen. Seit über vier Jahren führen wir eine glückliche Ehe.

Seit zwei Jahren bemühe ich mich, für meine Ehefrau die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen. Die wurde immer wieder mit dem Hinweis abgelehnt, daß meine Frau in der deutschen Sprache in Wort und Schrift nicht diktatsicher sei. Ich frage mich nun krampfhaft, warum diese Vorschrift besteht. Aus den Ostblockstaaten werden „Deutschstämmige“ herausgeholt bzw. „eingebürgert“. Daß dabei „Ablössummen“ von der BRD-Regierung bezahlt werden, ist kaum ein Geheimnis.

Ich frage mich nun „krankhaft“, warum ein türkischer Staatsbürger, der mit seiner Hände Arbeit am Wirtschaftswachstum beteiligt war, keine deutsche Staatsbürgerschaft bekommt, während ein „Deutschstämmiger“ nur weil irgendein Großvater mal Deutscher war, auf Kosten der Allgemeinheit in Sprache usw. gefördert wird. Ich wage sogar die Behauptung,

daß, wenn die Mauer, die sicher niemand will, nicht wäre, Fachkräfte (Ärzte usw.) „herübergelockt“ würden, während Leute, die aus guten Gründen um ihr Leben fürchten müssen, wegen irgendwelcher Asylvorschriften wieder den Verfolgern ausgeliefert werden.

Wilhelm Dreyer, Wiesbaden

Islam und Schi'itentum sind nicht dasselbe

Betreffend Ihre Ausgabe Nr. 6/Juni 1988 „Afghanistan — Trümpfe der Nationalen Ausöhnungspolitik“ /S. 5ff., von Wilfried Helms: Der Pakistaner Jüeno ist längst abgesetzt/entlassen worden; er war zudem eine anti-islamische Figur.

Der Islam ist nicht nur eine bindende Religion, sondern auch eine bindende Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung; Konfessionen gibt es nicht, und Sekten, sowie Gemeinschaft mit ihnen ist für die Muslime lt. Al-Qur'an nicht erlaubt.

Es gibt keinen 'Wahabismus'.

Die Sufi wurden im 3. Islamischen Jahrhundert und 67 Jahre nach ihrer Gründung rechtmäßig aus dem Islam ausgeschlossen; auch ihre später (neu) gegründeten Untersekte gehören nicht dem Islam an/sind keine Muslime. Terror gehört zu Gewalttat und diese ist lt. Al-Qur'an Sure 16/Vers 90 verboten.

Islam und Shi'itentum sind nicht dasselbe, und es ist eine strafwürdige Verunglimpfung des Islam, das Schi'itentum/die Schi'iten diesem gleichzusetzen/als dasselbe zu bezeichnen etc. (Wir haben in u.a. dieser Angelegenheit einen Prozess am Landgericht München I geführt und am 18.12.1986 M. rechtskräftig gewonnen.)

Betreffend Nr. 6/Juni 1988 „Das Gespenst der Reislamisierung/R. Werle, R. Kreile“/S. 63, von Lothar A. Heinrich:

Im Iran gibt es den Schi'itischen Fundamentalismus (u.a.: s.o.). Die Shi'itische Religion basiert auf einem gefälschten Koran und — nach islamischem Verständnis — weiteren Irrlehren; 'Mullahs' sind die unterste Stufe der Shi'itischen Geistlichkeit.

Sekten und Gemeinschaft mit ihnen ist im Islam/den Muslimen nicht erlaubt; Konfessionen gibt es im Islam nicht, und islamischer Fundamentalismus, um den jeder nur froh sein sollte, ist keinesfalls gleichbedeutend mit Shi'itischem Fundamentalismus und/oder dem von (unerlaubten) Sekten; der Islam ist sozial, aber nicht sozialistisch und mit dem Kommunismus nicht vereinbar.

Die Zugehörigkeit zu einer Islamischen Rechtsschule ist freiwillig, aber nicht Pflicht; Vorsicht: es gibt Rechtsschulen, die sich — unerlaubt! — zu Sekten entwickelt haben!

'Revolution' gehört zu Gewalttat und diese ist lt. Al-Qur'an Sure 16/Vers 90 im Islam/den Muslimen verboten.

Frau Al-Hadja MARYAM, Direktorin des Deutschen Office für Pilgerwesen und Islamische Angelegenheiten, München

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**



Buchtip

Die bundesdeutschen Contra-Freunde

Da die nicaraguanische Contra ohne die militärische, finanzielle und politische Unterstützung von außen nicht lebensfähig ist, haben ihre Förderer in Washington ein weltweites Unterstützernetz aufgebaut.

G. Gottwald/B. Lucas/A. Mohr/D. Diehl/G. Hubmann/S. Steinbach, *Die Contra Connection. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988, 304 Seiten, 20 DM beschreibt Ziele, Struktur und Organisationen der Contra-Freunde. Das Buch, das von 11 Gruppen der Mittelamerika-Solidarität herausgegeben wurde, ist Ergebnis intensiver Nachforschungen. Einleitend beschreibt es die US-Strategie des Krieges niedriger Intensität (LIC) gegen Nicaragua, und es geht der offiziellen und privaten Unterstützung für die Contras in den USA auf den Grund. Der zweite Teil befaßt sich mit der Politik der Contra-Freunde in Europa, der Bedeutung ihrer Pressearbeit und der Menschenrechtskampagne.

Der Hauptteil untersucht die Tätigkeit unterschiedlicher bundesdeutscher Organisationen zugunsten des militärischen und zivilen Flügels der Contra. Zu den Organisationen, deren Aktivitäten detailliert beschrieben werden, gehören die CDU/CSU und ihre Stiftungen, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die Nicaragua-Gesellschaft e.V., die Internationale des Widerstands und die Antikommunistische Weltliga (WACL). Ein Namens- und Organisations-Register erleichtert die Arbeit mit diesem für die Solidaritätsarbeit unentbehrlichen Werk.

Südafrika-Sport

Sportboykott gegen Apartheid

Knapp einen Monat vor Beginn der olympischen Sommerspiele in Seoul startete die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) im Zusammenwirken mit den „Sportlern für den Frieden“ eine Unterschriftenkampagne „Spiel nicht mit Apartheid! Kein Sport mit Rassismus!“ Die Aktion tut hierzulande Not, denn laut Angaben der UNO haben 203 bundesdeutsche Sportler im Zeitraum 1980-87 an Wettkämpfen in Südafrika teilgenommen. Im Juni d.J. gastierten namibische Fußballer und Turner in der BRD.

„Ich wende mich gegen den Mißbrauch des Sports durch den Apartheidstaat. Um Apartheid wirkungsvoll zu bekämpfen, schließe ich mich der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen formulierten Boykottforderung gegen Sportbeziehungen mit dem Apart-

heidstaat und Namibia an. Ich werde in Südafrika und Namibia solange keinen Sport treiben, bis Apartheid abgeschafft ist.“ Diese Verpflichtung gingen als Erstunterzeichner des Kampagnenauftrags 18 Spitzensportler ein, darunter Fußballnationalspieler Karl Allgöwer sowie die Olympioniken Markku Slawyk (Hockey), Horst Meyer (Rudern) und Norbert Thimm (Basketball).

Unterschriftenlisten und Kontakte: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-211355.

Namibia

Materialien für die Schule

Ein lebendiges Bild über die Situation Namibias vermittelt die Materialsammlung Matthias Sauter (Hg.), *Namibia. Texte und Dokumente zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie*, Bremen 1988, 132 Seiten, 15 DM.

Sie schildert die Lebenswirklichkeit unter dem Kolonialregime in Namibia, die Grundmechanismen der kolonialen Ausbeutung, die südafrikanische Aufstandsbekämpfung und den Widerstand in der letzten Kolonie Schwarzafrikas. Positiv ist hervorzuheben, daß sich die Materialsammlung wiederholt auf die Epoche des deutschen Kolonialismus in Namibia, die Rolle bundesdeutscher Kapitalinteressen in der namibischen Kolonialwirtschaft und auf die Rolle der BRD bei der Abstützung der südafrikanischen Kolonialherrschaft bezieht. Die Text- und Dokumentensammlung, die durch Karten, Graphiken, Photos und Tabellen aufgelockert ist, eignet sich für den Einsatz in der Oberen Sekundarstufe, aber auch in anderen Bildungsbereichen, namentlich der Erwachsenenbildung. Sie kann bezogen werden bei: Zentrum für Afrika-Studien/Namibia Projekt, FB 6, Postfach 330440, Universität Bremen, 2800 Bremen 33.

Weltwirtschaft

Christliche Gruppen fordern Entschuldung

Das „internationale Finanzsystem und die Verantwortung der Kirchen“ lautete Ende August d.J. das Thema eines Hearings in West-Berlin, zu dem rund 30 ökumenische Gruppen im Vorfeld der IWF-Weltbank-Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank eingeladen hatten. Die Praktiken von IWF und Weltbank waren Hauptdiskussionspunkte.

Davis Bock, einer der Vizepräsidenten der Weltbank, und Festus Osunsade, Mitglied des Beraterstabs des IWF, rechtfertigten die Stabilisierungsprogramme mit dem Scherengewicht auf exportorientiertem Wachstum und monetaristischer Strukturanpassung als einzigen Weg zur Überwindung der Schuldenkrise. Dabei hatte er in Artikeln selbst nachgewiesen, daß derartige Programme in den meisten Fällen nicht funktionieren.

Beide Vertreter ignorierten selbst Einsichten aus den eigenen Finanzkreisen über die fehlgeschlagene Politik der beiden Organisationen und über die Notwendigkeit neuer Wege zur Lösung der Krise, und fanden sich damit unversehens auf der Anklagebank wieder. Die Notwendigkeit neuer Lösungswege bestätigten den etwa 500 Anwesenden zahlreiche VertreterInnen aus der Dritten Welt. Sie setzten der „ökonomischen Logik“ von IWF/Welt-

Termine

1. Oktober
Demonstration und Aktionen der Friedensbewegung zur deutsch-französischen Brigade in Böhlingen

15. Oktober
Großdemonstration der Friedensbewegung in Linnich

17.-21. Oktober
Seminar des Arbeitskreises Entwicklungspolitik „Statt in die Dritte Welt zu reisen...“ — ein Bildungsurlaubsseminar zur Einführung in die Dritte-Welt-Problematik. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho

21.-23. Oktober
Bundestreffen der Nicaragua-Städtepartnerschaftsgruppen in Darmstadt. Anmeldung: Sandino Partnerschaft, Moosbergstr. 60, 6100 Darmstadt

22./23. Oktober
7. Forum der Krefelder Initiative in Kassel. Anmeldung: Krefelder Initiative, Amsterdamer Str. 64, 5000 Köln 60

12. November
Aktionen gegen BRD-Rüstungsexporte in die Dritte Welt in Eschborn

8.-10. Dezember
Europäische Konferenz „Beendet Südafrikas Krieg gegen Mosambik und Angola“ in Bonn. Anmeldung: European Campaign Against South African Aggression on Mozambique and Angola (ECASAAMA), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-213288

Chile

Liberalisierung als Wahlpropaganda Pinochets

Wie erwartet, wurde am 30. August d.J. der chilenische Diktator Augusto Pinochet von der vierköpfigen Militärjunta einstimmig zum einzigen Kandidaten für das Referendum am 5. Oktober d.J. bestimmt. Dabei sollen die Wahlberechtigten entsprechend der Verfassung der Diktatur über den weiteren achtjährigen Verbleib Pinochets im Amt abstimmen.

Bis Ende August hatte sich die Zahl der eingeschriebenen WählerInnen noch einmal kräftig erhöht — auf 7,3 Mio der ca. 8 Mio Wahlberechtigten. Dies geschah, nachdem die kommunistische Partei Chiles am 15. Juni d.J. ebenfalls zur Teilnahme aufgerufen hatte (vgl. DRITTE WELT 8-9/1988, S. 45ff.).

Durch Wahlgeschenke an die Ärmsten und einige Zugeständnisse an die Opposition versucht der Diktator, noch Unentschiedene auf seine Seite zu ziehen. Um sich ein demokratisches Image zu geben und die Glaubwürdigkeit des Referendums zu erhöhen, hob Pinochet am 24. August den seit seinem Putsch vom 11. September 1973 währenden Ausnahmezustand auf. Ferner gestattete er am 1. September die Rückkehr aller Zwangsexilierten und deutete an, den Oberbefehl über die Streitkräfte abzugeben, sollte er das Referendum gewinnen.

Die Opposition nutzte die gewonnenen Spielräume. Am 4. September nahmen 300.000-400.000 Menschen an der größten Kundgebung seit dem Putsch, zu der alle antidiktatorischen Kräfte aufgerufen hatten, teil. Einen Kraftzuwachs für die Opposition bedeutet auch die Neugründung der 1973 verbotenen Einheitlichen Zentrale der Werktätigen (CUT) am 20./21. August. Sie schließt 87 Einzelgewerkschaften mit 350.000 Mitgliedern zusammen, die von Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten geführt werden.

Kolumbien

Tauziehen um nationalen Dialog

Am 29. Juli d.J. fand in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota ein Gipfeltreffen von ca. 30 Vertretern aus Parteien, Gewerkschaften, Kirche, Wirtschaft und Bürgerbewegungen statt, das über Reformen beriet, um die bewaffneten Konflikte im Land beizulegen. Die Konferenz war von der Guerilla der Bewegung 19. April (M-19) erzwungen worden, indem sie am 29. Mai d.J. den zweimaligen Präsidentschaftskandidaten der Konservativen Partei, Gomez Hurtado, entführte hatte. Jedoch fand die Konferenz dann ohne die wichtigsten Kontrahenten, die Regierung und die Vertreter von sechs Guerilla-Verbänden, statt.

Die Streitkräfte, die den Friedensbemühungen ablehnend gegenüberstehen, hatten den Guerilla-Vertretern Festnahmen angedroht. Auf heftige Kritik, auch in konservativen Kreisen, stieß das Fernbleiben der Regierung des Präsidenten Virgilio Barco. Es war die Rede von mangelndem Politikverständnis, fehlender Verantwortung und einer nationalen Tragödie angesichts der letzten Chance, eine Eskalation des „schmutzigen Krieges“ zu verhindern. Die bei dem Treffen gegründete Kommission für nationale Versöhnung und demokratisches Zu-

sammenleben will innerhalb von 30 Tagen — sie begann ihre Arbeit am 22. August d.J. — effektive Friedensvorschläge ausarbeiten und eine Mitarbeit von Regierung und Guerilla erreichen.

Skeptisch beurteilt wurde ein Anfang September d.J. von Präsident Barco vorgelegter Plan zur nationalen Versöhnung. Nach Niederlegung der Waffen und Auflösung der Guerilla bot Barco Gespräche über eine Verfassungsreform sowie, als weiteren Schritt, eine Begnadigung der Aufständischen und eine Beendigung des seit 1984 währenden Ausnahmezustandes an.

R. Lucio von der M-19 erklärte, die Guerilla fordere keine Amnestie, sondern soziale und wirtschaftliche Reformen und die Beendigung des Terrors gegen linke Oppositionelle.

Westsahara

Zustimmung zu UN-Lösungsvorschlag

Marokko und die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) haben am 30. August d.J. einen UN-Friedensplan über die Beilegung des Westsahara-Konfliktes „mit einigen Anmerkungen und Kommentaren“ akzeptiert. Er sieht einen Waffenstillstand zwischen den beiden Konfliktparteien und anschließend ein Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara oder ihre Integration in Marokko vor.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Marokko und Algerien, das die DARS bisher in ihrem Kampf unterstützte, sowie die Fortschritte bei der wirtschaftlichen und politischen Integration der Maghreb-Staaten haben die Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten gefördert. Die meisten Zugeständnisse mußte jedoch die DARS machen, die inzwischen von 73 Staaten anerkannt wird.

So soll das Referendum von der UNO auf Grundlage der spanischen Volkszählung von 1974 durchgeführt werden. Damals wurden jedoch nur 73.497 der insgesamt 200.000-250.000 Saharais gezählt. Ein Großteil war in die Nachbarstaaten ausgewandert. Von ihnen leben heute überdurchschnittlich viele in den Lagern der DARS in Algerien. Allerdings garantiert dieses Vorgehen, daß zugewanderte Marokkaner nicht wahlberechtigt sind.

Der Plan sieht außerdem vor, daß die marokkanischen Truppen in der Westsahara lediglich reduziert werden, während die DARS weiterhin den Abzug der marokkanischen Verwaltung und Armee vor einem Referendum fordert. Da Marokko weiterhin direkte Gespräche mit der DARS ablehnt, wurden indirekte Verhandlungen unter UN-Vermittlung ins Auge gefaßt, um eine Einigung über die verbleibenden strittigen Punkte zu erzielen.

Zypern

Konfliktparteien am Verhandlungstisch

Bei der ersten Begegnung zwischen dem griechischen Präsidenten Zyperns, George Vasilou, und dem türkisch-zyprischen Spitzenpolitiker Rauf Denktaş Ende August d.J. in Genf einigten sich beide Seiten im Beisein von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar über die Aufnahme eines Wiedervereinigungs-Dialogs. Bereits am 15. September sol-

len in Nikosia Verhandlungen über eine politische Lösung des Zypernproblems „ohne irgendwelche Vorbedingungen“ begonnen und bis zum 1. Juni 1989 abgeschlossen werden.

Von den Vereinten Nationen stammt der Vorschlag, den griechischen Süden und den türkischen Norden (18% der Bevölkerung Zyperns) auf der Basis einer föderativen Staatsstruktur wiederzuvereinigen. Erst hernach, so nun der Konsens von Genf, solle auf einer internationalen Zypernkonferenz unter dem Schirm der UNO über eine Demilitarisierung verhandelt werden.

Seit der Zypern-Invasion der Türkei im Jahr 1974 sind im Nordteil der Mittelmeerinsel ca. 30.000 türkische Soldaten stationiert. Außerdem patrouillieren entlang der „Grünen Linie“ UN-Friedenstruppen in einer Stärke von 2.100. Denktaschs einseitige Unabhängigkeitserklärung einer Türkischen Republik Nordzypern im Jahre 1983 hatte die Fronten zusätzlich verhärtet. Folgerichtig ruhten seit 1985 die Gespräche zwischen griechischen und türkischen Zyprioten.

Vor allem zwei neue Entwicklungen des Jahres 1988 sorgten für die Wiederbelebung des Dialogs. Zunächst kam es im Januar d.J. zu einer Annäherung der Regierungen Griechenlands und der Türkei. Diese verständigten sich in Davos darauf, künftig Konflikte nur mit friedlichen Mitteln auszutragen und ihre bilateralen Beziehungen zu normalisieren. Die Aufrechterhaltung der faktischen Besetzung Nordzyperns durch die Türkei und ein Weiter-schwen des Zypernkonflikts aber steht dem im Wege.

Zum anderen wurde im Februar d.J. mit dem Linkskandidaten Vasilou erstmals ein Präsident Zyperns gewählt, der eine flexible Linie zur politischen Wiedervereinigung der Insel obenanstellte. Vor allem verzichtete er auf die Standardforderung Nikosias, Verhandlungen könne es nur geben, wenn zuvor die türkischen Truppen abzögen. Eben diese Vorbedingung hatte Denktasch stets zurückgewiesen.

Neukaledonien

Einigung über neues Kolonialstatut

Am 6. November d.J. wird die französische Bevölkerung in einem Referendum über einen Plan zur Beilegung der Konflikte in der pazifischen Kolonie Neukaledonien abstimmen.

Bereits am 26. Juni hatten die Vertreter der Sozialistischen Kanakischen Befreiungsfront (FLNKS), die die kanakischen Ureinwohner vertritt, und der Sammlung für ein Kaledonien in der Republik (RPCR), die die weißen Siedler repräsentiert, eine Übereinkunft erzielt (siehe DRITTE WELT 8-9/1988, S. 79).

Sie sieht eine einjährige direkte Verwaltung des Gebietes durch Frankreich vor, anschließend die Aufteilung des Landes in drei sich weitgehend selbstverwaltende Regionen, und im Jahr 1998 ein Referendum über die Unabhängigkeit des Territoriums vor.

Eine Konferenz der FLNKS am 23. Juli d.J. forderte jedoch Neuverhandlungen über den Plan. Der Hauptkritikpunkt war, daß die Kanaken 1998 möglicherweise noch immer eine Minderheit der Wahlberechtigten darstellen, da lediglich Neuzuwanderer von der Abstammung ausgeschlossen werden sollen. Die FLNKS verlangte, daß lediglich jene wahlberechtigt sein sollten, die mindestens einen in Neukaledonien geborenen Elternteil haben. Damit wäre ein Teil der zugewanderten Wei-

ßen nicht zum Referendum zugelassen.

Bei neuen Gesprächen mit der RPCR und dem französischen Kolonialminister LePensec konnte die FLNKS sich in diesem Punkt zwar nicht durchsetzen, erreichte aber, daß bis 1998 umfangreiche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Förderungsmaßnahmen zugunsten der Kanaken durchgeführt werden. Dies könnte die Auswanderung von Kanaken bremsen und zusammen mit einer dreifachen Revision der Listen der Wahlberechtigten garantieren, daß die Kanaken 1998 eine Mehrheit bilden.

Außerdem gelang es der FLNKS, eine weitgehende Amnestie für ihre Mitglieder, die an Aktionen gegen die Kolonialmacht beteiligt waren, in dem endgültigen Abkommen zu verankern, das am 20. August d.J. von der FLNKS und der RPCR unterzeichnet wurde. Lediglich die rechtsextreme Nationale Front hat dazu aufgerufen, beim Referendum am 6. November d.J. über das Abkommen mit „Nein“ zu stimmen.

Korea

Erfolglose Nord-Süd-Gespräche

Um der außerparlamentarischen Opposition, die in den letzten Monaten die Wiedervereinigungsfrage mit Vehemenz auf die Tagesordnung gesetzt hatte, den Wind aus den Segeln zu nehmen, signalisierte das südkoreanische Regime im Juli d.J. gegenüber Nordkorea Dialogbereitschaft. Am 22. Juli gab es seine grundsätzliche Zustimmung zu einem Parlamentariertreffen, das Nordkorea vorgeschlagen hatte.

Tatsächlich trafen sich vom 19.-26. Juli d.J. im Grenzort Pammunjon je fünf Parlamentarier aus beiden Staaten, um eine größere Abgeordnetenkonferenz vorzubereiten, die ursprünglich für den 26. August d.J. in Pjöngjang vorgesehen war. Es gab jedoch weder über Form, Natur und Zweck der Konferenz Übereinstimmung. Nordkorea wünschte die Teilnahme aller Deputierten aus Nord- und Südkorea sowie je 50 VertreterInnen „sozialer Gruppen“. Südkorea wünschte nur die Teilnahme von je 20 Abgeordneten, um das Ereignis möglichst klein zu halten.

Während Nordkorea primär einen Nicht-Angriffsvertrag unterzeichnen wollte, dann aber auch zur Diskussion anderer Probleme, darunter der Olympischen Spiele bereit war, ging es dem südkoreanischen Regime in erster Linie um ein Gespräch über die Teilnahme nordkoreanischer Sportler an der Sommerolympiade. Es war nur zu Gesprächen, nicht aber zur Unterzeichnung eines Nicht-Angriffsvertrags bereit.

Obwohl Nordkorea sich einverstanden erklärte, hatte, auf die je 50 VertreterInnen „sozialer Gruppen“ zu verzichten, das Problem der Olympiade zur Priorität zu machen und sich auf eine gemeinsame Erklärung des Nicht-Angriffs zu beschränken, stellte sich Seoul still. Die Gespräche wurden auf den 13. Oktober d.J., also nach Olympia, vertagt. An einer ernsthaften Gesprächsbereitschaft Südkoreas gibt es erhebliche Zweifel.

Weltklima

Wissenschaftler warnen vor Zerstörung der Ozon-Schicht

Zum Abschluß des 11. Internationalen Ozon-Symposiums, das Mitte August d.J. in Göttingen stattfand, forderten die Anwesenden, ein energischeres Vorgehen gegen die Zerstörung der Ozonschicht. Es sei damit zu rechnen, daß sich das Ozonloch über der Antarktis ver-

größere und auch über der Arktis die Ozonschicht abgebaut werde.

Der US-Chemiker Frank Sherwood Rowland erklärte, daß zwischen 1969 und 1986 die Ozonkonzentration über Europa um 3% abgenommen habe. Der Abbau der Ozonschicht kann längerfristig über vermehrte UV-Einstrahlung zur Häufung von Hautkrebs führen. Die Konferenzteilnehmer forderten eine drastische Reduzierung der Produktion von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen, die der Hauptfaktor für die Ozonerstörung sind.

Ebenso wurde in der Abschlusserklärung Wert auf die Abgasminderung seitens der Industrie und durch Autos gelegt. Sie tragen ebenso wie

Burma

Volksaufstand für die Demokratie



Demonstration in Rangun für die Demokratisierung des Landes

Durch andauernde Massendemonstrationen und Streiks ist die regierende Burmanische Sozialistische Programmpartei (BSPP) Mitte September d.J. zu weitreichenden Zugeständnissen gezwungen worden. Am 11. September d.J. beschloß das Parlament in Rangun, nach 26jähriger Alleinherrschaft der BSPP binnen drei Monaten freie Wahlen unter Beteiligung mehrerer Parteien abzuhalten.

Grund für die Proteste ist nicht nur die Unterdrückung jeglicher Opposition durch die BSPP, sondern die katastrophale wirtschaftliche Bilanz ihres Regimes.

Unter ihr stieg die Auslandsverschuldung auf 4 Mrd \$, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen sank auf gerade 190 \$. Wirtschaftlicher Niedergang, ausufernder Schwarzmarkt, Korruption und Vetternwirtschaft kennzeichnen das öffentliche Leben in Burma.

Die Massenunruhen begannen unmittelbar nach dem Rücktritt des 1962 durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen Generals Ne Win am 25. Juli d.J. und nach der Ernennung Sein Lwins zum Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten. Sein Lwin war für die blutige Unterdrückung von Studentenunruhen im März und Juni d.J. verantwortlich, als Hundert umgebracht wurden.

Auf die Proteste gegen ihn reagierte er zunächst mit der Verhängung des Ausnahmezustands und des Kriegsrechts. Doch schon am 12. August d.J. mußte er angesichts fünfägiger Demonstrationen und Generalstreiks Zehntausender zurücktreten. Beim Einsatz von

der Abbau der Ozonschicht zum Treibhauseffekt bei, wodurch über eine Temperaturerhöhung das Klima so verändert werden kann, daß Pole abschmelzen und Dürre sich ausbreitet. So dürfte laut eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages bei ungebremster Emission von Kohlendioxyd die Temperatur bis zum Jahr 2000 um 1,5-4,5° C steigen.

US-Computeranalysen zufolge ist der Treibhauseffekt selbst bei einem drastischen Abbau der den Effekt verursachenden Chemikalien nicht mehr aufzuhalten. Von den Klimaveränderungen würden die Karibik, der Indische Ozean, der Pazifik nahe des Äquators, China und die beiden Pole besonders stark betroffen.

Armee und Polizei wurden 3.000 Menschen getötet.

Sein Nachfolger Maung Maung Kha, der am 19. August d.J. die Ämter Sein Lwins übernahm, versuchte, durch die Entlassung von Gefangenen und die Ankündigung, er wolle am 12. September auf einem Sonderparteitag der BSPP darüber abstimmen lassen, ob ein Referendum über die Einführung eines Mehrparteiensystems abgehalten werden soll, die Volkswut zu dämpfen. Diese konnte längst in Millionen Demonstrierender und Streikender gemessen werden. Über anfänglich Studenten und Mönche hinaus beteiligten sich Intellektuelle, Ärzte, Dockarbeiter, Fluglotsen, Regierungsangestellte und Soldaten an den Manifestationen für Demokratie und wirtschaftliche Reformen.

Am 28. August entstand mit dem Studentenverband die erste oppositionelle Organisation in den Städten. Tags darauf wurde die Liga für Demokratie und Frieden gegründet. Sie forderten den sofortigen Rücktritt Maung Maung Khass und die Einsetzung einer Übergangsregierung. Ein diesbezügliches Ultimatum bis zum 7. September verstrich ohne Ergebnis, so daß die Opposition einen unbefristeten Generalstreik ausrief.

Am 13. September d.J. trafen sich erstmals Vertreter der Opposition mit der von der Regierung eingesetzten Wahlkommission. Die Opposition hält aber nach wie vor daran fest, daß vor dem Wahltermin die BSPP-Regierung zurücktreten muß.

Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder die **DRITTE WELT** verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Rainer Werning (Hg.)
Südkorea
Politik und Geschichte
im Land der Morgenstille
Pahl-Rugenstein
278 Seiten, 14,80 DM